

Antrag RGP01: Wirtschaft/Arbeit/Industrie/Transformation der Arbeitswelt

Wirtschaft/Arbeit/Industrie/Transformation der Arbeitswelt

Den Wandel von Wirtschaft und Arbeit gestalten

Durch Faktoren wie die Erderhitzung, sich wandelnde internationale Verflechtungen und die Digitalisierung verändern sich Wirtschaft und Lebens- und Arbeitswelt stark und fortlaufend. Als BayernSPD werden wir in Regierungsverantwortung diesen Veränderungsprozess gestalten, damit Bayerns Wirtschaft stark bleibt, regional und sozial ausgewogener sowie klimaneutral wird. Außerdem werden wir Sorge tragen, dass sowohl Qualität als auch die Quantität der Arbeitsplätze den Anforderungen einer sich ebenso wandelnden Bevölkerung gerecht werden. Wir verstehen uns als die Partei der guten Arbeit und stehen an der Seite der Beschäftigten der bayerischen Industrie, der Dienstleistungswirtschaft, des Handwerks, der kleinen und mittelständischen Unternehmen und stehen für eine moderne und bürgerfreundliche Verwaltung. Wir sorgen für eine gute Infrastruktur, bezahlbare, sichere und erneuerbare Energie sowie in jeder Hinsicht attraktive Standortbedingungen für Betriebe, Ausbildungs- und Arbeitsplätze.

Um die Veränderungen in Wirtschaft und Arbeitswelt praxisnah zu gestalten, werden wir gemeinsam mit Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und der Bundesagentur für Arbeit eine Transformationsagentur einrichten. Diese Agentur wird die relevanten Akteur*innen vernetzen, Trends der Arbeitswelt identifizieren, Förderangebote bündeln sowie dazu beraten und damit die Arbeit der Staatsregierung unterstützen. Ebenso wird sie Weiterbildungsangebote bündeln, um schnell und direkt auf Entwicklungen am Arbeitsmarkt reagieren zu können.

Neben der Transformationsagentur setzen wir auf regionale Transformationsnetzwerke, in denen sich alle Akteur*innen für eine regionale Wertschöpfung, Beschäftigung und Innovation vernetzen und über die Transformation beraten werden. Diese Netzwerke sollen durch die Transformationsagentur koordiniert werden und zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Bayern einen großen Beitrag leisten. Zudem werden wir einen Transformationsfond aufsetzen, aus welchem die Agentur und die Netzwerke für ihre Aufgaben Mittel abrufen können, um zum Beispiel die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen und die Weiterbildung zu finanzieren. Die regionale Strukturpolitik des Freistaates werden wir stärken und insbesondere im Bereich der Infrastruktur auf gezielte Investitionen setzen.

Für gut bezahlte, demokratische und nachhaltige Arbeitsplätze

Wir schaffen ein Faire-Löhne-Gesetz für Bayern. Wer Aufträge vom Freistaat Bayern erhalten will, muss zukünftig Tarifverträge einhalten und haftet dafür, dass auch die Subunternehmer, die beauftragt werden, die gesetzlichen und tariflichen Vorgaben

einhalten. Zusätzlich werden wir für diese Aufträge einen Vergabemindestlohn in Höhe von zunächst 15€ festlegen, und staatliche Förderungen an diese Bedingungen, sowie Standort- und Beschäftigungsgarantien knüpfen. So werden unsere Steuern in gute Arbeit investiert. Außerdem setzen wir uns für eine insgesamt höhere Tarifbindung ein, denn nur Tarifverträge garantieren gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne.

Wir sorgen gemeinsam mit der Bundesregierung für mehr Mitbestimmungsrechte für Betriebs- und Personalvertretungen. Unter anderem setzen wir dabei auf Mitbestimmungsrechte von Betriebs-, Personal- und Schwerbehindertenvertretungen bei Beschäftigungs-sicherungsmaßnahmen im Zuge der Transformation, der Personalplanung und -bemessung und bei der Ein- und Durchführung von betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen. Wir stellen bestimmte Fördergelder des Freistaates zur Verfügung, die nur durch die Zustimmung eines Betriebsrates abrufbar sind. So stärken wir Betriebs- und Personalräte und erreichen mehr demokratische Mitbestimmung in den Unternehmen.

Wer aktiv versucht Mitbestimmung, oder die Gründung und Arbeit von betrieblichen Mitbestimmungsgremien zu behindern, muss dafür bestraft werden. Deswegen werden wir eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft gegen die Behinderung von Gewerkschaften, Betriebsräten sowie Schwerbehindertenvertretungen oder deren einzelne Vertreter*innen einrichten, die selbstständig diese Fälle verfolgt.

Wir werden die Gewerkschaften bei der Durchsetzung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich unterstützen. Erhöhungen der täglichen gesetzlichen Höchstarbeitszeit von 10 Stunden und Verkürzung der Mindestruhezeiten lehnen wir grundsätzlich ab, ebenso wie die Ausweitung der Sonntagsarbeits- und der Ladenöffnungszeiten. Perspektivisch werden wir, im Einklang mit den Gewerkschaften, die Tageshöchstarbeitszeit reduzieren. Wir werden die zuständigen bayerischen Behörden anhalten, die gesetzlichen und tariflichen Arbeitszeiten entsprechend dem europäischen Recht zu kontrollieren.

Arbeit fördert die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben – für alle Menschen. Jedoch haben es einige schwerer, Ausbildung, Weiterbildung und Arbeit zu finden. Wir werden sie unterstützen, denn niemand darf abgehängt werden. Dafür werden wir gemeinsam mit der Bundesregierung auch einen öffentlichen Beschäftigungssektor aufbauen, der allen die Teilhabe am Erwerbsleben mit einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sichert. Wir befürworten anonymisierte Bewerbungsverfahren. Der öffentliche Dienst soll dabei eine Vorbildfunktion übernehmen. Zudem werden wir die Finanzierung der Berufseinstiegsbegleitung langfristig sicherstellen.

Berufliche Bildung - Qualität der Ausbildung sichern

Wir werden ein Weiterbildungsgesetz schaffen, das einen Rechtsanspruch zur Freistellung von Arbeitnehmer*innen und Auszubildenden zum Zwecke der beruflichen gesetzlich verankert. Zusätzlich dafür werden wir ein Initiativrecht der Betriebs- und Personalvertretungen für qualifizierte Weiterbildungsmaßnahmen schaffen.

Darüberhinaus werden wir umlagefinanzierte regionale oder branchenbezogene Weiterbildungsfonds schaffen, auf deren Grundlage berufliche Qualifizierung über die arbeitsmarktpolitische Förderung hinaus oder ergänzend finanziert werden kann.

Das duale Ausbildungssystem ist international einzigartig. Praktische und theoretische Ausbildung sind gleichwertig zu behandeln. Nur die Verbindung von theoretischen und praktischen Qualifikationen und die Überwindung geschlechtsspezifischer Rollen- und Berufsbilder ermöglichen die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft und sichern unseren Wohlstand. Wir wollen die beruflichen Schulen inklusiv, fachlich, technisch und pädagogisch auf das beste Niveau bringen, um eine exzellente und zeitgemäße berufliche Bildung in allen Fachrichtungen zu ermöglichen. Dafür müssen mehr finanzielle Mittel, auch für inklusiv geschultes Personal, bereitgestellt werden. Neben der Ausstattung der Schulen muss auch eine hohe Ausbildungsqualität in den Betrieben sichergestellt sein. Die Schülerische Selbstvertretung an Berufsschulen werden wir in allen Berufsschulen etablieren, stärken und mit den Mitbestimmungsgremien im Betrieb (BR, PR, JAV, SBV) und den Gewerkschaften verzahnen.

Duale Studiengänge verbreiten sich immer mehr. Wir wollen diese Entwicklung unterstützen und gleichzeitig so gestalten, dass die Rechte der dual Studierenden klar und für alle einheitlich geregelt werden, und die Qualität dieser Studiengänge gesichert wird. Dual Studierende müssen eine angemessene Vergütung erhalten. Die betriebliche Pflichtzeit ist so zu begrenzen, dass das Studium erfolgreich absolviert werden kann und Erholungsphasen gewährleistet sind. Gewerkschaften werden wir das volle Zugangsrecht zu Berufsschulen einräumen.

Wir garantieren allen jungen Menschen in Bayern eine duale oder schulische Berufsausbildung. Finanziert wird dies durch einen Umlagefonds, in den die Unternehmen einzahlen. Gleichzeitig werden wir verstärkt Unterstützungsangebote während der Ausbildung finanzieren, um jedem Menschen eine abgeschlossene Berufsausbildung zu ermöglichen. Die Genehmigungsverfahren für überbetriebliche Ausbildungsstätten, die betriebliche Ausbildungsinhalte ergänzen, werden wir beschleunigen und die Finanzierung langfristig ausgestalten. Dadurch werden wir Wege zur nächsten Ausbildungsstätte kurzhalten und ländliche Regionen stärken.

Wir wollen Wege zu einer erfolgreichen Bildungsbiografie aufzeigen und die Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung unterstreichen. Auch im Unterricht der Sekundarstufe soll in allen Schularten ein verpflichtendes Praktikum in einem Ausbildungsberuf absolviert werden. Dies soll eine Karriere in Handwerk, Facharbeit oder anderen Ausbildungsberufen erfahrbar machen. Berufliche Schulen stehen für uns gleichwertig neben den allgemeinbildenden Schulen. Abgeschlossene Ausbildungen stehen für uns genauso wertvoll neben akademischen Abschlüssen. Aus diesem Grund setzen wir uns auch für die Kostenfreiheit in der beruflichen Ausbildung bis zum Meisterabschluss ein. Gleichzeitig werden wir Wohnheime für Auszubildende und Studierende besser fördern, und Studierendenwohnheime auch für Azubis und umgekehrt

Wir sehen die hohen pädagogischen und fachlichen Anforderungen an Berufsschullehrkräfte. Einen besonderen Fokus setzen wir auf die zukünftige Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte. Wir wollen junge, motivierte Menschen durch attraktive Studien- und Arbeitsbedingungen als Lehrkräfte für berufliche Schulen gewinnen. Wir wollen das Konzept der Universitätsschulen für die Ausbildung zukünftiger Berufsschullehrer*innen ausbauen. Fachlehrkräfte sind eine tragende Säule der beruflichen Bildung. Ihre Leistung muss durch eine Höhergruppierung anerkannt werden.

Allen Schulen kommt eine besondere Bedeutung in der Integration von Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund zu. Berufliche Schulen können hier einen wichtigen Beitrag leisten. An Berufsschulen sollen mehr Kurse zum Erwerb der jeweiligen Fachsprache angeboten werden. Dies ermöglicht den Berufsschüler*innen mit Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache eine faire Chance, die Fachbegriffe korrekt einzusetzen. Auch in den bayerischen Berufsschulen der Zukunft kommt der Schulsozialarbeit eine unterstützende und fördernde Rolle zu. Der Betreuungsschlüssel der Schulsozialarbeit muss deutlich verbessert werden.

Zu einer gerechten Berufsausbildung gehören auch faire Prüfungsbedingungen. Um zu vermeiden, dass nicht bestandene Prüfungen zu einer Wiederholung der kompletten Ausbildung führen, sollen fachbezogene Nachprüfungen oder ein viertes Lehrjahr möglich sein. Auch an den Berufsschulen werden wir einen rechtssicheren Nachteilsausgleich für alle Schüler*innen mit besonderen Bedarfen umsetzen, dazu gehört auch eine längere Bearbeitungszeit für Prüfungen für Schüler*innen mit Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache. Bereits bestehende Kompetenzen aus praktischer Erfahrung oder Ausbildungen in einem anderen Land müssen angemessenen anerkannt werden.

Arbeitserlaubnisse und Vermittlung werden wir an Garantien der geplanten Arbeitgeber knüpfen, tarifliche Arbeitsbedingungen und Zustimmung der Betriebs- und Personalvertretungen zu garantieren. Lohn- und Sozialdumping durch Arbeitsmigration wollen wir verhindern. Darüber hinaus werden wir sicherstellen, dass die Einhaltung der Rechte der zugewanderten Beschäftigten, von Saisonarbeitenden und vorübergehend Beschäftigten von den zuständigen Behörden wirksam kontrolliert werden. Die Gewerbeaufsicht und die bayerischen Behörden für Kontrollen werden wir personell und materiell aufstocken. Wir werden die Zusammenarbeit aller zuständigen Behörden verbessern.

Bayerns wirtschaftliche Stärke erhalten

Wir stehen für gute wirtschaftliche Entwicklung in Bayern, mit guter Arbeit und einer fairen Verteilung der Wertschöpfung. Unser Ziel ist es, durch Innovationen, Investitionen und Planungssicherheit die bayerische Wirtschaft zu unterstützen und neue Investor*innen zu generieren.

Ein Bekenntnis zur Industrie bedeutet ein klares Bekenntnis zu benötigten Infrastrukturprojekten, Fördermöglichkeiten und nachhaltigen Wachstum anstatt Industriefeindlichem De-Growth. Bayern muss leistungsstarkes und wettbewerbsfähiges Industrieland mit guten, tarifgebundenen Arbeitsplätzen bleiben. Deshalb machen wir den Industriestandort Bayern in Sachen Energie, Infrastruktur und Fachkräften fit für die Zukunft.

Die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Bayern hängt stark von der energie- und klimapolitischen Entwicklung sowie der Sicherheit in der Energieversorgung ab. Die bayerische Industrie zeigt großes Engagement, die Energiewende mit eigenen Konzepten und Klimaschutzstrategien umzusetzen, braucht aber gezielte und planvolle Unterstützung, um bei der Energiewende und der Erschließung unabhängiger und erneuerbarer Erzeugungsquellen zügig voranzukommen. Wir machen die Industrie und die Arbeitsplätze in Bayern zukunftsfest.

Dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken ist eine der großen Herausforderungen für unsere Wirtschaftspolitik. Wichtig ist hierbei eine gut austarierte Kombination aus Reformen des Schulsystems, Qualifizierung, höheren Erwerbsquoten, Zuwanderung, Integration und Bereitstellung der entsprechenden Daseinsvorsorge, z. B. bei Wohnraum und Kinderbetreuung.

Wer Arbeitskräfte halten oder gewinnen will, muss die Arbeits- und Lebensbedingungen attraktiv gestalten. Das gilt für die Erhöhung des Anteils erwerbstätiger Frauen, den Erhalt der Arbeitskraft älterer Beschäftigter, die Nachwuchsgewinnung im Inland ebenso wie für die Anwerbung von Migrantinnen und Migranten.

Damit die verschiedenen Teile der Arbeitnehmerschaft nicht gegeneinander ausgespielt werden und niemand Opfer von Lohn- und Sozialdumping wird, werden wir gemeinsam mit Gewerkschaften, Kammern und Sozialverbänden für ein engmaschiges Hilfs- und Beratungssystem sorgen. Das Projekt „Faire Mobilität“ werden wir in Bayern langfristig mit ausreichenden institutionellen Mitteln ausstatten.

Bei der Anwerbung von Arbeitskräften aus Drittstaaten werden wir alle rechtlichen Mittel ausschöpfen und sie gegebenenfalls erweitern, um Arbeitserlaubnisse und Vermittlung an die Zustimmung des jeweiligen Betriebs- und Personalrates sowie an die Einhaltung des jeweils gültigen maßgeblichen Tarifvertrages zu binden. Darüber hinaus werden wir sicherstellen, dass die Einhaltung der Rechte der zugewanderten Beschäftigten, von Saisonarbeitskräften und vorübergehend Beschäftigten von den zuständigen Behörden wirksam und koordiniert kontrolliert werden. Wir werden gezielt in Forschung und Bildung investieren, damit bayerische Arbeitsplätze zukunftsfähig bleiben und die bayerische Wirtschaft insgesamt gut aufgestellt bleibt. Insbesondere die Forschung zu Umbrüchen und Veränderungen wie die Klimaneutralität, Transformation der Arbeitswelt und demographische Entwicklung fördern wir. Wir legen einen Innovationsfonds auf, der diese Forschung unterstützt. Wir brauchen an Hochschulen, Instituten und Universitäten zusätzliche Kapazitäten für die Berufs- und Arbeitsforschung, insbesondere mit dem Ziel, die Voraussetzungen für menschliche, gesunde und produktive Arbeit zu schaffen und schließlich umzusetzen.

Bayerns Unternehmen sind stark und innovativ und benötigen gute Bedingungen für die Zukunft. Aus diesem Grund werden wir die Digitalisierung in Bayern vorantreiben und unsere Unternehmen beim Aufbau einer guten digitalen Infrastruktur unterstützen.

Wir wollen, dass Bayern ein Vorreiter wird, wenn es um den Erfolg unserer Startups-Szene geht. Dafür brauchen wir gleiche Spielregeln zu den Firmen aus den USA und China, indem lokale Firmen vor Übernahmen aber auch vor dem Wettbewerb mit außereuropäischen Monopolen geschützt werden. Aufträge des Freistaates werden wir an die Bedingung einer europäischen, technologischen Souveränität koppeln. Gründer*innen im Bereich grüner Technologie werden wir gezielt stärken. Wir werden die Gründerzentren in Bayern weiter ausbauen. Wir investieren in den Erfolg der Startups in Bayern. Dazu müssen wir den Kapitalstandort Bayern stärken und unseren Firmen auch in der späteren, meist kapitalintensiven Phase, ihrer Gründung zur Seite stehen.

Das Bayerische Handwerk ist einer unserer wichtigsten Partner beim Thema Transformation. Wir werden gemeinsam mit der Handwerkskammer und den Gewerkschaften dem Fachkräftemangel begegnen und Unterstützung bei der Unternehmensnachfolge leisten. Mit einem Nachfolgebonus werden wir Zuschüsse für Betriebsgründungen oder -übernahmen mobilisieren. Den Meisterbonus werden wir erhöhen. Das Bayerische Handwerk entwickeln wir zu einer Marke, die Qualität verspricht und hohes Ansehen generiert. Wir verknüpfen Unterstützung und Förderung des Handwerks mit Tarifbindung und den Prinzipien der guten Arbeit: tarifgebunden, unbefristet, mitbestimmt.

Weiterer Handlungsbedarf besteht im Rohstoffmangel und damit verbundener Preisexplosionen und Lieferengpässe. Wir wollen mehr Auftragsicherheit durch Verkürzung der Lieferketten. Wir werden Bayern zum Spitzenreiter beim Recycling machen, und mehr Möglichkeiten für die Nutzung von recycelten Materialien geben. Ebenfalls werden wir hier in die Forschung und Entwicklung investieren und Bayerns Wirtschaft zu einer Kreislaufwirtschaft entwickeln.

Moderner öffentlicher Dienst

Für das Leben und Arbeiten in Bayern sowie für einen attraktiven Wirtschaftsstandort ist ein angemessen ausgestatteter funktionierender öffentlicher Dienst unverzichtbar. In den letzten Jahrzehnten wurden die Kommunen im Zuge neoliberaler Sparpolitik, Privatisierungswut und Mittelverknappungen personell und materiell ausgezehrt, sogar bis in Kernbereiche wie die Polizei und die Schulen hinein. Allein für eine bürger*innen- und beschäftigtenfreundliche Digitalisierung in den öffentlichen Verwaltungen fehlen milliardenschwere Investitionen und tausende Arbeitskräfte. Folgen sind unter anderem lange Planungsprozesse, Lücken in der Daseinsvorsorge, mangelnde staatliche Steuerungsfähigkeit im Verkehrs- und Energiesektor, im Wohnungsbau und im Gesundheitswesen sowie ein eklatanter Personalmangel.

Wir werden diese Trends umkehren. Dafür erstellen wir eine gründliche Bestandsaufnahme über die Bedarfe aller Bereiche staatlichen Handelns und gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen in Zeiten demographischen Wandels, der

Transformation und veränderter Bedürfnisse der Menschen. Dabei werden wir die Bürger und Bürgerinnen ebenso einbeziehen wie die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften.

Auch der öffentliche Dienst im demokratischen Staat braucht intern Demokratie. Deshalb werden wir das Personalvertretungsrecht in Bayern modernisieren, Weiterbildung gezielt ausbauen und den Staat als Arbeitgeber wieder zum Vorbild machen.

Antrag RGP01-Ä03: Änderungsantrag zu RGP01

Änderungsantrag zu RGP01

Zeile 96

Das duale Ausbildungssystem ist international einzigartig. Praktische und theoretische Ausbildung sind gleichwertig zu behandeln. Nur die Verbindung von theoretischen und praktischen Qualifikationen und die Überwindung geschlechtsspezifischer Rollen- und Berufsbilder ermöglichen die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft und sichern unseren Wohlstand. Wir wollen die beruflichen Schulen fachlich, technisch und pädagogisch auf das beste Niveau bringen, um eine exzellente und zeitgemäße berufliche Bildung in allen Fachrichtungen zu ermöglichen. Dafür müssen mehr finanzielle und personelle Mittel für die beruflichen Schulen bereitgestellt werden. Neben der Ausstattung der Schulen muss auch eine hohe Ausbildungsqualität in den Betrieben sichergestellt sein. Die Schülerische Selbstvertretung an Berufsschulen werden wir in allen Berufsschulen etablieren, stärken und mit den Mitbestimmungsgremien im Betrieb (BR, ~~JAV~~PR, JAV, SBV) und den Gewerkschaften verzahnen.

Antrag RGP01-Ä08: Änderungsantrag zu RGP01

Änderungsantrag zu RGP01

Zeile 154 - 158

~~Menschen kennen oftmals ihre Rechte und Pflichten in der Arbeitswelt nicht. Sie werden daher oftmals zu Opfern von Ausbeutung. Wir werden gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und Kammern für ein engmaschiges Hilfs- und Beratungssystem sorgen. Das Projekt "Faire Mobilität" werden wir in Bayern institutionalisieren und mit ausreichend Mitteln langfristig ausstatten.~~

Zeile 180

Dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken ist eine der großen Herausforderungen für unsere Wirtschaftspolitik. Wichtig ist hierbei eine gut austarierte Kombination aus Zuwanderung, Fort- und Weiterbildung sowie einer verbesserten Erwerbsquote im Inland. Als BayernSPD setzen wir uns deshalb für attraktivere Bedingungen für Fachkräfte aus dem Ausland, sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Menschen die

und Erholungsphasen gewährleistet sind. Gewerkschaften werden wir das volle Zugangsrecht zu Berufsschulen einräumen.

Antrag RGP02: Soziales

Soziales

Wir werden eine neue Sozialpolitik auf Landesebene gestalten, die die Bedürfnisse und Fähigkeiten der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Artikel 171 der Bayerischen Verfassung garantiert jeder und jedem Anspruch auf Sicherung gegen die Wechselfälle des Lebens durch eine ausreichende Sozialversicherung. Diesen Anspruch werden wir durchsetzen mit einer Politik, die die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit als Kernaufgabe definiert und einen funktionierenden Sozialstaat als Voraussetzung für eine funktionierende Gesellschaft sichert. Dazu werden wir auch das bayerische Sozialressort aufwerten.

Wir werden Schwerpunkte auf die Bekämpfung von Armut und Obdachlosigkeit setzen und ein Angebot schaffen, dass Hilfesuchende durch bestehende und neue Förderungen und Entlastungen lotst. Plötzlich auf Hilfe angewiesen zu sein, kann über Nacht jede*n treffen.

Sozialstaat als Partner

Wir schaffen Anlaufstellen, die hilfsbedürftigen Menschen helfen, die richtige Förderung zu erhalten. Diese Lotsenstellen sollen eine allgemeine Beratung bieten für Menschen in finanzieller Not, genauso wie für Angehörige von kranken Menschen und Pflegebedürftigen. Sie sollen bei der Beantragung von Geldern aus schon bestehenden Programmen genauso helfen, wie bei der Vernetzung Betroffener. Diese Lotsenstellen werden wir für alle sozialen Belange ausbauen, um dafür zu sorgen, dass zur Verfügung stehende Leistungen, zum Beispiel auch im Familienbereich, in der Jugendarbeit und bei der Pflege, künftig besser abgerufen werden können.

Zunächst muss es in jedem Landkreis mindestens einen solchen Stützpunkt geben, in städtischen Bereichen entsprechend mehr.

Dabei prüfen wir auch die Förderung nichtstaatlicher Lotseneinrichtungen, die bisher voll privat bzw. kirchlich finanziert sind.

Auch für das Ehrenamt schaffen wir bayernweit Servicestellen, die das bürgerschaftliche Engagement professionell unterstützen. Dabei achten wir auf landesweite Strukturen, die verhindern, dass einzelne Regionen vernachlässigt werden.

Wir werden eine soziale Quartiersentwicklung fördern, die Möglichkeiten für gruppenübergreifende Kontakte schafft und sozialer Vereinsamung vorbeugt. Um Einsamkeit im Alter vorzubeugen lernen wir von dem Erfolg des Rheinland-Pfälzischen Projekts „Gemeindeschwester Plus“. Wir etablieren damit unter anderem Gemeinde-Lotsen, die ältere Menschen beraten, die noch keine Pflege brauchen, sondern

Unterstützung und Beratung in ihrem aktuellen Lebensabschnitt. Dazu werden wir auch in Begegnungsstätten wie Gemeinschafts- und Nachbarschaftseinrichtungen investieren und die Gründung von Dorfläden unterstützen. Das Ziel ist es, gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und zu vereinfachen. Dabei werden wir besonders den Bedarf in Brennpunktvierteln berücksichtigen.

Unsere Staatsregierung wird ein Programm auflegen, das die Digitalisierung in von Armut betroffenen Haushalten fördert und digitale Teilhabe ermöglicht.

Wir werden die Gefahr, in Armut abzurutschen, mindern, indem wir kommunale Präventionsketten schaffen, die frühzeitig greifen. Ebenso werden wir ein Beratungs- und Hilfeangebote für Menschen mit Messie-Syndrom finanzieren.

Obdachlosigkeit

Bereits existierende Fachstellen zur Beratung bei drohender Wohnungslosigkeit müssen ausgebaut und landesweit erreichbar werden. Das gleiche gilt für die Schuldner- und Insolvenzberatung.

Wir werden Kälteschutzprogramme auflegen, die dafür sorgen, dass wohnungslose Menschen im Winter eine Anlaufstelle haben. In Kooperation mit freien Trägern der Wohlfahrtspflege werden wir Orte installieren, an dem sich Menschen aufwärmen, duschen und schlafen können. Auch die Verteilung von Nahrungsmitteln und der Zugang zum Internet sollen dort ermöglicht werden. Diese Orte des Kälteschutzes sollen dem System zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit vorgeschaltet sein und ein Mindestmaß an Humanität gewährleisten. Das Land Bayern wird die Kommunen dabei finanziell unterstützen.

Wir bauen Kooperationen des Freistaats mit Kommunen aus, die für den Übergang sogenannte Flexiheime für wohnungslose Menschen schaffen. Wir lehnen defensive Architektur ab, die obdachlosen Menschen zusätzliche Steine in den Weg legt

Menschen mit Behinderung

Leitlinie unserer Politik für behinderte Menschen ist und bleibt die UN-Behindertenrechtskonvention. Wir werden ein Sonderprogramm Inklusion auflegen und gemeinsam mit den bayerischen Bezirken Inklusion in der gesamten Gesellschaft fördern. Wir werden das bayerische Behindertengleichstellungsgesetz ausbauen und Inklusion als zentrales Element der Stadtgestaltung etablieren. Barrierefreiheit bedeutet auch behindertengerechte Kommunikation z.B. in leichter Sprache, Gebärdensprache und Blindenschrift, deshalb werden wir das Angebot an Publikationen öffentlicher Stellen in leichter Sprache, Gebärdensprachvideos und Blindenschrift ausbauen und deren Verwendung fördern. Wir werden den Nachteilsausgleich, den bisher schon blinde, taubblinde und hochgradig sehbehinderte Personen erhalten, auf alle schwerbehinderten Menschen ausweiten. Auch Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf gute Arbeit. Sie sollen selbstbestimmt entscheiden können, wo, was und wie sie arbeiten. Im Rahmen eines inklusiven Ausbildungs- und Arbeitsmarktes haben sie einen Anspruch auf Gleichbehandlung und Gleichstellung. Daraus leitet sich auch ein

genereller Anspruch für Arbeitende mit Behinderung auf eine Bezahlung oberhalb der Grundsicherung ab, aus der auch entsprechende Rentenbezüge erwachsen. Für Menschen mit Behinderungen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt oder in Inklusionsbetrieben arbeiten, streben wir diskriminierungsfreie, jeweils angemessene Arbeitsbedingungen möglichst auf tariflicher Grundlage an.

Wir werden gemäß des Artikels 29 der UN-BRK mit gesetzlichen Vorgaben dafür sorgen, dass Menschen mit Behinderung sich aktiv und passiv politisch einbringen und mitbestimmen können. Wir unterstützen die Bestrebungen der Bundesregierung, die Ausgleichsabgabe zu erhöhen, und zwar in einer Höhe, die es es Arbeitsgebern wirtschaftlich günstiger erscheinen lässt, Menschen mit Behinderung zu beschäftigen anstatt die Ausgleichsabgabe zu entrichten. Der Freistaat bleibt gefordert, eine Vorbildfunktion in diesem Bereich einzunehmen, indem er Z.B. Menschen mit Behinderung einstellt und langfristig beschäftigt.

Wir beenden die Ungleichbehandlung von gehörlosen und schwerhörigen Menschen und führen ein bayerisches Gehörlosengeld ein. Das entlastet die Betroffenen bei den durch ihre Behinderung entstehenden Kosten, zum Beispiel für Schrift- und Gebärdendolmetschung oder bei Zuzahlungen für Hochleistungshörgeräte und Therapien. Die Höhe soll einem angemessenen Anteil des bayerischen Blindengelds entsprechen.

Im Rahmen der Einführung des bayerischen Faire-Löhne-Gesetzes werden wir auch Regelungen zur Einstellung von Menschen mit Behinderung ins Gesetz aufnehmen.

Bei der Schaffung von neuem Wohnraum werden wir verbindliche Regeln zur Barrierefreiheit schaffen, die nicht nur für Menschen mit Behinderungen wichtig ist, sondern auch aufgrund des demographischen Wandels.

Menschen mit Behinderung müssen gleichberechtigt als Konsumierende, als Kulturschaffende und als Mitglieder von Steuergremien am kulturellen Leben teilhaben können. Deshalb ändern wir die vergaberechtlichen Bestimmungen im Freistaat Bayern so, dass die Landesbehörden beim Ausbau kultureller und medialer Infrastruktur die barrierefreie Erreichbarkeit und Nutzung durch Menschen mit Behinderung berücksichtigen.

Wir wollen die Unterbringung von Müttern mit seelischer Behinderung ab Vollendung des 27. Lebensjahres in Familienhäusern ermöglichen. Das ermöglicht das Zusammenleben von Mutter und Kind, indem die Mutter einen angemessenen Umgang mit ihrer psychischen Beeinträchtigung erlernt und so auf selbständige Lebensführung mit dem Kind vorbereitet wird.

Antrag RGP02-Ä05: Änderungsantrag zu RGP02

Änderungsantrag zu RGP02

Zeile 68 - 69

Leitlinie unserer Politik für behinderte Menschen ist und bleibt die UN-Behindertenrechtskonvention. Wir werden ein Sonderprogramm Inklusion auflegen und

Bildung/ Forschung/ Wissenschaft

Bereich Schule

Bildung ermöglicht sozialen Aufstieg, Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft und fördert Inklusion und Gemeinschaft. Im bayerischen Schulsystem gibt es allerdings gravierende Mängel, die wir anpacken werden. Hierfür werden wir für die Kommunen ein großes Investitionsprogramm auflegen, damit die Schulen optimal für die Zukunft aufgestellt sind und auch kleine Schulen erhalten werden können.

Der Bildungserfolg von Kindern hängt nach wie vor stark vom Bildungsstand ihrer Eltern ab. In unserem Schulsystem werden alle Kinder die Chance haben, ihr Potential zu entfalten. Dabei sehen wir die Vermittlung von lebenspraktischen Kompetenzen wie Kommunikation und Teamfähigkeit, kritischem Denken und dem umsichtigen Umgang mit Medien sowie den Aufbau eines stabilen Selbstbewusstseins als besonders wichtig an. Zudem wichtig sind flexible Arten von Lernen in Projekten und Möglichkeiten des selbstgesteuerten Lernens. Dies resultiert in der Notwendigkeit alternativer Bewertungsformen wie Portfolioarbeiten und individuellen Lernfortschrittsgesprächen. Für die Herausforderungen der Zukunft brauchen wir ein Lernen für die Zukunft. Dafür orientieren wir uns in den Lehrplänen besonders an den Grundsätzen der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BnE).

Wir wollen das gemeinsame Lernen aller Schüler*innen fördern. Deshalb werden wir zusätzlich zu den bisherigen Schularten die Gemeinschaftsschule einführen und so für mehr Chancengleichheit sorgen. Bis zur Umsetzung der Gemeinschaftsschule werden wir die Entscheidung über die Schullaufbahn in die Hände von Eltern und Lehrkräften durch ein verpflichtendes Schullaufbahngespräch geben und das Übertrittszeugnis abschaffen.

Damit Lehrkräfte auf jedes Kind individuell eingehen können, begrenzen wir die maximale Klassenstärke mittelfristig auf 20 Kinder pro Klasse. Sind Kinder mit besonderem Förderbedarf in einer Klasse, wird die Klassenstärke weiter reduziert. Wir bekennen uns zur UN-Behindertenkonvention. Darüber hinaus müssen auch barrierefreie Lehr- und Lernmittel zur Unterstützung an allen Schulen zur Verfügung stehen. Gleichzeitig schaffen oder stärken wir multiprofessionelle Teams, sodass mehr Schulpsycholog*innen, Sozialpädagog*innen, Heilpädagog*innen und weitere Expert*innen die pädagogische Arbeit unterstützen. Durch mehr Verwaltungsstellen und Betreuung der IT-Infrastruktur entlasten wir Lehrkräfte und Schulleitungen.

Wir reformieren die Lehramtsausbildung mit einem Grundstudium ohne Festlegung auf eine Schulart, höheren Praxisanteilen und dem Masterabschluss nach Stufen (Grundschule, Sekundarstufe 1 und 2). Die gleiche Bezahlung aller Lehrkräfte ab Berufsbeginn mit A13 ist für uns selbstverständlich. Regelmäßige Fortbildungen zu pädagogischen und wissenschaftlichen Inhalten, sowie zu Medienbildung sollen ohne Mehrbelastungen für die Lehrkräfte integriert werden.

Wir wollen, dass alle Kinder, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, beste Bildung erhalten. Deswegen gilt für uns: Kostenfreie Bildung von der KiTa bis zum Master oder Meister*in. Bildungsgebühren lehnen wir ab und stehen für volle Lernmittelfreiheit, insbesondere auch bei digitalen Endgeräten. Auch Lehrkräfte sollen regelmäßig mit Dienstgeräten ausgestattet werden. Allgemein werden wir die Digitalisierung der Schulen vorantreiben, indem wir die kommunalen Träger durch Förderprogramm unterstützen.

In Zukunft wird sich Schule als Lebensraum verstärken, da immer mehr Kinder und Jugendliche schulische Angebote am Nachmittag wahrnehmen. Auch über die Primarstufe hinaus soll jedes Kind das Anrecht auf eine ganztägige Betreuung haben.

Dabei sehen wir die rhythmisierte Ganztagschule, die inhaltliches Lernen und Übungs- und Entspannungsphasen bietet, als ideal an. Deswegen werden wir einen Rechtsanspruch auf einen gebundenen Ganztagsschulplatz einführen. Alternative bestehende Betreuungsformen möchten wir dabei nicht einschränken und deren Qualität deutlich ausbauen. Unser Ziel ist es, dass alle Kinder im Format der Ganztagschule unterrichtet werden können, um die Chancengerechtigkeit im Schulsystem zu stärken. Ganztägige Bildung erfordert ein entsprechendes Raumkonzept und die passende personelle Ausstattung. Hier werden wir die entsprechenden Förderrichtlinien für Schulbauten und Finanzierungsmöglichkeiten anpassen. Außerdem bieten wir für alle Schüler*innen ein gesundes und kostenfreies Frühstück und Mittagessen an. An allen Schulen soll sportlichen, musikalischen und kreativen Hobbys nachgegangen und sollen handwerkliche Fähigkeiten gesammelt werden können. Dazu gehört, dass alle Schüler*innen schwimmen lernen.

Um regionale und sozioökonomische Benachteiligungen von Schüler*innen auszugleichen, werden wir die Budgetierung von Schulen gezielt an Schulen mit einem erhöhten Anteil sozial benachteiligter Schüler*innen und an Schulen in strukturschwachen Regionen lenken. Besonderen Handlungsbedarf sehen wir an den Mittelschulen (ehemals Hauptschule). Kein junger Mensch soll das Bildungssystem ohne einen Abschluss verlassen. Deshalb werden wir die Mittelschulen personell und materiell so ausstatten, dass die Jugendlichen möglichst gute Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt haben.

Eine der Kernaufgaben von Schule ist die Vorbereitung auf eine demokratische Gesellschaft. Für positive Erfahrungen mit demokratischen Prozessen werden wir die Mitbestimmung von Schüler*innen ausbauen, sowohl im Unterricht durch offene Lernformen und optionale vertiefte Inhalte als auch durch die Förderung der Schüler*innenmitverantwortung. Die SMVen müssen zu einer Schüler*innenvertretung werden, die echte Mitspracherechte und Kompetenzen hat.

Studien- und Wissenschaftsstandort Bayern

An den Hochschulen in Bayern finden sich attraktive Studiengänge, lebenswerte Campi sowie engagierte Menschen. Wir werden die Hochschulen in diesem Land zu innovativen, sozial-gerechten, nachhaltigen und bunten Orten akademischer Aus- und Weiterbildung

Die Schieflage der Personalstrukturen für die Lehre und die Betreuung werden wir durch eine solide Grundfinanzierung korrigieren. Auf diese Weise gewährleisten wir gute Lehre und Forschung unabhängig der Drittmittel-Wettkämpfe. Zur Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft werden wir mit den Hochschulen einen Rahmenvertrag erarbeiten, um angemessene Vertragslaufzeiten und klar definierte Qualifikationsziele in der Promotionsphase festzulegen, sowie transparente und planbare Karrierewege für die Post-Doc-Phase zu gewährleisten. Um Dauerstellen für Daueraufgaben zu schaffen, werden wir eine Reform der Personalstrukturen an den bayerischen Hochschulen initiieren. Zur Modernisierung der Governance-Strukturen an den bayerischen Hochschulen werden wir Anstrengungen zur Herstellung von Departement-Strukturen honorieren. Das Professorinnen-Programm des Bundes zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft entfesseln wir durch die Bezuschussung von landeseigenen Mitteln. Mit uns wird Bayern zu einem Garanten für gute Arbeit in der Wissenschaft!

Der MINT-Förderung in Bayern werden wir eine Förderung sozialer und geisteswissenschaftlicher Studiengänge zur Seite stellen. Die Studienplätze für den Gesundheits- und Pflegebereich müssen ausgebaut und finanzielle Hürden zur Aufnahme und/oder Durchführung dieser Studiengänge abgebaut werden.

Wir werden das Lehramtsstudium reformieren und umbauen, dass es zu einer Schule, Lebens- und Arbeitswelt 4.0 passt. Wir setzen einen massiven Ausbau der Lehrer*innenausbildung in Deutsch als Zweitsprache und der Ausbildung in der Sozialen Arbeit in Bayern durch. Ebenso wollen wir die Digitalisierung in der Hochschullehre und -verwaltung deutlich ausbauen und Synergien für die Schulen und andere öffentliche Einrichtungen wie Museen und Bibliotheken schaffen, indem wir an den Hochschulen digitale Bildungszentren zur Unterstützung in der Umsetzung digitaler Lehr- und Lernformate sowie digitaler Informationstools etablieren.

Wir sorgen für die Demokratisierung im Hochschulbereich und werden die verfasste Studierendenschaft und die Viertelparität einführen sowie die Stellung der Personalräte wie auch der Promovierendenvertretung stärken.

Für die gesamte Hochschule über mehrere Jahre getroffene Verbindlichkeiten wie Zielvereinbarungen müssen von Beginn an durch die demokratischen Hochschulgremien mitverhandelt, beschlossen und kontrolliert werden.

Zur Förderung von Gleichstellung sollen die Frauenbeauftragten durch weitere Kompetenzen, etwa volles Stimmrecht im Hochschulrat, gestärkt werden. Ferner werden wir die Einführung professioneller, hauptberuflich tätiger Beschwerde- und Beratungsstellen zu sexueller Belästigung und Antidiskriminierung fördern.

Die Studienbedingungen für Menschen mit Beeinträchtigung müssen verbessert werden. Barrierefreie Zugänge, Fluchtwege sowie die barrierefreie Gestaltung digitaler Lehre werden wir anpacken und inklusive Kompetenzen in die Personalstrategie der Hochschulen ebenso einbauen wie interkulturelle.

Wir werden die bayerischen Azubi- und Studierendenwerke stärker bezuschussen und ausbauen, damit die Wohnheimplätze erhöht, Mietsteigerungen abgewendet und die sozial- psychologische Beratung für Studierende dem Bedarf entsprechend ausgebaut werden kann.

Erwachsenenbildung: Lebensbegleitendes Lernen

Jeder Mensch lernt ein Leben lang. Wir befürworten die strukturelle Absicherung der gesamten allgemeinen Erwachsenen- und Weiterbildung und eine Anerkennung des Systems des lebensbegleitenden Lernens als vierte Säule des Bildungssystems. Wir werden ein neues bayerisches Erwachsenenbildungsgesetz in der Form einführen, dass es vollständig an die Möglichkeiten neuer digitaler Angebote angepasst wird.

Wir werden die Arbeit der Volkshochschulen und anerkannter Erwachsenenbildungseinrichtungen unterstützen. Wir führen in Bayern das Recht auf bezahlte Bildungsfreistellung (zehn Tage bezahlte) ein, die den Grundlagenfächern und der politischen Bildung dienen soll.

Wir sorgen beim lebensbegleitenden Lernen für eine notwendige und kontinuierlich steigende Finanzhilfe in allen Bereichen der Jugend- und Erwachsenenbildung, insbesondere bei den Angeboten der politischen Bildung.

Politische Bildung und Demokratie in Bayern stärken. Demokratie braucht engagierte und qualifizierte Demokrat*innen

Wir werden die Demokratiebildung in Bayern stärken, um die Werte der Demokratie noch besser in der Gesellschaft zu verankern und Tendenzen von rechts entgegenzutreten.

Wir werden den Anteil der politischen Bildung im Unterricht erhöhen und dafür sorgen, dass alle Schüler*innen mindestens einmal in ihrer Schullaufbahn eine Gedenkstätte oder einen Ort der Demokratie besuchen.

Bündnispartner und Initiativen, die sich für Vielfalt einsetzen, wie beispielsweise den Bayerischen Jugendring, das Bündnisnetzwerk „Bunt statt braun“, Institutionen der Jugend- und Erwachsenenbildung, die Akademien für politische Bildung Tutzing, die politischen Stiftungen, usw. wollen wir in ihrem Engagement unterstützen, unter anderem durch Begleitungsmöglichkeiten durch ausgewiesene Fachverbände.

Wir schaffen ein Gesetz zur Stärkung der Demokratie und der Vielfalt in Bayern

Der beste Schutz für unsere Demokratie sind selbstbewusste Demokrat*innen, die für die Werte unserer Verfassung eintreten. Wir wollen deshalb mit einem gut ausgestatteten Landesprogramm zur Förderung der Demokratie das gesellschaftliche Engagement und die politische Bildung stärken.

Stärkung der Demokratie und Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus sind ressortübergreifende Aufgaben. Deshalb werden wir in der Staatskanzlei eine eigene Stabsstelle zur Koordinierung der Ziele und Maßnahmen des Landesprogramms für Demokratie einrichten.

Eine stabile Demokratie stärkt die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an demokratischen Prozessen. Wir möchten in Bayern modellhaft neue Beteiligungsformate einführen, wie beispielsweise Bürger*innenräte oder Zukunftsforen. In einer Demokratie-Enquete wollen wir über zeitgemäße Reformen unserer Parlamentsabläufe und die Verzahnung mit politischen Bildungsinitiativen diskutieren.

Politische Bildung gehört von Anfang an zum Lebenslangen lernen

Uns ist es wichtig, dass Kinder bereits in der Kita und im Grundschulalter demokratische Prozesse erlernen. Wir setzen auf politische Bildung von Anfang an und entlang der kompletten Bildungskette bis zum Schulabschluss und darüber hinaus, auch nach Abschluss der beruflichen Ausbildung.

Die Lehrstühle für politische Bildung an allen Universitäten sollen ausgebaut werden. Politische Bildung und Demokratie stärken wird elementarer Bestandteil der Lehrer*innenausbildung aller Schularten

Die Gedenkarbeit spielt für uns eine wichtige Rolle. In lokalen und landesweiten Gedenkstätten und Gedenkorten wollen wir an die Verbrechen der NS Diktatur und ihre Folgen erinnern, diese sichtbar machen und die Erinnerungsarbeit auch durch entsprechende finanzielle Ausstattung gebührend würdigen. Wir wollen auch in Zukunft Orte der Gedenkarbeit, die an die Opfer erinnern aber auch lebendige Orte jüdischen Lebens und Lebensorte anderer verfolgter Gruppen in Bayern weiter fördern, um so Aufklärungsarbeit an originären und authentischen Orten erlebbar zu machen.

Wir unterstützen eine Bund-Länder-Qualifizierungsoffensive „Kita und Schule als demokratischer Lebensraum-Handwerkszeug der Demokratie“ zur Ausbildung und Vertiefung der für Mitbestimmung und Verantwortungsübernahme nötigen sozial-kommunikativen Kompetenzen bei allen pädagogischen Mitarbeiter*innen.

Eine lebendige Demokratie braucht eine politische Bildung für Alle!

Antrag RGP03-Ä01: Änderungsantrag zu RGP03

Änderungsantrag zu RGP03

Zeile 144

Wir werden die Arbeit der Volkshochschulen und anerkannter Erwachsenenbildungseinrichtungen unterstützen. Wir führen in Bayern das Recht auf bezahlte Bildungsfreistellung (zehn Tage bezahlte) ein, die den Grundlagenfächern und der politischen Bildung dienen soll.

Antrag RGP03-Ä03: Änderungsantrag zu RGP03

Änderungsantrag zu RGP03

Zeile 146 - 148

Orte der Gedenkarbeit, die an die Opfer erinnern (~~wie u.a. Soldatenfriedhöfe~~)(wie u.a. Soldatenfriedhöfe) aber

auch lebendige Orte jüdischen Lebens und Lebensorte anderer verfolgter Gruppen in Bayern weiter fördern, um so Aufklärungsarbeit an originären und authentischen Orten erlebbar zu machen.

Antrag RGP03-Ä17: Änderungsantrag zu RGP03

Änderungsantrag zu RGP03

Zeile 159 - 163

~~Bündnispartner und Initiativen, die sich für Vielfalt einsetzen, wie beispielsweise den Bayerischen Jugendring, das Bündnisnetzwerk „Bunt statt braun“, Institutionen der Jugend- und Erwachsenenbildung, die Akademie für politische Bildung Tutzing, die politischen Stiftungen, usw. wollen wir in ihrem Engagement unterstützen, unter anderem durch Begleitungsmöglichkeiten durch ausgewiesene Fachverbände.~~

Bündnispartner und Initiativen, die sich für Vielfalt einsetzen, wie beispielsweise den Bayerischen Jugendring, das Bündnisnetzwerk „Bunt statt braun“, Institutionen der Jugend- und Erwachsenenbildung, die Akademien für politische Bildung Tutzing, die politischen Stiftungen, usw. wollen wir in ihrem Engagement unterstützen, unter anderem durch Begleitungsmöglichkeiten durch ausgewiesene Fachverbände.

Antrag RGP04: Gesundheit & Pflege

Gesundheit & Pflege

Wir sehen Gesundheitsversorgung und Pflege als zusammenhängenden Bereich der Daseinsvorsorge. Deshalb unterstützen wir die Zusammenarbeit der verschiedenen Berufsgruppen – der niedergelassenen Ärzte, ambulanter und stationärer Versorgung, Pflege und Rehabilitation – auf Augenhöhe und wollen die gegenwärtige Profitorientierung überwinden. Gleichzeitig werden wir die Geburtskliniken und Geburtshilfeabteilungen flächendeckend sichern und die Versorgung mit ambulanten und stationären Hebammenleistungen sicherstellen.

Wir streben für den ganzen Freistaat eine flächendeckende Gesundheitsplanung vom Hausarzt über Fachärzte, Zahnmedizin, öffentlich organisierte medizinische Gesundheitszentren, Krankenhäuser, Pflege und Rehabilitation an. Um das zu verwirklichen, arbeiten wir mit den Patientenvereinigungen, Krankenkassen, Anbietern, Gebietskörperschaften, Kammern und den Gewerkschaften zusammen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheits- und Pflegebereich leisten Außergewöhnliches. Die dort geleistete Arbeit halten wir nicht für selbstverständlich und sehen wir in ihren Facetten als gleichwertig und unverzichtbar an. Sie verdient nicht nur unsere Wertschätzung, sondern auch entsprechende<s>r</s> Bezahlung und

menschliche Arbeitsbedingungen. Auch im Gesundheitswesen, dem gesamten Pflegebereich und allen Tätigkeiten in diesem Sektor stehen wir an der Seite der Gewerkschaften bei der Herstellung einer flächendeckenden Tarifbindung. Leiharbeit spaltet die Belegschaften in der Pflege auf besondere Weise und verursacht zusätzliche Kosten in den Einrichtungen und Krankenhäusern. Wir werden sie schrittweise auf Null reduzieren. Dazu werden wir vor allem gleiche Bezahlung und gleiche Behandlung für alle Beschäftigten durchsetzen, um die jetzt entstehenden Nachteile für die Stammbesetzung beispielsweise bei der Bezahlung, der Schichtarbeit oder besonders belastenden Tätigkeiten auszugleichen.

Die aktuell anstehende Krankenhausreform werden wir konstruktiv begleiten. Sie bietet die Chance, Ökonomisierung, Privatisierung und Profitorientierung zu überwinden. Die Dominanz der Fallpauschalen werden wir zugunsten einer flächendeckenden, hochwertigen und sektorenübergreifenden Versorgung brechen. Kleinere kommunale Kliniken in ländlichen Regionen wollen wir bei der qualitativ hochwertigen Grundversorgung, der Spezialisierung und der Kooperation systematisch unterstützen.

Voraussetzung für den Erhalt und den Ausbau von Spitzenmedizin ebenso wie von kleinen Einrichtungen ist eine langfristige, bedarfsgerechte Krankenhausplanung mit der Ausstattung durch die notwendigen Investitionsmittel. Letztere müssen beispielsweise auch die energetische Sanierung der Gebäude und bezahlbaren Wohnraum für die Beschäftigten abdecken.

Wir bauen das Sonderprogramm für Forschung und deren Anwendung gegen multiresistente Keime aus.

Die ambulante und stationäre Versorgung von Kindern und Jugendlichen sichern wir und beheben die Defizite im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie bzw. -psychotherapie.

Besonderen Wert legen wir auch auf gleichwertige, bedarfsgerechte pflegerische und medizinische Angebote für Menschen mit Behinderungen.

Wir werden den „Masterplan Medizinstudium 2020“ auch in Bayern umsetzen und mehr Studienplätze und Anreize zur Niederlassung von Ärzten und Ärztinnen in ländlichen und benachteiligten Regionen, auch durch die Förderung neuer Formen der Kooperation, schaffen. Analog investieren wir auch in die Ausbildung in den Pflegeberufen und den anderen Gesundheitsberufen. Wir sichern die Qualität und die Ausbildungsbedingungen, sorgen für Durchlässigkeit, geregelte Weiterbildungen und Aufstiegsmöglichkeiten. Wir wollen die Ausbildungen in allen Berufen im medizinischen und pflegerischen Bereich, auch beispielsweise in der Logopädie, Ergotherapie, Physiotherapie nach den Regeln des Berufsbildungsgesetzes gestalten.

Gute medizinische und pflegerische Versorgung hängt von der Arbeit der dort Beschäftigten ab.

Angesichts des Kräftemangels, des steigenden Bedarfes und der chronischen Überlastung des Personals bedarf es besonderer Anstrengungen: Reduzierung der Belastungen durch

verbindliche Regeln bei der Personalbemessung und Personalausstattung, entlastende Arbeitszeitregelungen, auf den spezifischen Bedarf ausgerichtete Kinderbetreuung, Anreize zum Wiedereinstieg in den Beruf und zur Aufstockung von Teilzeitarbeit.

Der Bedarf an Pflege- und Gesundheitsleistungen wird in den nächsten Jahren dynamisch wachsen. Der Freistaat trägt auch im Bereich der Pflegedienste und -Einrichtungen eine hohe Verantwortung. Diese kann weder dem Markt überlassen noch den Kommunen allein aufgebürdet bleiben. Der Freistaat kann und muss Pflegebedürftige und ihre Angehörigen beispielsweise durch umfassende, wohnortnahe Beratungsangebote, Pflegestützpunkte und bedarfsgerechte Dienstleistungsangebote entlasten. Durch laufendes Monitoring ist zu erheben, wie sich das Angebot in Relation zum Bedarf entwickelt.

Wir werden den Kostendruck für pflegebedürftige Menschen mindern, die Investitionen in die Einrichtungen mit Mitteln des Freistaates mitfinanzieren, und ein Förderprogramm für Pflegehotels auflegen, damit Pflegebedürftige und ihre Angehörigen auch gemeinsam verreisen können. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine solidarische Pflegevollversicherung ein. In einem ersten Schritt brauchen wir eine Deckelung der Eigenbeteiligungen.

Pflegende Angehörige werden wir entlasten. Dies wollen wir (z.B.) u.a. durch Einführung einer Lohnersatzleistung, umfassende und flächendeckende Beratungsangebote in Pflegestützpunkten in jedem Landkreis sowie den Ausbau von Entlastungsangeboten, z.B. Tagespflegeeinrichtungen und den Aufbau von Nachtpflegestellen erreichen.....Im Bundesrat uns für eine solidarische, bedarfsgerechte Pflegeversicherung ein, mit einer Deckelung der Eigenbeteiligung vom ersten Monat der Pflegebedürftigkeit an. Wir werden den Kostendruck für Pflegebedürftige mindern und die Investitionskosten in den Heimen staatlich finanzieren und ein Förderprogramm für Pflegehotels auflegen, damit Pflegebedürftige mit ihren Angehörigen gemeinsam verreisen können.

Gesundheit für Alle

Wir wollen bestmögliche Gesundheit für alle Bevölkerungsgruppen. Aus diesem Grund werden wir einen schlagkräftigen und modernen Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) schaffen. Der ÖGD braucht mehr Personal, eine einheitliche digitale Ausstattung, neue Kompetenzen und ein zukunftsorientiertes Leitbild. Wir werden den öffentlichen Gesundheitsdienst auf die Reduzierung von gesundheitlicher Ungleichheit vor allem durch Gesundheitsförderung und Prävention ausrichten.

In sozioökonomisch benachteiligten (Stadt-)Regionen werden wir barrierefreie Gesundheitskioske einrichten. Dort erhalten Interessierte Beratung zu Gesundheitsfragen in mehreren Sprachen, und werden mit kooperierenden Ärzt*innen, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen vernetzt und können an gesundheitsförderlichen Programmen teilnehmen.

Das Gesundheitswesen werden wir auf alle Geschlechter ausrichten und Gendermedizin in Forschung und Lehre stärken. Für ungewollt Schwangere werden wir einen Zugang zu

guten und wohnortnahen Möglichkeiten eines Schwangerschaftsabbruchs schaffen.

Notärztliche Versorgung

Die Notärztliche Versorgung ist besonders auf dem Land eine Herausforderung. Wir unterstützen das Modell des Tele-Notarztes, verbunden mit einer versicherungstechnisch abgesicherten Kompetenzerweiterung der Rettungsdienste, wie es bereits in anderen Bundesländern üblich ist

Psychiatrische und Psychotherapeutische Versorgung

Defizite in der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung – insbesondere bei der Versorgung von Kindern und Jugendlichen werden wir abbauen und gleichzeitig niedrigschwellige gesundheitliche Hilfen für wohnungslose und chronisch psychisch kranke Personen ausbauen.

In der psychiatrischen Versorgung werden wir kooperative Strukturen zur wohnortnahen Versorgung und Ansätze zum Verzicht auf geschlossene stationäre Einrichtungen unterstützen. Sozialpsychiatrische Krisendienste wollen wir gesetzlich verankern, so wie dies in anderen Bundesländern bereits geschehen ist.

Die mit dem PsychKHG eingeführten Krisendienste werden wir personell und organisatorisch in die Lage versetzen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Die Rechte und die Stellung von Betroffenen werden wir stärken, auch und insbesondere in den im PsychKHG vorgesehenen Beteiligungsmechanismen.

Wir werden einen Landespsychiatriebeirat einrichten als übergreifendes und beratendes Qualitätssicherungsorgan und als Impulsgeber für die Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung. Gleichzeitig muss die Zahl der Unterbringungen in der Psychiatrie gesenkt und Zwangsmaßnahmen so weit wie möglich verhindert werden.

Drogen – und Suchtpolitik

In Bayern brauchen wir endlich eine progressive Drogen- und Suchtpolitik. Dazu gehört für uns die Einrichtung von Drogenkonsumräumen und die Möglichkeit des Drug-Checkings einzuführen. Der Legalisierung von Cannabis werden wir im Bundesrat zustimmen. Wir setzen uns für eine Überarbeitung des Glückspielstaatsvertrages ein. Darüber hinaus wollen wir die Prävention an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen verbessern.

Profitmotiv im Gesundheitswesen zurückdrängen

Gesundheit ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht. Wir wollen die Gewinnentnahme für private Betreiber von Kliniken und stationären Pflegeeinrichtungen sowie für MVZs regulieren. Gewinne sollen vorrangig in die Versorgungsqualität reinvestiert werden. Wir wollen die Rekommunialisierung von Kliniken und stationären Pflegeeinrichtungen fördern und Privatisierungen einschränken.

Wir wollen das Gesundheitswesen und die Pflege vor rechtswidrigen und kriminellen Praktiken schützen. Deshalb werden wir die staatlichen Behörden in diesem Bereich stärken und effizienter einsetzen. Dafür werden wir eine zentrale Beschwerdestelle, die auch Hinweisgeber*innen schützt einrichten sowie mit den Krankenkassen und

Personalvertretungen zusammenarbeiten.

Die Pandemie hat die Defizite und Überforderungen der staatlichen Gesundheitsämter schonungslos offengelegt. Wir werden die Ursachen analysieren und beseitigen.

Antrag RGP04-Ä06: Änderungsantrag zu RGP04

Änderungsantrag zu RGP04

Zeile 67 - 69

~~Wir werden~~ Pflegende Angehörige ~~zum Beispiel durch Einführung einer Lohnersatzleistung, umfassende und flächendeckende Beratungsangebote in Pflegestützpunkten sowie den Ausbau von Entlastungsangeboten~~ werden wir entlasten. Dies wollen wir (z.B.) u.a. durch Einführung einer Lohnersatzleistung, umfassende und flächendeckende Beratungsangebote in Pflegestützpunkten sowie den Ausbau von Entlastungsangeboten, z.B. Tagespflegeeinrichtungen und den Aufbau von Nachtpflegestellenerreichen..... Im Bundesrat

setzen wir uns für eine solidarische, bedarfsgerechte Pflegeversicherung ein, mit einer Deckelung der Eigenbeteiligung vom ersten Monat der Pflegebedürftigkeit an. Wir werden den Kostendruck für Pflegebedürftige mindern und die Investitionskosten in den Heimen staatlich finanzieren und ein Förderprogramm für Pflegehotels auflegen, damit Pflegebedürftige mit ihren Angehörigen gemeinsam verreisen können.

Antrag RGP04-Ä08: Änderungsantrag zu RGP04

Änderungsantrag zu RGP04

Zeile 2

Stationäre Versorgung

Wir sehen Gesundheitsversorgung und Pflege als zusammenhängenden Bereich der Daseinsvorsorge. Deshalb unterstützen wir die Zusammenarbeit der verschiedenen Berufsgruppen – der niedergelassenen Ärzte, ambulanter und stationärer Versorgung, Pflege und Rehabilitation – auf Augenhöhe und wollen die gegenwärtige Profitorientierung überwinden. Gleichzeitig werden wir die Geburtskliniken und Geburtshilfeabteilungen flächendeckend sichern und die Versorgung mit ambulanten und stationären Hebammenleistungen sicherstellen.

Wir streben für den ganzen Freistaat eine flächendeckende Gesundheitsplanung vom Hausarzt über Fachärzte, Zahnmedizin, öffentlich organisierte medizinische Gesundheitszentren, Krankenhäuser, Pflege und Rehabilitation an. Um das zu verwirklichen, arbeiten wir mit den Patientenvereinigungen, Krankenkassen, Anbietern, Gebietskörperschaften, Kammern und den Gewerkschaften zusammen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheits- und Pflegebereich leisten Außergewöhnliches. Die dort geleistete Arbeit halten wir nicht für selbstverständlich und sehen wir in ihren Facetten als gleichwertig und unverzichtbar an. Sie verdient nicht nur unsere

~~einer Deckelung der Eigenbeteiligung vom ersten Monat der Pflegebedürftigkeit an. Wir werden den Kostendruck für Pflegebedürftige mindern und die Investitionskosten in den Heimen staatlich finanzieren und ein Förderprogramm für Pflegehotels auflegen, damit Pflegebedürftige mit ihren Angehörigen gemeinsam verreisen können.~~

Antrag RGP04-Ä11: Änderungsantrag zu RGP04

Änderungsantrag zu RGP04

Zeile 97

In der psychiatrischen Versorgung werden wir kooperative Strukturen zur wohnortnaheN Versorgung und Ansätze zum Verzicht auf geschlossene stationäre Einrichtungen unterstützen. Sozialpsychiatrische Krisendienste wollen wir gesetzlich verankern, so wie dies in anderen Bundesländern bereits geschehen ist.

Antrag RGP04-Ä13: Änderungsantrag zu RGP04

Änderungsantrag zu RGP04

Zeile 91

Notärztliche Versorgung

Die Notärztliche Versorgung ist besonders auf dem Land eine Herausforderung. Wir unterstützen das Modell des Tele-Notarztes, verbunden mit einer versicherungstechnisch abgesicherten Kompetenzerweiterung der Rettungsdienste, wie es bereits in anderen Bundesländern üblich ist

Antrag RGP04-Ä14: Änderungsantrag zu RGP04

Änderungsantrag zu RGP04

Zeile 69

Wir werden Pflegende Angehörige zum Beispiel durch Einführung einer Lohnersatzleistung, umfassende und flächendeckende Beratungsangebote in Pflegestützpunkten in jedem Landkreis sowie den Ausbau von Entlastungsangeboten entlasten. Im Bundesrat setzen wir uns für eine solidarische, bedarfsgerechte Pflegeversicherung ein, mit einer Deckelung der Eigenbeteiligung vom ersten Monat der Pflegebedürftigkeit an. Wir werden den Kostendruck für Pflegebedürftige mindern und die Investitionskosten in den Heimen staatlich finanzieren und ein Förderprogramm für Pflegehotels auflegen, damit Pflegebedürftige mit ihren Angehörigen gemeinsam verreisen können.

Antrag RGP05: Bauen & Wohnen

Bauen & Wohnen

Die Verfassung des Freistaats Bayern formuliert in Art. 106 Abs.1 klar: „Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung.“ Wir wollen diesen Anspruch einlösen, denn Wohnen ist ein Grundrecht und kein Luxusgut.

Angesichts hoher Baukosten, Material- und Lieferengpässen und einer steigenden Zinsentwicklung brauchen wir einen umfassenden Ansatz, um qualitätsvollen, klimaangepassten und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Soziales Bodenrecht und Liegenschaftspolitik

Auf teurem Baugrund kann kein bezahlbarer Wohnraum entstehen. Wir brauchen einen anderen Umgang mit Grund und Boden mit einem sozialen Bodenrecht und einer gemeinwohlorientierten staatlichen Liegenschaftspolitik, die die Schaffung von bezahlbarem und klimagerechtem Wohnraum unterstützt. Wir werden diese Grundsätze in der Verfassung festschreiben und die Praxis des Freistaats und seiner landeseigenen Gesellschaften beenden, eigene Grundstücke und Immobilien zu verkaufen. Den Verkauf der 33.000 Landesbankwohnungen im Jahr 2012 durch das von Söder geführte Finanzministerium lehnen wir aufs Schärfste ab. Spekulation, Entmietung und Luxussanierung waren die Folge.

Wir wollen gemeinwohlorientierter Vermietung den Vorrang vor profitorientierten Unternehmen geben. Die Übernahme von mehr Wohnungen in die öffentliche Hand ist für uns eine wichtige politische Option. Einen An- bzw. Rückkauf von Wohnungen, zum Schutz der Mieter*innen und zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums, etwa der früheren Wohnungen der Bayerischen Landesbank, werden wir prüfen.

Stattdessen werden wir mit einem Verbilligungsgesetz Grundstücke des Freistaates in Erbpacht vergeben, vorzugsweise an unsere Kommunen und den Erbbauzins auf Grundlage der Konzepte bemessen und so den Bau von bezahlbarem Wohnraum unterstützen. Durch eine Vereinfachung des Erbbaurechts wollen wir seine Anwendung auch für sozial orientierte Wohnungsbauunternehmen attraktiver gestalten und die Kooperationen von Kommunen mit Grundstückeigentümern fördern.

Wir werden einen landeseigenen sozialen Bodenfonds auflegen und so die Kommunen bei der Ausübung des Vorkaufsrechts, der möglichst flächendeckenden Einführung und Weiterentwicklung der „Sozialen Bodennutzung (SoBoN)“ und dem Ankauf von Schlüsselgrundstücken unterstützen. Wir setzen uns in der Bundespolitik für ein echtes kommunales Vorkaufsrecht ein, also dem "Erstzugriff" der Kommunen auf Grundstücke, ermöglichen wir noch mehr sozialen Wohnungsbau.

Baulandmobilisierung

Wir werden die bundesgesetzlich mögliche Baulandsteuer (Grundsteuer C) in Kraft setzen und damit brachliegende, aber baureife Grundstücke für den Wohnungsneubau mobilisieren. Zum Schutz unserer natürlichen Ressourcen und zur Begrenzung des Flächenverbrauchs setzen wir auf das Prinzip der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung, auf Nachverdichtung, Aufstockungen sowie die Umwidmung und den Umbau von Bestandgebäuden. Dafür brauchen wir ein bayernweites Umbaukataster, das die

entsprechenden Potentiale aufzeigt.

Zur Entbürokratisierung und Beschleunigung von Planung und Bau setzen wir uns auf Bundesebene für die Einführung einer neuen Gebäudeklasse E (wie Einfach) ein. Wir wollen mehr modulares und serielles Bauen und Sanieren ermöglichen und durch Typengenehmigungen beschleunigen. Wir werden hierzu die Bayerische Bauordnung (BBO) zügig an die Musterbauordnung des Bundes anpassen. Wir werden die BBO entschlacken und modernisieren, um den Bau bezahlbarer Wohnungen stark zu erleichtern und zu beschleunigen. Wir werden Verfahren digitalisieren und die Kommunen bei der Umsetzung digitaler Bebauungspläne und Baugenehmigungen unterstützen.

Klimagerechtes und Ökologisches Bauen

Wir wollen ein klimaneutrales Bayern bis 2035. Um dieses anspruchsvolle Ziel zu erreichen, muss auch der Bausektor seinen Beitrag leisten. Wir wollen dabei die „graue Energie“ und die Gesamtbilanz von CO₂-Emissionen im Lebenszyklus stärker in den Blick nehmen, „cradle-to-cradle“-Ansätze unterstützen und den Einsatz von nachhaltigen, wiederverwertbaren und nachwachsenden Baustoffen fördern. Zur Unterstützung einer regionalen Kreislaufwirtschaft und zur Wiederverwertung von wertvollen Baumaterialien wollen wir ein flächendeckendes Angebot an Baustoffbörsen schaffen. Wir fördern das Bauen mit Holz und anderen nachhaltigen Baustoffen durch Förderinstrumente, die von der Betrachtung des Gesamtkonzepts und nicht von den Einzelteilen des Baus ausgehen. Sanierung und Erhalt gehen vor Abriss und Neubau.

Wir unterstützen Konzepte der kommunalen Wärmeplanung und orientieren uns dabei an praxistauglichen ortsnahen Lösungen im Quartier. Wir ergänzen die bundespolitische energetische Förderung dort, wo nötig durch eigene Programme, um Sanierung und Neubau für Kommunen, Eigentümer, Mieter und Vermieter attraktiv zu gestalten und eine finanzielle Überforderung zu vermeiden.

Soziale Wohnraumförderung und Wohnungsbau /-kauf

Wir werden die jahrelange Praxis des Freistaats beenden, die eigenen Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau dann zu kürzen, wenn der Bund diese erhöht. Im Gegenteil: wir werden den sozial orientierten Wohnungsbau konsequent durch eine eigene Fördermilliarde unterstützen. Wir werden mit den Kommunen und der sozial orientierten Wohnungswirtschaft einen Pakt für bezahlbares Wohnen schließen und die bayerischen Förderprogramme zielgenau umbauen, unter anderem durch die Erhöhung der die Bindungsdauer für die Inanspruchnahme von staatlichen Fördermitteln auf 60 Jahre.

Wir werden die staatliche Immobilienverwaltung auf Vordermann bringen, der Entwicklung von sozialorientiertem Wohnraum Vorrang einräumen und die Zusammenarbeit der staatlichen Gesellschaften „Immobilien Freistaat Bayern“ (Imby) „Bayernheim“, „Stadibau“, dem Siedlungswerk Nürnberg und den Studierendenwerken neu strukturieren, um Synergien zu schaffen und sie schlagkräftiger machen. Dabei werden wir auch Vorhaben im altengerechten Wohnen, studentischem Wohnen, Azubiwohnen und Generationenwohnen umsetzen. Wir werden das Bundesprogramm für Junges Wohnen auf

Landesebene flankieren und ein Azubiwerk gründen. Senior*innen haben oft einen sinkenden Wohnraumbedarf, während junge Familien dringend Wohnraum suchen. Über Vermittlungsbörsen wollen wir den Tausch von Wohnraum unterstützen.

Wir werden Kommunen und die interkommunale Zusammenarbeit dort, wo gewünscht, durch die Gründung von eigenen Wohnungsbau- und Entwicklungsgesellschaften, auch auf Landkreisebene, unterstützen. Wir unterstützen den sozialen Wohnungsbau der Kommunen und ihrer Wohnungsbaugesellschaften mit einer zweckgebundenen, verbilligten Abgabe staatlicher Grundstücke, so wie es der Bund bereits seit Jahren vormacht.

Wir werden den genossenschaftlichen Wohnungsbau durch die bevorzugte Vergabe von landeseigenen Grundstücken in Erbpacht, die Gewährung von Landesbürgschaften, die Schaffung von Anlauf- und Beratungsstellen und durch eigene Förderprogramme gezielt unterstützen.

Wir werden die Bundesförderung selbstgenutzten Wohneigentums für Familien mit Kindern und niedrigen bis mittleren Einkommen mit einer Landesförderung aufstocken.

Mieter*innen schützen, Wohnraum sichern

Längerfristiger, anlassloser Leerstand von wertvollem Wohnraum in staatlichen Immobilien ist nicht akzeptabel. Wir werden in einem jährlichen Bericht Leerstand erfassen, dort, wo nötig Bestandssanierungen zügig angehen und den Leerstand beheben.

Wir werden das Zweckentfremdungsgesetz nachschärfen, um Kommunen mehr Instrumente wie Registrier- und Auskunftspflichten und die nötige Rechtsklarheit beim Vorgehen gegen missbräuchliche Nutzung von Wohnraum, auch durch kurzfristige, gewerbeähnliche Vermietung (AirBnB) an die Hand zu geben.

Zur Stärkung des Mieterschutzes und, um der kontinuierlichen Verknappung des Angebots an Mietwohnungen durch Umwandlung in Eigentumswohnungen entgegenzuwirken, werden wir das bundesgesetzlich mögliche Allgemeine Umwandlungsverbot für Gebäude ab 3 Wohneinheiten durch Rechtsverordnung für alle Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten unverzüglich erlassen.

Wir werden die Eingriffsmöglichkeiten der staatlichen Aufsicht beim Wohnungsaufsichtsgesetz zum Schutz der Mieterinnen und Mieter vor Überbelegung und menschenunwürdigen Wohnverhältnissen in Schrottimmobilen stärken.

Für den eigenen Bestand verzichten wir in der kommenden Legislaturperiode auf jedwede Mieterhöhung und wirken bei der öffentlichen und privaten Wohnungswirtschaft auf ein befristetes Mietmoratorium hin. Wir werden den Bau von Werkwohnungen für Pflegekräfte und öffentlich Bedienstete fördern und massiv ausweiten. Angesichts stark steigender Energiepreise und Lebenshaltungskosten ergänzen wir zur Begrenzung der Belastungen durch Heiz- und Energiekosten dort wo nötig, die Unterstützung des Bundes. In Regierungsverantwortung werden wir uns auf Bundesebene für Veränderungen beim Mietspiegel einsetzen: Für eine echte ortsübliche Vergleichsmiete braucht es eine Streichung des Betrachtungszeitraums. Außerdem sollten auch geförderte Wohnungen in den Mietspiegel mit aufgenommen werden. Indexmiete sollte nicht mehr an die

Wir werden die staatliche Immobilienverwaltung auf Vordermann bringen, der Entwicklung von sozialorientiertem Wohnraum Vorrang einräumen und die Zusammenarbeit der staatlichen Gesellschaften „Immobilien Freistaat Bayern“ (Imby) „Bayernheim“, „Stadibau“, dem Siedlungswerk Nürnberg und ~~dem Studentenwerk~~ den Studierendenwerken neu strukturieren, um

Synergien zu schaffen und sie schlagkräftiger machen. Dabei werden wir auch Vorhaben im altengerechten Wohnen, studentischem Wohnen, Azubiwohnen und Generationenwohnen umsetzen. Wir werden das Bundesprogramm für Junges Wohnen auf Landesebene flankieren und ein Azubiwerk gründen. Senior*innen haben oft einen sinkenden Wohnraumbedarf, während junge Familien dringend Wohnraum suchen. Über Vermittlungsbörsen wollen wir den Tausch von Wohnraum unterstützen.

Antrag RGP06: Verkehr/Klimaschutz/Umwelt/Sozialökologische Transformation/Landwirtschaft

Verkehr/Klimaschutz/Umwelt/Sozialökologische Transformation/Landwirtschaft

Energie für Bayern = bezahlbar, sicher und erneuerbar:

Eine sichere und nachhaltige Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen ist ein wesentlicher Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir werden den Freistaat Bayern zum Vorreiter bei den erneuerbaren Energien machen. Diese sollen bis spätestens 2035 den gesamten Strombedarf Bayerns decken. Die Erzeugung und Verteilung von leitungsgebundenen Energien werden wir in öffentlicher Verantwortung und - so weit wie möglich - wieder in staatlichem oder kommunalem Eigentum organisieren. So wollen wir beispielsweise die bayerischen Wasserkraftwerke zwischen Main und Karwendel aus dem derzeit vom Bund übernommenen UNIPER-Konzern herauslösen, um sie in geeigneter Form wieder in öffentliches Eigentum zu überführen, bevor die von der Europäischen Union bis 2026 verlangte Reprivatisierung erfolgt. Die Energieversorgung gehört in die öffentliche Hand und darf nicht internationalen Konzernen und dem Gewinnstreben privater Anteilseigner ausgeliefert werden. Klimaschutz muss in Bayern eine kommunale Pflichtaufgabe werden, um den Kommunen im

Rahmen ihrer Möglichkeiten Rechtssicherheit und finanzielle Grundlagen zu gewähren.

Für uns ist eine stabile und grüne Energieversorgung ein Standortfaktor. Wir denken dabei immer an morgen und werden unsere Ausbauziele am zukünftigen Bedarf orientieren. Wir wollen die Erzeugung und Verteilung erneuerbarer Energien, die Kontrolle und Gestaltung bezahlbarer Preise, sowie den Ausbau der Netze wieder öffentlich organisieren.

Um diese Ziele zu erreichen, werden wir alle unnötigen Hindernisse beseitigen. Das

gilt insbesondere für die Landesplanung. Wir werden den Windkraftstopp 10-H abschaffen, damit die Windkraft in Bayern ihr volles Potenzial entfalten kann. Wir werden für deutlich schnellere Genehmigungsverfahren sorgen, und die Bedingungen für den Bau von Windrädern verbessern. Wir werden nicht nur die Ausbauziele der Bundesregierung erfüllen, sondern das Ziel von zwei Prozent der Landesfläche für die Windkraft anstreben. Unser Ziel einer bezahlbaren und sicheren Energieversorgung erreichen wir nur durch einen starken Ausbau der Windkraft.

Um den Ausbau der Photovoltaik voranzubringen, werden wir die Photovoltaikpflicht für alle Neu- und Umbauten im gewerblichen wie privaten Bereich einführen und zusätzlich PV-Anlagen über Parkplätzen, Autobahnen und landwirtschaftlichen Flächen (Agri-PV) sowie auf künstlich geschaffenen Gewässern (Floating-PV) zu fördern. Außerdem werden wir die Regelungen im Denkmalschutz überprüfen und anpassen, um Solaranlagen auch auf denkmalgeschützten Gebäuden zu ermöglichen.

Wir werden den Bau von großen Energiespeichern für die lang-, mittel- und kurzfristige Speicherung von Energie vorantreiben und beschleunigen. Dazu gehören auch sogenannte Mega-Batteries, die sich an den Standorten ehemaliger Atomkraftwerke besonders gut ins Netz einbinden lassen und auch die Leistung von Kernkraftwerken erreichen können.

Mit unserer bayerischen Wärmestrategie werden wir Kommunen bei der Erstellung von Wärmenutzungsplänen mit Maßnahmenvorschlägen unterstützen. Gleichzeitig werden wir Nah- und Fernwärmenetze ausbauen und den Kommunen mit den notwendigen finanziellen Mitteln dabei helfen, die riesigen Potenziale von Abwärme und Geothermie auszunutzen. Wir werden eine Bayerische Geothermie-Initiative auf den Weg bringen, die alle Beteiligten von der Forschung über Unternehmen bis hin zu Stadt- und Gemeindewerken umfasst. Unser Ziel ist ein Turbo für die Geothermie in Bayern und ein massiver Ausbau in Süd- wie Nordbayern.

Damit auch unsere Bürger*innen von der Energiewende profitieren können, werden wir Energiegenossenschaften stärker fördern, soweit dies in die Zuständigkeit des Freistaats Bayern fällt. Mit einem Zentrum für bayerische Bürgerenergie wollen wir die Bildung von Energiegenossenschaften unterstützen. Ebenso werden wir eine Regelung nach dem Vorbild von Mecklenburg-Vorpommern einführen, damit die Betreiber*innen von Windkraftanlagen Kommunen und Bürger*innen an ihren Projekten beteiligen müssen.

Wir werden ein Investitionsförderprogramm für erneuerbare Energiequellen auflegen, das im Bereich Strom und Wärme Kommunen, Stadtwerke, Energiegenossenschaften, Wohnungsbauunternehmen und Gewerbenetzwerke beim Aufbau und dem Einsatz entsprechender Technologien unterstützt.

Wo immer wir privatwirtschaftliche Unternehmen bei der Finanzierung der Transformation unterstützen, tun wir dies nicht als Zuschuss sondern mit dem Anspruch, dafür auch durch Beteiligungen Gestaltungsspielraum für die Gesellschaft.

Mit Blick auf die Energiekosten müssen wir auch die hohen Potenziale Norddeutschlands

bei erneuerbaren Energien für Bayern erschließen. Deshalb ist ein Ausbau der Stromnetze notwendig. Wir werden deshalb den Bau der großen Gleichstromleitungen voranbringen und mit allen notwendigen Mitteln beschleunigen. Das Gleiche gilt für die Verteilnetze inklusive der Einspeisepunkte für Erneuerbare Energien in Bayern. Sie müssen dringend und schnell modernisiert und ausgebaut werden.

Wir werden die Forschungsförderung für die Energiewende (u. a. Netzmanagement, Speichertechnologien für Energie und Wärme, neuere Technologien der Energiegewinnung, neue Antriebstechnologien im Verkehr) weiter ausbauen. Wir werden die Erzeugung von Wasserstoff - insbesondere für die Nutzung in der Industrie - schnell voranbringen. Hierbei wollen wir dafür sorgen, dass Projekte in Bayern zur Erzeugung von grünem Wasserstoff zukünftig ausreichend gefördert werden. Ebenso wollen wir in den sehr energieintensiven Branchen - insbesondere für die Chemischen Industrie im bayerischen Chemiedreieck - dafür sorgen, dass diese an die Wasserstoffnetze in Westdeutschland sowie an ein europäisches Wasserstoffnetz angebunden werden.

Statt Verzichtsdebatten und Kritik am individuellen Konsum wollen wir die Grundlagen für klimaneutrale Produktion schaffen. Wenn wir von Transformation sprechen, meinen wir eine aktive Gestaltung des Veränderungsprozesses im Sinne der Vielen.

Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs = Bezahlbare Mobilität für alle

Mobilität in Bayern wird unter unserer Verantwortung barrierefrei bezahlbarer, umweltfreundlicher und digitaler werden. Für uns ist Verkehr der Zukunft inklusiv, komfortabel, emissionsfrei und gut getaktet.

Hierbei setzen wir auf eine massive Stärkung des öffentlichen Verkehrs (Bahnen und Busse/ÖPNV), von Fahrrad und (auf kurzen Strecken) Fußgänger*innen. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie für Bayern! Wir wollen, dass jeder Ort mindestens einmal pro Stunde mit Bahn oder Bus angeschlossen ist. Ob Bahn, Bus oder Ruftaxi richtet sich nach Größe und Bedarf. Aus jeder Gemeinde muss es mindestens alle zwei Stunden eine Verbindung zu einem Regionalbahnhof geben. Diese Mobilitätsgarantie sorgt auch für soziale Teilhabe und Inklusion: Denn so erhalten auch Menschen Zugang zu Mobilität, die individuelle Mobilität nicht nutzen können – z.B. aufgrund des Alters oder von körperlichen Einschränkungen.

Damit Mobilität bezahlbar bleibt, werden wir ein bayernweites 29€-Ticket, für den öffentlichen Nahverkehr einführen, mit dem Familien und Alleinerziehende die eigenen Kinder kostenlos mitnehmen dürfen. Für Menschen mit begrenzten finanziellen Mitteln führen wir ein kostenloses Schüler*innen-, Studierenden- und Azubi-Ticket, ein Senior*innenticket, sowie ein bayerisches Sozialticket ein. Langfristig streben wir einen kostenlosen ÖPNV in Bayern an.

Wir wollen mehr Bus und Bahn, gerade auch im ländlichen Raum! Dafür werden wir aus der Bayerischen Eisenbahngesellschaft eine Bayerische Mobilitätsgesellschaft machen. Sie soll den Städten und Landkreisen bei der Einrichtung von übergreifenden Expressbus-Verbindungen helfen und auch die Reaktivierung von stillgelegten

Bahnstrecken voranbringen. Hierfür werden wir besonders in den ländlichen Regionen an zentralen Orten Knotenpunkte fördern und dafür sorgen, dass die Wege zum öffentlichen Nahverkehr so kurz wie möglich sind. Zu diesen Knotenpunkten gehören neben einem gut getakteten öffentlichen Nahverkehr auch Pendler*innenparkplätze (Park and Ride) und Garagen für Fahrräder und E-Bikes.

Damit gerade in den kleinen Kommunen, alle bestens zum nächstgelegenen Knotenpunkt gelangen können, werden wir kostengünstige Shared-Mobility-Konzepte fördern, sowie den Ausbau von On-Demand-Angeboten (z.B. Rufbusse) voranbringen. Für ein Sicheres nach Hause kommen führen wir ein Taxi 50/50 für Schüler*innen, Azubis und Student*innen ein. Mobilität darf auch in den ländlichen Regionen keine Frage des Geldbeutels sein, sondern muss allen Menschen kostengünstig zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund werden wir die ÖPNV-Zuweisungen an die Kommunen von 55 Millionen Euro auf 250 Millionen Euro im Jahr erhöhen.

Wir werden den Einfluss des Freistaates auf die Verkehrspolitik des Bundes, beispielsweise beim Einsatz der Haushaltsmittel und bei der Bundesverkehrswegeplanung nutzen, um die Schieneninfrastruktur massiv auszubauen. Wir brauchen ein Sonderprogramm Schiene für Bayern, beispielsweise für die Reaktivierung stillgelegter Strecken, Bahnhofsgebäude, Industriegleise, Güterverkehrszentren, Verkehrsverbünde und Bahnhöfe. Mittelfristig wollen wir verlässlich und dauerhaft eine Milliarde Euro pro Jahr in klimafreundlichen Verkehr im Freistaat investieren.

Um Bayern auch verkehrstechnisch gut an unsere Nachbarn anzubinden, setzen wir uns für einen **zügigen** Ausbau des Brenner-Nordzulaufes, sowie Ausbau und Elektrifizierung der Bahnstrecken ein. Insgesamt ist es unser Ziel, mehr Güter und Personen auf die Schiene zu verlagern, um die europäischen Klimaziele zu erreichen und Kurzstreckenflüge zu vermeiden. Zum Schutz der Anwohner*innen treten wir für den technisch bestmöglichen Lärmschutz an den Bahnstrecken ein.

Wir werden ein Radgesetz für Bayern beschließen und den Ausbau der Infrastruktur für den Radverkehr vorantreiben. Dazu gehören **unter anderem** die Planung und der Bau von Radschnellwegen auf Landesebene. Wir schaffen ausreichend Platz und eine hohe Aufenthaltsqualität für den Fußverkehr.

Wir fördern emissionsfreie Mobilität, auch für den notwendigen Individualverkehr. Wir setzen dabei vor allem auf E-Mobilität und für den Schwerlastverkehr, wenn notwendig, auch auf klimaneutrale Treibstoffe wie mit erneuerbaren Energien gewonnenen Wasserstoff. Und wir unterstützen die Arbeitnehmer*innen in der Automobilindustrie bei den anstehenden Veränderungen. Wir wollen den Ausbau der E-Ladnetze beschleunigen und dass unsere bayerischen Autohersteller das klimafreundliche, zu 100 Prozent recyclebare, fair produzierte und autonom fahrfähige Fahrzeug der Zukunft bei uns in Bayern herstellen. Wir setzen dabei vor allem auf E-Mobilität, sind aber technologieoffen. E-Fuels sehen wir im Moment vor allem als Lösung für den Schiffs- und Flugverkehr. Wir werden uns im Bund für ein Tempolimit einsetzen.

Allgemein werden wir für schnelle Genehmigungs- und Planungsverfahren für die klimaneutrale Infrastruktur in Bayern sorgen. Den Bau einer dritten Startbahn am Flughafen München lehnen wir ab und werden sie deshalb aus dem Landesentwicklungsprogramm streichen.

Naturschutz = Die Schönheit, Vielfalt und natürlichen Lebensgrundlagen Bayerns erhalten

Als BayernSPD liegt uns die Schönheit und die natürlichen Lebensgrundlagen Bayerns am Herzen. Aus diesem Grund setzen wir uns engagiert für den Naturschutz in Bayern ein.

Wir werden Bayern zum Vorreiter beim geringsten Flächenverbrauch pro Kopf machen und den Flächenverbrauch in Bayern stark begrenzen. Unser langfristiges Ziel ist eine Flächenkreislaufwirtschaft. Dazu werden wir wirksame Instrumente entwickeln, mit denen sich der Schutz von Landschaft und Natur mit wirtschaftlichen und sozialen Erfordernissen verbinden lässt. Ein wichtiger Grundsatz für uns ist dabei: Innenentwicklung von Städten und Gemeinden muss tatsächlich Vorrang vor der Erweiterung nach außen haben!

Wir werden uns für sauberes und bezahlbares Trinkwasser in öffentlicher Hand einsetzen. Schadstoffe aller Art, Mikroplastik, Pestizide, Medikamentenrückstände und Nitrat haben nichts im Wasser und in unseren Gewässern verloren. Wir werden alles tun, um ihren Eintrag zu verhindern. Besonders in belasteten Gebieten werden wir schnell handeln, hier müssen Nitratüberschüsse konsequent vermindert werden. Die Verfahren zur Ausweisung von Wasserschutzgebieten werden wir deutlich beschleunigen und Flächenversiegelungen reduzieren. Wir werden aufgrund wiederkehrender Probleme mit umweltbelastenden, gesundheitsgefährdenden und oftmals nur schwer abbaubaren Chemikalien für Verbote des Einsatzes derartiger Substanzen eintreten.

Zusätzlich setzen wir uns stark für die Renaturierung von Öko-Systemen ein. Hierbei stehen für uns unsere Flüsse und Bäche und die Wiedervernässung der bayerischen Moore im Zentrum. Das dient nicht nur dem Klima- und Artenschutz, sondern ist auch für den natürlichen Hochwasserschutz unverzichtbar. Zusätzlich werden wir bestehende Wassereinzugsgebiete schützen, und die Verfahren zur Ausschreibung neuer Gebiete beschleunigen.

Die bayerischen Alpen sind eine der letzten großen spektakulären Naturlandschaften in Europa, mit eigener Kultur und Bewirtschaftung. Wir bekennen uns zum Schutz der bayerischen Alpen, zu den Zielen der internationalen Alpenkonvention, vor allem zum Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung, und zum bayerischen Alpenplan von 1972.

Wir setzen auf eine Wende hin zu einem klimafreundlichen und nachhaltigen Ganzjahrestourismus. Wir wollen die Bergland- und Almwirtschaft stark fördern, die wesentlichen Anteil an Schaffung und Erhaltung des einzigartigen Naturraums Alpen hat. Wir werden die Unterstützung dieser Betriebe, je nach der Erschwernis der Bewirtschaftung, massiv ausbauen. Subventionen aus Steuermitteln für Schneekanonen lehnen wir ab. Ein wirksamer Schutz des Alpenraumes und dessen humane und ökologische

Entwicklung bedürfen der intensiven Zusammenarbeit aller Städte und Gemeinden, sowie den Grenzländern der Region.

Wir wollen das Artensterben in Bayern so schnell wie möglich stoppen. Es gefährdet unsere eigenen Lebensgrundlagen. Wir werden einen besseren Schutz, Ausweitung und stärkere Vernetzung unserer Schutzgebiete gewährleisten. Die Vermeidung von Eingriffen muss Vorrang vor dem Ausgleich haben. Wir wollen die natürliche Artenvielfalt schützen und fördern. Dabei werden wir das Volksbegehren Artenvielfalt konsequent umsetzen und unseren Fortschritt regelmäßig kontrollieren. Dazu gehört für uns auch die Errichtung eines Biotopverbundes, welcher bis 2030 mindestens 15 Prozent Offenland der Landesfläche umfasst.

Wir wollen mindestens einen weiteren Nationalpark in Bayern. Der beste Kandidat dafür ist der Steigerwald. Wir wollen mehr Naturwaldreservate und Naturschutz im Wald. Hierbei setzen wir auch auf den zügigen Umbau unserer Wälder zu klimafesten Mischwäldern und legen durch umwelt- und tierschutzgerechte Jagd die Grundlage für eine natürliche Waldentwicklung.

Wir begrüßen die Wiederkehr früher ausgerotteter und ausgestorbener Tierarten, auch von Beutegreifern wie dem Wolf. Dabei setzen wir auf ein gutes Management und den unbürokratischen und schnellen Ausgleich von Schäden. Bei Tierarten wie dem Biber, deren Bestand gesichert ist, halten wir eine Regulierung nach den Maßgaben des europäischen Umweltrechts für sinnvoll. Wir werden Umweltkriminalität und vor allem die illegale Tötung streng geschützter Tierarten wie dem Luchs hart und effektiv bekämpfen.

Sozialdemokratische Agrarpolitik = Gesunde Menschen, Tiere und Betriebe

Wir stehen für den Erhalt einer bäuerlichen und eigentümer*innengeprägten Landwirtschaft. Durch eine nachhaltige Wirtschaftsweise bereichern die Bäuer*innen den ländlichen Raum wirtschaftlich, kulturell und kulturlandschaftlich. Für ihre besonderen, von der Gesellschaft eingeforderte Leistungen müssen sie angemessen entlohnt werden, um dem Rückgang kleiner Betriebe entgegenzuwirken.

Wir werden dafür sorgen, dass unsere landwirtschaftlichen Betriebe eine klare wirtschaftliche Perspektive für die künftigen Generationen erhalten. Mit der Förderung von jungen Landwirt*innen und der Möglichkeit einer attraktiven Ausbildung wollen wir das Durchschnittsalter der Betriebsleiter*innen in der Landwirtschaft senken und so die mittelständische Struktur auf Dauer sichern. Dazu gehört auch die Unterstützung bei Betriebsübergaben

Wir werden unsere Landwirt*innen beim Erzeugen von gesunden Lebensmitteln mit einer Produktionsweise, die Wasser, Boden, Klima, Artenvielfalt schützt und das Tierwohl im Blick hat, unterstützen - weg von reiner Masse und Effizienz. Mithilfe eines langfristigen Konzeptes geben wir unseren Betrieben Planungssicherheit und sorgen dafür, dass sich Investitionen in Nachhaltigkeit langfristig auszahlen. Um die Lebensgrundlage für Milchbauern zu erhalten, setzen wir uns für Instrumente zur

Stabilisierung des Milchpreises auf europäischer Ebene ein.

Wir arbeiten aktiv gegen den Konzentrationsprozess von Agrarfläche auf Großbetriebe sowie außerlandwirtschaftliche Konzerne und den damit häufig verbundenen Spekulationen auf Böden. Darum werden wir uns für einen veränderten Förderrahmen, Steuerprogramme und eine zielgerichtete Durchsetzung bestehender Gesetze einsetzen. Für uns ist klar: Bauernland gehört in Bauernhand.

Wir werden den Ökolandbau bis 2030 auf mindestens 30 Prozent der Landesagrarfläche ausbauen. Neben der stärkeren Förderung der Betriebe werden wir Bildungsangebote ausbauen, Forschung und Beratung intensivieren und die Vermarktung bayerischer Bioprodukte aus einem Guss flächendeckend fördern. Der Freistaat soll hierbei als Vorbild agieren und für seine Kantinen vorrangig Bio-produkte aus regionaler Erzeugung einkaufen.

Mit dem konsequenten Ausbau von Agrarumweltmaßnahmen werden wir der Förderung mit der Gießkanne nach Fläche entgegenwirken, und Gemeinwohlleistungen honorieren. Landwirt*innen, welche Mehrleistungen für den Erhalt der Natur erbringen, werden wir in Zukunft stärker fördern. Erhalt der Natur, zum Beispiel durch Diversifizierung, In der Landwirtschaft fördern wir deutlich mehr Naturschutzflächen und setzen uns für eine pestizidfreie Landwirtschaft ein.

Nur intakte und fruchtbare Böden verhindern die Auswaschung von Nährstoffen und gewährleisten hohe Erträge ohne Überdüngung. Ihr Wasserrückhaltevermögen dient dem Hochwasserschutz. Den Schutz des Bodens vor Schadstoffen und ein Umdenken hin zu anderen Anbaumethoden wie beispielsweise mehrjährigen Energiepflanzen, die weniger verdichten und den Humusaufbau werden wir verbessern.

In der Tierhaltung stehen wir für eine artgerechte Nutztierhaltung und werden alternative Haltungskonzepte, wie das Strohschwein, stärker fördern. Hierzu werden wir die Landwirtschaft bei ihren Anstrengungen unterstützen. Weiterhin werden wir die gesetzlichen Vorgaben für alle Nutztiere überprüfen, deren Einhaltung kontrollieren und Verstöße ahnden.

Damit auch unsere Landwirt*innen von der hohen Qualität ihrer Produktion profitieren, setzen wir uns für eine verpflichtende Kennzeichnung von Haltungsformen und Herkunft ein. Gleichzeitig stehen wir für kurze Tiertransportwege, von der Geburt bis zur Schlachtung. Unser Ziel ist die regionale Wertschöpfung in der bayerischen Nahrungsmittelerzeugung.

Wir wollen Tierversuche in der Forschung soweit wie möglich unterbinden, und setzen uns für alternative Konzepte ein.

Wir werden Mindeststandards für Arbeitnehmer*innen schaffen, um die Beschäftigten in der Landwirtschaft vor Ausbeutung zu schützen. Dies geschieht durch konsequente Anwendung der sozialen Konditionalität.

Wir werden landwirtschaftliche Betriebe, die ihre Beschäftigten ausbeuten,

sanktionieren sowie bei Verstößen EU-Fördergelder kürzen.

Wir werden unsere heimische Landwirtschaft schützen, indem wir die europäische Richtlinie zu unlauteren Handelspraktiken effektiv umsetzen und die Richtlinie zudem um das Verbot von Dumpingpreisen ergänzen.

Antrag RGP06-Ä04: Änderungsantrag zu RGP06

Änderungsantrag zu RGP06

Zeile 23 - 25

Um den Ausbau der Photovoltaik voranzubringen, werden wir die Photovoltaikpflicht für alle Neu- und Umbauten im gewerblichen wie privaten Bereich einführen und zusätzlich PV-Anlagen über Parkplätzen, Autobahnen und landwirtschaftlichen Flächen (Agri-PV) sowie auf künstlich geschaffenen Gewässern (Floating-PV) zu fördern. Außerdem werden wir die Regelungen im Denkmalschutz überprüfen und anpassen, um Solaranlagen auch auf denkmalgeschützten Gebäuden zu ermöglichen.

Antrag RGP06-Ä05: Änderungsantrag zu RGP06

Änderungsantrag zu RGP06

Zeile 54

Wir werden die Forschungsförderung für die Energiewende (u. a. Netzmanagement, Speichertechnologien für Energie und Wärme, neuere Technologien der Energiegewinnung, neue Antriebstechnologien im Verkehr) weiter ausbauen. Wir werden die Erzeugung von Wasserstoff - insbesondere für die Nutzung in der Industrie - schnell voranbringen. Hierbei wollen wir dafür sorgen, dass Projekte in Bayern zur Erzeugung von grünem Wasserstoff zukünftig ausreichend gefördert werden. Ebenso wollen wir in den sehr energieintensiven Branchen - insbesondere für die Chemischen Industrie im bayerischen Chiemgauer Dreieck - dafür sorgen, dass diese an die Wasserstoffnetze in Westdeutschland sowie an ein europäisches Wasserstoffnetz angebunden werden.

Antrag RGP06-Ä06: Änderungsantrag zu RGP06

Änderungsantrag zu RGP06

Zeile 57

Mobilität in Bayern wird unter unserer Verantwortung barrierefrei bezahlbarer, umweltfreundlicher und digitaler werden. Für uns ist Verkehr der Zukunft komfortabel, emissionsfrei und gut getaktet.

Antrag RGP06-Ä07: Änderungsantrag zu RGP06

Änderungsantrag zu RGP06

Wohnungsbauunternehmen und Gewerbenetzwerke beim Aufbau und dem Einsatz entsprechender Technologien unterstützt.

Wo immer wir privatwirtschaftliche Unternehmen bei der Finanzierung der Transformation unterstützen, tun wir dies nicht als Zuschuss sondern mit dem Anspruch, dafür auch durch Beteiligungen Gestaltungsspielraum für die Gesellschaft.

Antrag RGP07: Digitales

Digitales

Wir begreifen die Digitalisierung als große Chance. Wir werden die Digitalisierung so gestalten, dass sie den Menschen im Freistaat dient und nützt. Wir werden dafür sorgen, dass die Digitalisierung unsere Gesellschaft in Bayern nicht spaltet.

Digitale Infrastruktur verbessern und ausbauen

Ein schneller, barrierefreier, sicherer und bezahlbarer Internetzugang ist im 21. Jahrhundert unverzichtbar. In den 2020er Jahren muss Deutschland zur "Gigabit-Gesellschaft" werden. Gerade mittelständische Unternehmen im ländlichen Raum, die oft global agieren, sind auf schnelles Internet angewiesen, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Unser Ziel ist deshalb die Versorgung mit Glasfaser (fiber to the home, FTTH) und dem neuesten Mobilfunkstandard. Und zwar egal, ob auf dem Dorf oder in der Stadt und insbesondere auch in den Grenzregionen. Das werden wir durch konkrete, gesetzlich festgelegte Ausbau- und Versorgungspflichten und entsprechende Zwischenziele erreichen und dafür auch eng mit unseren Nachbarländern Österreich und Tschechien zusammenarbeiten. Wir werden das Bayerische Breitbandzentrum weiter stärken, damit vor allem kleine Kommunen, Städte und Gemeinden ein Beratungs- und Informationsangebot erhalten.

Wir unterstützen ein bundesweites Förderprogramm ohne Aufgreifschwelle, wobei der Ausbau unterversorgter Gebiete weiter Priorität hat. Wir werden uns auf Bundesebene für eine höhere Bandbreite in der aktuellen Telekommunikationsmindestversorgungsverordnung (TKMV) einsetzen. Um eine zeitgemäße Mindestversorgung zu garantieren kommt für uns auch eine Umlage in einem Branchenfonds der Telekommunikationsbetreiber in Frage. Betreiber, die sich für den Ausbau auch in ländlichen Regionen engagieren, werden wir belohnen und dafür sorgen, dass der ineffiziente Doppelausbau von Netzen in lukrativen Gebieten der Vergangenheit angehört. Wir werden öffentliche Mittel zur Förderung des Ausbaus längerfristig planbar und zeitlich gestaffelt zur Verfügung stellen. Wir setzen konsequent auf eine flächendeckende 5G-Versorgung und streben bei der Entwicklung der nächsten Mobilfunkgeneration (6G) für Bayern eine Vorreiterrolle an.

Kriterium für den Erfolg wird dabei die Netzabdeckung in der Fläche sein. Um unser

Ziel zu erreichen, werden wir uns unter anderem bei der bundesweiten Frequenzvergabe dafür einsetzen, dass Anbieter den Zuschlag dann erhalten, wenn sie die Versorgung in der Fläche priorisieren, verbindlich, nachprüfbar und sanktionierbar.

Digitaler Staat

Jede*r Bürger*in soll die zentralen Verwaltungsleistungen in Zukunft digital nutzen können. Dafür setzen wir auf eine breite und umfassende Digitalisierungsstrategie: Wir setzen uns für eine bürgernahe und effiziente öffentliche Verwaltung ein, die das Leben der Menschen erleichtert und den konkreten Nutzen der Digitalisierung verdeutlicht. Darüber hinaus werden wir die digitale Infrastruktur so ausbauen, dass jede*r Bürger*in problemlos Zugang zu den Online-Leistungen der Verwaltung hat – wir wollen dabei insbesondere auf einen barrierefreien Zugang zu allen staatlichen Angeboten achten. Wer Anspruch auf eine Leistung hat, wird diese automatisch, ohne Antrag erhalten oder in einfacher Form ‘mit einem Klick’ beantragen können. Bürger*innen sollen, nach dem Modell einer digitalen Life-Chain, Berechtigungen selbst vergeben und auch wieder löschen können und somit kontrollieren, wer wann auf ihre Daten zugreift.

Der Zugang zu Informationen öffentlicher Stellen stellt eine tragende Säule für die Wahrnehmung

von Rechten, Partizipation und der politischen Meinungsbildung dar und ist ein Kernelement gelebter Demokratie.

Wir setzen uns für die Schaffung eines umfassenden Informationsfreiheits- und Transparenzgesetzes

ein, das es allen Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, gebührenfrei und unabhängig von der

Motivation digitalen Zugang zu proaktiv bereitgestellten Informationen zum Handeln der Verwaltung

sowohl auf staatlicher als auch auf kommunaler Ebene zu erhalten.

Zur unabhängigen Überwachung der Umsetzung und zur Gewährleistung von Rechten betroffener

Personen sollen die Kompetenzen des Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz als

Aufsichtsbehörde entsprechend erweitert und dieser mit den erforderlichen personellen und technischen Ressourcen ausgestattet werden.

Die Sicherheit der Daten der Bürger*innen und Unternehmen muss beim Einsatz von IT-Systemen gewährleistet werden. Wir werden die Datensicherheit unter Einbeziehung von Kommunen und der kritischen Infrastruktur erhöhen. Bürgerinnen und Bürger, auch solche mit geringerer Digitalkompetenz, sollen durch niedrigschwellige Fortbildungsangebote bei der Teilhabe an den neuen Technologien unterstützt und für Gefahren durch Cyberangriffe sensibilisiert werden.

Durch die Bereitstellung von zentralen IT-Infrastrukturen und einheitlichen Standards werden wir die Kommunen in die Lage versetzen, den Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen Online-Dienste anzubieten. Zur Beschleunigung von Planungsprozessen und zur besseren behördenübergreifenden Zusammenarbeit werden wir digitale Plattformen schaffen. Aufträge des Freistaates werden wir an die Bedingung einer europäischen, technologischen Souveränität, Sozialstandards und Mitbestimmungsrechte koppeln. Wir benötigen eine digital kompetente und schlagkräftige Verwaltung. Wir werden daher die Ausbildungs- und Studienangebote im IT-Bereich ausbauen und optimale Arbeitsbedingungen schaffen, um so die Attraktivität des Landes als Arbeitgeber weiter zu erhöhen. Die IT-Kompetenzen innerhalb der Landesverwaltung werden wir noch stärker bündeln. Damit wird die IT-Verwaltung noch effektiver und effizienter. Wir werden zusammen mit dem Bund das Online-Zugangs-Gesetz immer weiter verbessern und uns im engen Austausch für eine Weiterentwicklung von interoperablen technischen Lösungen einsetzen. Um sicher im Internet agieren zu können, stehen wir zum Ausbau eines Rechts auf Datenschutz.

Digitale Gesellschaft

Unser Ziel als Sozialdemokratie ist, dass technischer Fortschritt in gesellschaftlichem Fortschritt mündet. Das heißt wir fördern die Digitalisierung zum Beispiel im Gesundheitssystem, der Verwaltung und im Bildungssystem. Wir geben der Digitalisierung aber auch klare Regeln, denn sie soll den Menschen dienen und nicht umgekehrt.

Die Selbstbestimmung und digitale Mündigkeit der Bürger*innen ist unser Leitbild, damit die Digitalisierung allen zugutekommen kann. Der Schutz personenbezogener Daten ist für uns essenziell. Wir wollen, dass digitale Kompetenzen bereits früh gelehrt werden. Wir werden alle Schulen in Bayern erstklassig ausstatten. Allen Schüler*innen muss ein digitales Endgerät und Zugang zum Internet zur Verfügung stehen. In Betrieben werden wir dafür Sorge tragen, dass die Belegschaften auf Augenhöhe beteiligt wird. Mit der Digitalisierung wird Arbeit immer häufiger ortsunabhängig erledigt oder über Plattformen organisiert. Auch hier müssen Arbeitnehmer*innenrechte unvermindert gültig und wirksam sein.

Bei einer sich immer weiter vernetzenden digitalen Gesellschaft ist die technologische Souveränität maßgeblich. Aus diesem Grund werden wir uns dafür einsetzen, dass Bayern ein Vorreiter beim Einsatz und bei der Entwicklung von innereuropäischer digitalen Spitzentechnologie wird, und so die Souveränität der digitalen Infrastruktur stärken. Wir werden in Bayern maßgeblich dazu beitragen, eine europäische Cloud bzw. europäisches Serverzentrum sowie eine deutsche/europäische KI-Plattform aufzubauen. Dies wird auch die Datensicherheit signifikant verbessern. Die Gesellschaft muss an der Wirtschaftskraft des Internets beteiligt werden. Aus diesem Grund werden wir uns in Bayern entschieden für eine Digitalsteuer einsetzen. Firmen, die mit digitalen Services, Technologien und Produkten im deutschen Wirtschaftsraum mehr als einen bestimmten Umsatz erwirtschaften, müssen eine Digitalsteuer von

einigen Prozent des jährlichen Umsatzes zahlen. Wir wollen große Digitalunternehmen mit übergroßer Marktmacht regulieren und eine weitere Konzentration von Marktmacht nicht begünstigen.

Hass und Kriminalität im Internet sind ein großes Problem. Wir werden entschieden dagegen vorgehen. Das Internet ist und bleibt kein rechtsfreier Raum. Wir werden eine mit allen nötigen finanziellen und personellen Mitteln ausgestattete Task Force "Digitaler Rechtsextremismus" bei der Polizei in Bayern gründen. Zusätzlich werden wir die Menschen in Bayern mit umfassenden Aufklärungskampagnen informieren, mit welchen Mitteln man sie sich gegen Straftaten in den Bereichen Datenschutz, Cybercrime, Hass und Hetze im Netz zur Wehr setzen kann.

Antrag RGP07-Ä01: Änderungsantrag zu RGP07

Änderungsantrag zu RGP07

Zeile 7

Ein schneller, barrierefreier, sicherer und bezahlbarer Internetzugang ist im 21. Jahrhundert unverzichtbar. In den 2020er Jahren muss Deutschland zur "Gigabit-Gesellschaft" werden. Gerade mittelständische Unternehmen im ländlichen Raum, die oft global agieren, sind auf schnelles Internet angewiesen, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Antrag RGP07-Ä03: Änderungsantrag zu RGP07

Änderungsantrag zu RGP07

Zeile 52

Der Zugang zu Informationen öffentlicher Stellen stellt eine tragende Säule für die Wahrnehmung von Rechten, Partizipation und der politischen Meinungsbildung dar und ist ein Kernelement gelebter Demokratie.

Wir setzen uns für die Schaffung eines umfassenden Informationsfreiheits- und Transparenzgesetzes

ein, das es allen Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, gebührenfrei und unabhängig von der Motivation digitalen Zugang zu proaktiv bereitgestellten Informationen zum Handeln der Verwaltung

sowohl auf staatlicher als auch auf kommunaler Ebene zu erhalten.

Zur unabhängigen Überwachung der Umsetzung und zur Gewährleistung von Rechten betroffener

Personen sollen die Kompetenzen des Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz als Aufsichtsbehörde entsprechend erweitert und dieser mit den erforderlichen personellen und technischen Ressourcen ausgestattet werden.

Antrag RGP08: Jugend

Jugend

Alle Kinder und Jugendliche sind wichtige Stützen für unsere Gesellschaft. Sie brauchen Chancen und Angebote, um sich zu entfalten. Junge Menschen sollen ihre Selbstständigkeit lernen und ihre Wege individuell und frei wählen können, denn sie bereichern die Zukunft des Landes nachhaltig.

Gerade in der Corona-Pandemie hat vor allem die junge Generation einstecken müssen. Soziale Distanzierung, nur Online-Formate und keine Freizeitaktivitäten. Nahezu eingesperrt in den eigenen vier Wänden haben die jungen Menschen in unserem Land nachweislich gelitten, haben sich zurückgezogen und fühlen sich allein gelassen. Sicherheit, soziale Beziehungen und auch der Erhalt guter Lebensbedingungen sind nur einige der Themen, die die Jugend bewegen.

Für eine echte Jugendgerechtigkeit – Jugendcheck in Bayern, jetzt!

Die Planlosigkeit in der Wohnungspolitik, das aktive Blockieren von weitreichenden Klimaschutzmaßnahmen, aber auch die Missstände in der Bildungspolitik treffen vor allen Dingen eine Personengruppe – die jungen Generationen.

Gerade in einer Zeit, in der zukunftssträchtige Entscheidungen getroffen werden müssen, die die nächsten Jahrzehnte maßgeblich beeinflussen wird, müssen auch Gesetze für die kommenden Herausforderungen gewappnet sein.

Aus diesem Grund wollen wir als BayernSPD einen Jugendcheck auf Landesebene auf den Weg bringen, der genau dies sicherstellt. Mit diesem Jugendcheck etablieren wir einen Maßnahmenapparat, der die nächsten Gesetzesvorhaben darauf prüft, ob sie auch jugendtauglich sind.

Als BayernSPD stehen wir für eine Jugendpolitik auf Augenhöhe. Wir setzen auf ein respektvolles und nachhaltiges Handeln in der bayerischen Landespolitik, welches die Zukunft der jungen Generationen festigt. Der Jugendcheck in Bayern muss kommen; und zwar jetzt!

Für eine echte Partizipation – Wahlalter senken!

Eine respektvolle Jugendpolitik bedeutet für uns auch junge Menschen in die politischen Abläufe einzubeziehen. Tagtäglich werden von der Politik Entscheidungen getroffen, die das Leben vieler Menschen beeinflussen. Daher müssen auch bei Wahlen ein breiteres Spektrum der Gesellschaft repräsentiert werden.

Auf kommunaler, bayerischer oder auch bundespolitischer Ebene muss die Stimme der Jugend gehört werden! Ob mit Jugendparlamenten, in Vereinen oder weiteren Organisationen mit Jugendgruppen, können junge Menschen erste Berührungspunkte mit unserer Demokratie haben. Dabei haben sie jedoch wenig, bis keinen direkten Einfluss auf die Entscheidungsprozesse der jeweiligen Ebenen.

Auch in der Schule lernen Kinder und Jugendliche durch den Unterricht die theoretischen Prinzipien der politischen Strukturen und Systeme. Doch das reicht uns nicht aus. Wir als BayernSPD wollen, dass auch die Jugend die Möglichkeit hat in der

Praxis Demokratie zu erleben, diese aber auch zu leben.

Echte Partizipation setzt für uns auch ein Wahlrecht für Jugendliche voraus. Deshalb setzen wir uns als BayernSPD für die Absenkung des Wahlalters auf allen politischen Ebenen in einem ersten Schritt auf 16 Jahre ein und geben der Jugend eine Stimme, die auch gehört wird!

Für attraktive Angebote, auch vor Ort!

Junge Menschen brauchen Platz für Freizeit und Ausgleich. Daher setzen wir uns als BayernSPD dafür ein, dass alle bayerischen Kommunen diese auch zur Verfügung stellen können.

und konsumfreie Freizeitflächen und Freiräume werden überall benötigt. Sie bieten nicht nur Attraktivität, sondern geben Jugendlichen auch die Chance ihre Interessen und ihre Bedürfnisse im privaten Raum auszuleben. Fußballplätze zum Kicken nach der Schule, Skaterplätze und Pumptrackanlage, um den Kopf auch auf den Rollen freizumachen oder auch Spielplätze zum Entspannen sind ungemein wichtig.

Doch Freiräume haben bedeutet auch, dass Jugendliche unter sich sind und Zeit für sich haben. Die Möglichkeit zu haben, dem alltäglichen Stress zu entkommen und den Alltag zu entschleunigen. Freiräume bedeutet mehr Zeit für freie Zeit. Dadurch auch die Chance zu haben, sich ehrenamtlich zu engagieren, freie soziale Jahre oder auch Auslandsaufenthalte zu absolvieren.

Hierzu benötigen junge Menschen eben auch die Orte, um diesen Freiraum zu leben. Darum werden wir als BayernSPD uns im nächsten Bayerischen Landtag dafür einsetzen, dass der Jugend Freiräume zur Verfügung gestellt werden und sie diese ohne Angst vor Vertreibung oder Verdrängung vollen Zügen ausleben können.

Jugendherbergen liefern einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und sind unabdingbar für die Arbeit der Jugendverbände. Wir werden den Erhalt, die Modernisierung und den Ausbau durch finanzielle Mittel des Freistaates unterstützen.

Für eine echte kommunale Jugendarbeit!

Wir setzen uns dafür ein, dass junge Menschen vor Ort auch wirklich mitgenommen werden. Kommunen sind der erste Zugang zur Wahrnehmung und Partizipation für junge Menschen. Jugendparlamente sind dabei ein guter, erster Schritt in die richtige Richtung, sie sind aber nicht das endgültige Ziel, auch weil viele hier getroffene Beschlüsse

noch zu oft im Sande verlaufen. Einbindung Jugendlicher muss weiter und breiter gedacht werden und viel mehr Maßnahmen mit sich bringen. Gute Erfahrungen wurden zum Beispiel mit Stadtteilbudgets für Kinder und Jugendliche oder verbindlichen Patenschaften von Gemeinderät*innen und Verwaltung für die von Jugendforen oder Jugendparlamente gefassten Beschlüsse gemacht.

Die Aufnahme der Behandlung von Jugendthemen auch in Kreis-, Stadt-, Gemeinde- und Marktgemeinderäten in der bayerischen Gemeindeordnung ist dabei der erste Schritt.

Kommunale Parlamente müssen sich aktiv mit Themen, welche die Jugend betreffen, auseinandersetzen und sich für die Belange junger Generationen stark machen.

Doch auch die finanzielle Unterstützung von Institutionen der Jugendarbeit muss sich verbessern. Vereine und Organisationen, die sich aktiv mit Kindern und Jugendlichen beschäftigen sind eine wichtige Stütze in unserer Gesellschaft. Sie stellen sicher, dass die jungen Menschen in Bayern sozial angebunden werden und eine Chance auf außerschulische Bildung bekommen.

Wir sind dankbar für die Arbeit, die die betroffenen Verbände bisher geleistet haben und damit die Ressourcen für diese Arbeit auch finanziell sichergestellt wird, setzen wir uns als BayernSPD dafür ein, die Haushaltsmittel in diesem Bereich anzupassen und Verbände der Jugendarbeit besser zu unterstützen.

Antrag RGP08-Ä01: Änderungsantrag zu RGP08

Änderungsantrag zu RGP08

Zeile 2

Alle Kinder und Jugendliche sind wichtige Stützen für unsere Gesellschaft. Sie brauchen Chancen und Angebote, um sich zu entfalten. Junge Menschen sollen ihre Selbstständigkeit lernen und ihre Wege individuell und frei wählen können, denn sie bereichern die Zukunft des Landes nachhaltig.

Antrag RGP08-Ä03: Änderungsantrag zu RGP08

Änderungsantrag zu RGP08

Zeile 67

Hierzu benötigen junge Menschen eben auch die Orte, um diesen Freiraum zu leben. Darum werden wir als BayernSPD uns im nächsten Bayerischen Landtag dafür einsetzen, dass der Jugend Freiräume zur Verfügung gestellt werden und sie diese auch in vollen Zügen ausleben können.

Jugendherbergen liefern einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und sind unabdingbar für die Arbeit der Jugendverbände. Wir werden den Erhalt, die Modernisierung und den Ausbau durch finanzielle Mittel des Freistaates unterstützen.

Antrag RGP08-Ä04: Änderungsantrag zu RGP08

Änderungsantrag zu RGP08

Zeile 54

und konsumfreie Freizeitflächen und Freiräume werden überall benötigt. Sie bieten nicht nur Attraktivität, sondern geben Jugendlichen auch die Chance ihre Interessen und ihre Bedürfnisse im privaten Raum auszuleben. Fußballplätze zum Kicken nach der Schule, Skaterplätze und Pumptrackanlage, um den Kopf auch auf den Rollen freizumachen oder

Antrag RGP08-Ä05: Änderungsantrag zu RGP08

Änderungsantrag zu RGP08

Zeile 66

Hierzu benötigen junge Menschen eben auch die Orte, um diesen Freiraum zu leben. Darum werden wir als BayernSPD uns im nächsten Bayerischen Landtag dafür einsetzen, dass der Jugend Freiräume zur Verfügung gestellt werden und sie diese ~~auch~~ ohne Angst vor Vertreibung oder Verdrängung in vollen Zügen ausleben können.

Antrag RGP08-Ä06: Änderungsantrag zu RGP08

Änderungsantrag zu RGP08

Zeile 73 - 74

Wir setzen uns dafür ein, dass junge Menschen vor Ort auch wirklich mitgenommen werden. Kommunen sind der erste Zugang zur Wahrnehmung und Partizipation für junge Menschen. Jugendparlamente sind dabei ein guter, erster Schritt in die richtige Richtung, sie sind aber nicht das endgültige Ziel, auch weil viele hier getroffene Beschlüsse noch zu oft im Sande verlaufen. Einbindung Jugendlicher muss weiter und breiter gedacht werden und viel mehr Maßnahmen mit sich bringen. Gute Erfahrungen wurden zum Beispiel mit Stadtteilbudgets für Kinder und Jugendliche oder verbindlichen Patenschaften von Gemeinderät*innen und Verwaltung für die von Jugendforen oder Jugendparlamente gefassten Beschlüsse gemacht.

Antrag RGP09: Familie

Familie

Für uns stehen Kinder und Jugendliche an erster Stelle: Ihre Kinderrechte setzen wir um, ihre Entwicklung und ihr Wohlergehen fördern wir, ihren Schutz stellen wir sicher. Für Familien schaffen wir gute Rahmenbedingungen im Arbeitsleben, bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und in der Freizeit. Wir setzen Schwerpunkte auf die Bekämpfung der Kinder- und Familienarmut, eine Qualitätsverbesserung in der Kindertagesbetreuung und die Stärkung von generationsübergreifenden Angeboten. Jede Familie ist uns wichtig – egal, ob Klein- oder Großfamilie, mit Mutter und Vater oder als Regenbogenfamilie, mit Migrationshintergrund mit Behinderung oder ohne.

Gute Lebensbedingungen für die ganze Familie

Familien sollen selbst entscheiden können, wie sie ihre Kinder fördern, ihr Leben gestalten und Beruf und Familie in Einklang bringen wollen. Wir sorgen daher für eine familienfreundliche Arbeitswelt mit guten Arbeitsbedingungen, guten

Einstiegsbedingungen nach der Elternzeit, Aufstiegsmöglichkeiten auch für Mütter und faire Entlohnung durch eine Ausweitung der Tarifbindungen. Wir setzen uns im Bundesrat dafür ein, dass Sozialversicherungspflicht ab dem ersten verdienten Euro greift, um insbesondere berufstätige Mütter besser für das Alter abzusichern. Teilzeitausbildungen stärken wir und bieten vor allem für Alleinerziehende begleitende Angebote wie eine Kinderbetreuung an. Für Beschäftigte in den sozialen Berufen stellen wir landesgeförderte Wohnungen bereit. Ziel ist es, Armut durch gute Bildungschancen, Erwerbstätigkeit und faire Entlohnung sowie die Bezahlbarkeit des Alltags von Anfang an zu verhindern.

Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben und um allen Kindern, besonders auch denen mit besonderem Unterstützungsbedarf, die besten Startchancen zu ermöglichen, bauen wir die Plätze in Kindertageseinrichtungen, Horten und Ganztagsangeboten weiter aus. So lehnen wir beispielsweise Kürzungen für Kitas und Kindergärten ab, da in der Folge Frauen mehr unbezahlte Sorgearbeit übernehmen, und wollen Kitas, Kindergärten und Ganztagschulen ausreichend finanzieren. Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern werden wir aktiv gestalten. Gerade für Alleinerziehende schaffen wir flexiblere Betreuungsstrukturen, die zu den Bedürfnissen der Familien passen.

Fachkraftoffensive für die Kinder- und Jugendhilfe

Von zentraler Bedeutung ist für uns die Verbesserung der Qualität der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe. Das erreichen wir durch eine deutliche Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen des pädagogischen Personals, einer Verbesserung der Personalschlüssel, einer schnelleren Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen, der verbindlichen und refinanzierten Freistellung der Einrichtungsleitungen sowie von Vor- und Nachbereitungszeiten des Kitapersonals, und den Einsatz von multiprofessionellen Teams. Wir bauen Ausbildungs- und Studienplätze im Erziehungswesen aus, verbessern die Ausbildungsanleitung in den Einrichtungen, modernisieren die Ausbildungsinhalte und entwickeln die Ausbildung in Richtung auf das Berufsbildungsgesetz (BBiG) weiter. So machen wir das Berufsfeld wieder attraktiver und gewinnen die dringend benötigten neuen Fachkräfte.

Unser Ziel ist es, die Kita als wichtigen Entwicklungs- und Bildungsort gebührenfrei für alle Kinder zugänglich zu machen, sie finanziell besser auszustatten, fit für die digitale Welt zu machen und Qualitätskriterien verbindlich für alle Einrichtungen festzulegen. Die Umsetzung von Inklusion in den Einrichtungen ist für uns dabei selbstverständlich. Die Sprachförderung entwickeln wir zu einem zentralen Bestandteil aller frühkindlichen Angebote, die Sprach-Kitas werden mit uns weitergeführt. Vorkurse Deutsch für alle Kinder mit einem zusätzlichen Sprachförderbedarf werden in ausreichendem Umfang angeboten. Die Eltern binden wir ein, indem wir einen Landeselternbeirat für Kindertageseinrichtungen etablieren. Wir entwickeln die Kitas zu Familienkompetenzzentren weiter und bieten Familien so eine unkompliziert erreichbare, vertraute Anlaufstelle für alle Lebenslagen und Lebenskrisen. Für alleinerziehende Elternteile werden wir Netzwerke zur Unterstützung aufbauen und

Unterstützung in allen Lebenslagen

Wir greifen Familien unter die Arme, wenn Notsituationen eintreten oder besondere Umstände besondere Unterstützung erfordern. Wichtig ist uns dabei der unkomplizierte, unbürokratische und zeitnahe Zugang zu Hilfen. Wir werden die „Frühen Hilfen“ stärken, Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) und Schulsozialarbeit ausbauen und die koordinierenden Kinderschutzstellen weiterentwickeln. Wir stehen an der Seite von Pflegefamilien und unterstützen Kinder und Jugendliche in stationären Jugendhilfeeinrichtungen in ihren besonderen Bedarfen, auch nach Verlassen der Einrichtungen (sog. „Care Leaver“). Pflegenden Kindern und Jugendlichen („Young Carer“) lassen wir bei den Herausforderungen ihres Alltags nicht allein. Die sozialpädagogische Familienhilfe setzen wir stärker als bisher und präventiv ein und etablieren durchgängige Präventionsketten. So greifen wir Familien mit Unterstützungsbedarf von der Geburt bis zum Berufseinstieg unter die Arme. Die Berufseinstiegsbegleitung für Jugendliche verstetigen wir. Beratungsangebote für Familien bauen wir aus, einen Fokus legen wir auf die Beratung von Alleinerziehenden. In Zeiten psychischer Krisen werden psychosoziale Lotsen im Quartier als erste Ansprechpartner bereitstehen, zudem bauen wir die Krisendienste auch für Kinder und Jugendliche aus und verbessern die psychologische und medizinische Betreuung und Umsorgung. Finanziell schwächere Familien unterstützen wir in der zunehmend digitalen Welt durch die Beschaffung von digitalen Endgeräten.

Kinderrechte umsetzen, Kinder und Jugendliche stärken

Kinder und Jugendliche haben Rechte, die wir in Bayern in der Bayerischen Verfassung verankern und durch eine Kinderrechteagentur im Alltag sichtbar machen werden. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Mitsprache, das wir unter anderem durch eine Absenkung des Wahlalters auf allen politischen Ebenen in einem ersten Schritt auf 16 Jahre umsetzen. Wir fördern die Partizipation und berücksichtigen Kinderanliegen, zum Beispiel auch bei Städte- und Bauplanungen. Gegen Kinderarmut flankieren wir die Kindergrundsicherung des Bundes mit einem bayerischen Zusatzbetrag, um die hohen Lebenshaltungskosten im Freistaat abzubilden und die Teilhabe aller Kinder sicherzustellen. Kinder und Jugendliche mit einer Behinderung erhalten alle Unterstützung, die sie brauchen, aus einer Hand. Zum Schutz vor Gewalt und Übergriffen etablieren wir flächendeckend Gewaltschutzkonzepte, weiten die Hilfsangebote aus und setzen das Childhood-House-Konzept in Bayern um. Damit erhalten Betroffene nach einer Gewalterfahrung eine kinderfreundliche, multidisziplinäre, ambulante Anlaufstelle.

Antrag RGP09-Ä01: Änderungsantrag zu RGP09

Änderungsantrag zu RGP09

Zeile 8 - 9

alleinerziehende Elternteile werden wir Netzwerke zur Unterstützung aufbauen und ausweiten.

Antrag RGP09-Ä05: Änderungsantrag zu RGP09

Änderungsantrag zu RGP09

Zeile 16 - 17

Familien sollen selbst entscheiden können, wie sie ihre Kinder fördern, ihr Leben gestalten und Beruf und Familie in Einklang bringen wollen. Wir sorgen daher für eine familienfreundliche Arbeitswelt mit guten Arbeitsbedingungen, guten Einstiegsbedingungen nach der Elternzeit, Aufstiegsmöglichkeiten auch für Mütter und faire Entlohnung durch eine Ausweitung der Tarifbindungen. ~~Die~~ Wir setzen uns im Bundesrat dafür ein, dass Sozialversicherungspflicht ~~wird~~ ab dem ersten verdienten Euro greifen~~t~~, um insbesondere berufstätige Mütter besser für das Alter abzusichern. Teilzeitausbildungen stärken wir und bieten vor allem für Alleinerziehende begleitende Angebote wie eine Kinderbetreuung an. Für Beschäftigte in den sozialen Berufen stellen wir landesgeförderte Wohnungen bereit. Ziel ist es, Armut durch gute Bildungschancen, Erwerbstätigkeit und faire Entlohnung sowie die Bezahlbarkeit des Alltags von Anfang an zu verhindern.

Antrag RGP10: Frauen und Gleichstellung

Frauen & Gleichstellung

Dank der Deutschen Sozialdemokratie und ihrer Vertreterinnen wie Elisabeth Selbert fordert das Grundgesetz in Artikel 3 nicht nur die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, sondern verpflichtet den Staat zur tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung. Dennoch haben wir die tatsächliche Gleichstellung immer noch nicht erreicht. Strukturelle Diskriminierungen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft führen dazu, dass Frauen für die gleiche Arbeit weniger Lohn als Männer erhalten, öfter von Armut betroffen sind, sie in Politik und Wirtschaft bei gleicher Qualifikation oft übergangen werden, mehr unbezahlte Haus- und Sorgearbeit leisten und öfter Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt werden. Gleichstellung muss daher strukturell und themenübergreifend gefördert werden.

Unser Ziel für Bayern ist es, dass alle Mädchen und Frauen in ihrer Vielfalt ihr Leben frei von gesellschaftlichen Zwängen und Erwartungen, selbstbestimmt nach ihren eigenen Wünschen in wirtschaftlicher Unabhängigkeit gestalten können. Auch Nicht-Bina~~r~~re-, Inter- und Transpersonen sind von diesen und den folgenden Fragestellungen und Problemen betroffen.

Vorbildfunktion des öffentlichen Dienstes

Wir schaffen ein modernes Gleichstellungsgesetz in Bayern. Frauen sind auch heute

noch strukturell benachteiligt. Wir fordern eine ausgewogene Beteiligung von Frauen in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes, die Sicherung der Chancengleichheit von Frauen und Männern und die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Der öffentliche Dienst muss beim diesem überfälligen Gleichstellungsprozess eine Vorreiterrolle spielen.

Das werden wir mit einer Novellierung des Bayerischen Gleichstellungsgesetzes ändern: Wir werden die Kompetenzen der Gleichstellungsbeauftragten stärken, konkrete Zielvorgaben für Verbesserungen in Sachen Gleichberechtigung setzen, mehr Teilzeit auch in Führungspositionen ermöglichen oder auch ernsthafte Sanktions- und Klagemöglichkeiten bei Verstößen gegen das Gleichstellungsgesetz zulassen. Außerdem wird das Gesetz künftig in möglichst vielen Bereichen gelten, also auch in Vereinigungen, Einrichtungen und Unternehmen, die mehrheitlich der öffentlichen Hand gehören. Denn Frauenrechte sind nicht auf staatliche Behörden beschränkt.

Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben

Frauen haben meist die besseren Bildungsabschlüsse und verdienen doch im Durchschnitt rund ein Viertel weniger als Männer und haben die schlechteren Aufstiegschancen. Die Gründe dafür sind strukturell. Von Frauen wird erwartet, dass sie unbezahlte Haus- und Pflegearbeit übernehmen. Somit haben sie weniger Zeit, um Erwerbsarbeit nachzugehen. Sie sind häufiger im Niedriglohnsektor oder Minijob tätig und stärker armutsgefährdet. Hinzu kommt, dass sie häufiger in sozialen, gesundheitlichen und pädagogischen Bereichen, die schlechter bezahlt sind, tätig sind.

Diese Berufe müssen ihrer gesellschaftlichen Bedeutung entsprechend anerkannt und besser bezahlt werden.

Um das bestehende Lohngefälle zu überwinden, setzen wir uns für ein Bayerisches Tariftreuegesetz ein, dass die Unternehmen, die öffentliche Aufträge erhalten, verpflichtet, nach Tarif zu bezahlen und in ihren Betrieben aktiv die Gleichstellung zu fördern.

Um Frauen eine gleichberechtigte Teilhabe am Berufsleben zu ermöglichen, setzen wir uns für eine gerechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer, mit dem Ziel der gleichen Verteilung von Erwerbs- und unbezahlter Care-Arbeit, ein. Ein zentraler Schritt dafür ist für uns die 30-Stunden-Arbeitswoche bei vollem Lohn für alle. Dadurch haben alle mehr Zeit um Care-Arbeit zu leisten. Flexible Arbeitszeitmodelle, Homeoffice und Teilzeit in Führungspositionen sollen auch in der Verwaltung zur Regel werden. Hierfür werden wir entsprechende Anreize schaffen.

Gleiche Teilhabe an öffentlichen Ressourcen

Öffentliche Haushalte und Gelder müssen allen Geschlechtern gleichermaßen zugutekommen. Mithilfe der gleichstellungsorientierten Haushaltssteuerung wollen wir dafür sorgen, dass bei allen Haushaltsentscheidungen auf die Gleichstellung der Geschlechter hingewirkt wird.

Wir werden zur geschlechtergerechten Haushaltsplanung und -steuerung umgehend

Pilotprojekte in verschiedenen Ministerien realisieren und anschließend schrittweise in allen Bereichen der Landesverwaltung verwirklichen und so das europäische Ziel – Gender Budgeting auf allen Ebenen – umzusetzen.

Auch die Finanzierung von öffentlichen Verkehrsmitteln, von denen insbesondere Kinder und Frauen profitieren, werden wir ausbauen.

Wir werden für eine gute medizinische Versorgung für ungewollt Schwangere in landeseigenen Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, sorgen. Wir setzen uns für den Erhalt der wohnortnahen und qualitativ hochwertigen Versorgung mit Geburtshilfeeinrichtungen im ländlichen Raum ein. Auch werden wir die Versorgung mit Hebammen landesweit verbessern.

Wir werden einen Lehrstuhl für geschlechtersensible / geschlechterspezifische Medizin an einer bayerischen Universität einrichten zur systematischen Verankerung geschlechterspezifischer Unterschiede in der medizinischen Ausbildung und Forschung.

Beseitigung von Geschlechterstereotypen

Stereotypen, wie Mädchen und Frauen sollen „brav, zurückhaltend und gefällig“ sein, während Jungen und Männer „durchsetzungsstark und draufgängerisch“ sein sollen, und andere Geschlechterstereotypen sind immer noch stark in unserer Gesellschaft verankert und beeinflussen unser Denken und Handeln und verfestigen bestehende Ungleichheiten.

Wir werden Kinder, junge Frauen und Männer in Kita, Schule und im Rahmen der Berufs- und Studienorientierung dabei unterstützen, klassische Geschlechterrollen zu überwinden. Dazu wollen wir in landesweiten Aktionen in Kitas, Schulen, Unis und der Berufsausbildung die Auseinandersetzung mit Sexismus und Geschlechterstereotypen, wie sie wirken und wozu sie führen können, anregen, um sie Schritt für Schritt überwinden zu können.

Wir dürfen nicht weiter zulassen, dass Frauen in unserer Gesellschaft meist nur auf ihr Äußeres reduziert werden. Diesen gesellschaftlich verankerten Sexismus wollen wir aufbrechen.

Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt

Jede dritte Frau in Bayern wird in ihrem Leben mindestens einmal Opfer sexualisierter Gewalt. Physische und psychische Gewalt gegen Mädchen, Frauen und geschlechtliche Minderheiten findet dabei meist in den eigenen vier Wänden oder der eigenen Partnerschaft statt und ist für uns nicht akzeptabel.

Wir werden sicherstellen, dass Mädchen, Frauen und geschlechtliche Minderheiten, die Opfer von Gewalt werden, ein bedarfsgerechtes Hilfesystem wie Frauenhäuser und ambulante Frauenberatungsstellen vorfinden.

Dazu werden wir ein flächendeckendes Netz von ambulanten, auch konfessionell unabhängigen, Beratungsstellen, Frauennotrufen und Frauenhäusern aus- bzw. aufbauen und verlässlich finanzieren. Wir fordern eine verbindliche Regelfinanzierung von Frauenhäusern durch den Freistaat.

In Kitas, Schulen und an Universitäten muss das Thema Gewalt behandelt werden, um alle Teile der Gesellschaft dafür zu sensibilisieren.

Darüber hinaus wollen wir Opfern sexualisierter Gewalt die Möglichkeit der anonymen Spurensicherung einräumen.

Wir wissen, dass Frauen und Mädchen mit Behinderung einem besonderen Risiko für Gewalterfahrungen ausgesetzt sind und weniger Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Hilfsangeboten vor Ort haben. Deshalb werden wir auf mehr Barrierefreiheit bei den Anlaufstellen (Mädchen- und Frauenhäuser sowie unabhängige Beratungsstellen) achten.

Frauen sind im besonderen Maße von Hass und Hetze in den sozialen Medien betroffen. Deshalb ist es für uns selbstverständlich, dass die Beratungs- und Hilfesysteme auch für diese Form der Gewalt angepasst und ausgebaut werden müssen.

Die Istanbul Konvention werden wir in Bayern endlich komplett umsetzen.

Paritätische Mitwirkung von Frauen und Männern an (politischen und öffentlichen) Entscheidungsprozessen

Politische Entscheidungsprozesse gelingen immer dann am besten, wenn Frauen auf allen politischen Ebenen gleichermaßen beteiligt sind. Deshalb wollen wir die Parität auf Landesebene im Wahlrecht verankern.

Als Freistaat wollen wir als Vorbild vorangehen und alle Vorstände, Aufsichtsräte und Gremien in landeseigenen Betrieben paritätisch besetzen. Auch in den Universitäten und Hochschulen wollen wir Gleichstellung erreichen, indem wir eine Frauenquote von 50% für Professuren festlegen. Dieses Ziel der Parität möchten wir durch Zielquoten bei Promotionen und Habilitationen erreichen.

Antrag RGP10-Ä01: Änderungsantrag zu RGP10

Änderungsantrag zu RGP10

Zeile 16

Unser Ziel für Bayern ist es, dass alle Mädchen und Frauen in ihrer Vielfalt ihr Leben frei von gesellschaftlichen Zwängen und Erwartungen, selbstbestimmt nach ihren eigenen Wünschen in wirtschaftlicher Unabhängigkeit gestalten können. Auch Nicht-Bina[re]-, Inter- und Transpersonen sind von diesen und den folgenden Fragestellungen und Problemen betroffen.

Vorbildfunktion des öffentlichen Dienstes

Wir schaffen ein modernes Gleichstellungsgesetz in Bayern. Frauen sind auch heute noch strukturell benachteiligt. Wir fordern eine ausgewogene Beteiligung von Frauen in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes, die Sicherung der Chancengleichheit von Frauen und Männern und die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Der öffentliche Dienst muss beim diesem überfälligen Gleichstellungsprozess eine Vorreiterrolle spielen.

Das werden wir mit einer Novellierung des Bayerischen Gleichstellungsgesetzes ändern: Wir

werden die Kompetenzen der Gleichstellungsbeauftragten stärken, konkrete Zielvorgaben für Verbesserungen in Sachen Gleichberechtigung setzen, mehr Teilzeit auch in Führungspositionen ermöglichen oder auch ernsthafte Sanktions- und Klagemöglichkeiten bei Verstößen gegen das Gleichstellungsgesetz zulassen. Außerdem wird das Gesetz künftig in möglichst vielen Bereichen gelten, also auch in Vereinigungen, Einrichtungen und Unternehmen, die mehrheitlich der öffentlichen Hand gehören. Denn Frauenrechte sind nicht auf staatliche Behörden beschränkt.

Antrag RGP10-Ä02: Änderungsantrag zu RGP10

Änderungsantrag zu RGP10

Zeile 35

Um Frauen eine gleichberechtigte Teilhabe am Berufsleben zu ermöglichen, setzen wir uns für eine gerechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer, mit dem Ziel der gleichen Verteilung von Erwerbs- und unbezahlter Care-Arbeit, ein.

Ein zentraler Schritt dafür ist für uns die 30-Stunden-Arbeitswoche bei vollem Lohn für alle. Dadurch haben alle mehr Zeit um Care-Arbeit zu leisten. Flexible Arbeitszeitmodelle, Homeoffice und Teilzeit in Führungspositionen sollen

auch in der Verwaltung zur Regel werden. Hierfür werden wir entsprechende Anreize schaffen.

Antrag RGP10-Ä03: Änderungsantrag zu RGP10

Änderungsantrag zu RGP10

Zeile 105 - 106

Politische Entscheidungsprozesse gelingen immer dann am besten, wenn Frauen auf allen politischen Ebenen gleichermaßen beteiligt sind. Deshalb wollen wir die Parität auf Landesebene im Wahlrecht verankern. ~~Dafür wollen wir eine Enquete-Kommission einsetzen.~~

Antrag RGP11: Senior*innen

Senior*innen

Die Senior*innen von heute sind die Generation, die während ihres Arbeitslebens wesentliche Teile des Fundaments eines friedlichen und wohlhabenden Deutschlands und Bayerns gelegt haben.

Die BayernSPD steht für eine Gesellschaft des Respekts. Der demografische Wandel bietet die Chance für eine Umgestaltung der Gesellschaft. Angesichts der Herausforderungen, die eine älter werdende Gesellschaft mit sich bringt, will die BayernSPD die Potentiale der Neugestaltung unserer Lebensbedingungen nutzen, um die Integration der älteren Generation in alle Lebensbereiche zu fördern und ihre spezifischen Erfahrungen und Möglichkeiten aufzugreifen.

Dazu bringen wir ein Landesausführungsgesetz zu §71 SGBXII ein als Grundlage einer integrierten Sozialplanung mit einer Grundausstattung an Angeboten der Altenhilfe.

Barrierefreiheit in allen Bereichen ist von großer Bedeutung für ältere Menschen. Dies gilt vom individuellen Raum bis zum öffentlichen Raum, sei es der SPNV, ÖPNV, Zugänge zu öffentlichen Gebäuden und Plätzen, zu Verkaufsstätten und kulturellen Einrichtungen. Mit einem Förderprogramm „Barrierefreies Bayern“ werden wir die Kommunen dabei unterstützen, aber vor allem im eigenen Zuständigkeitsbereich des Freistaats Bayern konsequent tätig werden.

Gleichberechtigte Teilhabe der Senior*innen am gesellschaftspolitischen Leben, an Kultur und Bildung im Zeitalter von Digitalisierung

Die Digitalisierung hält Einzug in alle Lebens- und Arbeitsbereiche. Politik und Zivilgesellschaft dürfen hierbei nicht nur am Spielfeldrand stehen, sondern müssen aktiv mitgestalten. Es muss Angebote für alle Bevölkerungsschichten geben, damit die digitale und politische Teilhabe sichergestellt wird.

Wir nehmen diese Aufgabenstellung als Zielsetzung in den Landesentwicklungsplan aufgenommen auf.

Projekte und Dienste müssen von Anfang an barrierefrei konzipiert werden, um sie für möglichst alle Menschen, unabhängig von Alter, Gesundheit und Bildung nutzbar zu machen.

Um dies zu ermöglichen, schaffen wir in Bayern neben einer besseren Anbindung an das Internet einen Digitalfonds, der für Kommunen und Träger der freien Wohlfahrtspflege zur Finanzierung von Projekten zur Verfügung steht.

Ein digitaler Bildungsgutschein 60+, angeboten über die Volkshochschulen oder anderen Bildungsträgern pro Jahr und Bürger*in sorgt für mehr Bildungsgerechtigkeit in Bayern.

Wir legen niedrigschwellige Sonderprogramme auf, um kommunale Entscheidungsträger dazu zu bewegen, vor Ort entsprechende Angebote zusammen mit freien Trägern aufzulegen.

Wir werden prüfen, wie bei Sozialleistungen höhere Kosten von alten Menschen für Gesundheitspflege und Mobilität besser berücksichtigt werden können und auch hier Lotsenstellen schaffen, um die Antragstellung zu erleichtern.

Aufbau von sogenannten Integrationslotsen zur Beratung und Hilfestellung von Senior*innen z.B. beim Ausfüllen von digitalen Anträgen und Einrichtungen für Schulungen, Konzepte etc. Diese könnten z.B. bei den vorhandenen Pflegestützpunkten angebunden werden.

Um die Integration von nicht deutsch-sprechenden älteren Mitbürger*innen speziell in Senioreneinrichtungen sicher zu stellen, sind spezifische Sprechstunden mit Dolmetscher*innen anzubieten, um z.B. Digitalkompetenz zu fördern.

Um die barrierefreien Angebote in den bayerischen Rundfunk- und Fernsehanstalten zu

verbessern, sorgen wir dafür, dass z.B. bei Nachrichtensendungen auch andere Sprachen als Untertitel zur Verfügung stehen.

Zu einem würdevollen Leben im Alter gehören eine gute medizinische Versorgung und Pflege. Im Rahmen der dringend notwendigen Finanzreform der Pflegeversicherung ist eine Einnahmeerweiterung im Umlagesystem und unter Einbeziehung aller Berufsgruppen und Einkommensarten anzustreben.

Dazu gehört auch die Übernahme der Investitionskosten durch die Länder – in Bayern durch den Freistaat Bayern - sowie die Deckelung der Eigenanteile für pflegebedürftige Menschen in stationären Einrichtungen.

Damit Teilhabe verwirklicht werden kann, bedarf es vielfältiger Angebote der Senioren- und Quartiersarbeit sowie Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention im Quartier. Dazu gehört ein präventiver Hausbesuch in den Kommunen, der allen Bürger*innen über 75 Jahre zur Verfügung steht.

Wir unterstützen Pflegeeinrichtungen durch ein Digitalisierungsprogramm zur Straffung von Arbeitsabläufen, vor allem aber um die Kommunikation (Videokommunikation) von Pflegenden, den Pflegebedürftigen und den Angehörigen untereinander zu ermöglichen sowie zur Aufrechterhaltung der sozialen Kontakte.

Der weitere Ausbau von Pflegestützpunkten muss forciert werden.

Zur Verbesserung der palliativen Versorgung und Sterbebegleitung richten wir in Bayern ein Landespalliativprogramm ein. Wir unterstützen dabei auch den Ausbau der Palliativstrukturen – dazu gehört auch das entsprechende Palliativ-Care-Fachpersonal - in den Einrichtungen und Dienstleistungen der Eingliederungshilfe.

Wir sorgen für altersgerechte, barrierefreie und bezahlbare Wohnungen sowie an Senior*innen angepasste Wohnformen und ein entsprechendes Umfeld

Dabei werden wir auch neue Wohnformen für Ältere fördern, damit diese möglichst lang selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden leben können. Pflegebedürftigkeit darf kein Grund sein, die vertraute Wohnung verlassen zu müssen.

Wir wollen Senior*innengenossenschaften stärken.

Mehrgenerationenhäuser stellen eine unverzichtbare soziale Infrastruktur dar und leisten einen wichtigen Beitrag zum generationenübergreifenden Dialog. Wir wollen sie absichern und weiter ausbauen.

Um soziale Strukturen in benachteiligten Gebieten zu stärken, bündeln wir über die verschiedenen Ressorts hinweg Förderprogramme. Zudem sichern wir koordinierende Anlaufstellen im Sinne von Quartiersmanager*innen finanziell ab und verankern sie nachhaltig in den Kommunen.

Wir stärken den politischen Meinungsbildungsprozess durch die Senior*innen

Wir bringen ein Senior*innenmitwirkungs-gesetz auf den Weg, das echte Einflussmöglichkeiten und Beteiligungsrechte beinhaltet. Darin werden u.a. die Kommunen verpflichtet, Senior*innenbeiräte einzurichten und diese mit

Antrag RGP12: Bayern – bunt, weltoffen, queer!

Bayern – bunt, weltoffen, queer!

Wir als BayernSPD stehen für ein buntes Bayern. Ein Bayern, in der jede Lebensweise, jedes Geschlecht, jede Identität und auch jede Liebe einen Platz hat. Und das ohne Angst haben zu müssen. Die BayernSPD ist der queeren Community in Bayern verbunden, setzt sich leidenschaftlich für ihre Emanzipation ein und unterstützt jede Form des Empowerments. Gerade in Bayern, dem einzigen Bundesland ohne queeren Aktionsplan ist es wichtig, das Leben von Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans-, Inter-, Asexuelle und Queers (LSBTIAQ*) sichtbar zu machen. Denn Sichtbarkeit schafft Sicherheit.

Ihren Schutz vor Verdrängung aus dem öffentlichen Raum sowie vor Diskriminierung, Belästigung und Gewalt sehen wir als unsere Verpflichtung an. Aus diesem Grund werden wir in Zusammenarbeit mit Verbänden, Initiativen, Vereinen, Selbsthilfeorganisationen sowie Ministerien endlich einen breiten und vollumfänglichen Landesaktionsplan für die Akzeptanz sexueller Vielfalt auflegen, um den alltäglichen Hass, die Diskriminierung, Intoleranz und gewaltsame Übergriffe abzubauen. Die großen Schwerpunkte müssen hier in der Förderung zeitgemäßer, altersgerechter Aufklärungsarbeit in den Schulen, Ausbildungsstellen, Vereinen und Verbänden liegen.

Sicherheit und Perspektiven für queere Menschen

Gerade junge queere Menschen haben in der Fläche in Bayern täglich mit mangelnden sicheren Orten („safe spaces“), Anlauf- und Beratungsmöglichkeiten zu kämpfen. Wir als BayernSPD werden Angebote für queere Jugendliche massiv ausbauen und bestehende inklusive Räume überall stärken.

Sicherheit ist ein hohes Gut. Die Zahlen an Gewalt gegenüber queeren Menschen in den letzten Jahren sind gestiegen. Aus diesem Grund werden wir dafür sorgen, Präventionsarbeit gegen Queerfeindlichkeit massiv zu stärken und unsere Sicherheitsbehörden zu sensibilisieren. Daher werden wir unsere Bayerischen Polizist*innen schulen, für konsequente polizeiliche Erfassungen und Verfolgungen von queerfeindlichen Straftaten sorgen sowie eine Bayerische Koordinierungs- und Gleichstellungsstelle schaffen. Diese soll eine Anlaufstelle für Probleme und Fragen rund um das Thema Diskriminierung sein, lokale Organisationen vernetzen und Bildungsangebote anbieten.

Queeres Leben ganzheitlich überall denken

Für queere Geflüchtete soll es niedrighschwellige Angebote zur politischen und gesellschaftlichen Partizipation geben, damit sie sich für ihre Rechte einsetzen können. In der Lehrer*innenbildung und in der pädagogischen Forschung werden wir weitere Angebote und Strukturen zur Vielfalt im Unterricht schaffen und ausbauen. Die besonderen Bedürfnisse von queeren Menschen im Gesundheitsbereich, v.a. die

Bedürfnisse von trans* Personen, werden wir verstärkt berücksichtigen. Auch im Sport unterstützen wir die Vielfalt aller sexuellen Lebensentwürfe, indem wir Diversity- und Queer-Kompetenzen in allen Bereichen des Sports stärken und entsprechende Projekte auch finanziell unterstützen. Der Freistaat muss Vorbild sein im Umgang mit queeren Mitarbeiter*innen. Deshalb werden wir der Charta der Vielfalt beitreten und in allen Bereichen der Verwaltung queere Mitarbeiter*innengruppen aktiv unterstützen. Dahingehende Gesetzesvorhaben werden wir bundesweit unterstützen und aktiv fördern. Bayern wird nicht mehr Bremser bei Fortschritten in queerer Gesellschaftspolitik sein! Bayern wird progressiv voranschreiten. Für alle.

Antrag RGP13: Migration & Integration

Migration & Integration

Ein gutes Fünftel der Bevölkerung in Bayern hat einen Migrationshintergrund – Tendenz steigend. Wir werden die soziale, politische, gesellschaftliche sowie kulturelle Gleichbehandlung aller hier lebenden Bürgerinnen und Bürger umsetzen. Dies wird zu einer Steigerung der Repräsentanz von Migrantinnen und Migranten in politischen Ämtern genauso wie bei Führungspositionen in Betrieben, staatlichen Behörden und in weiteren Bereichen führen. Eine doppelte Staatsbürgerschaft für Migrantinnen und Migranten wird von uns daher unterstützt und begrüßt.

Wir werden eine echte Migrant*innenvertretung auf Landesebene schaffen, die bei allen sie betreffenden Politikbereichen beteiligt werden muss. Ebenso werden wir die Bildung von Integrationsbeiräten in allen Kommunen und Landkreisen vorantreiben, um eine echte Teilhabe zu gewährleisten. Denn nur durch eine echte Teilhabe an der Gesellschaft kann Integration gelingen und eine Gemeinschaft entstehen. Ein Teilhabegesetz wird die nötigen Rahmenbedingungen schaffen.

Gleichfalls werden wir die Zuständigkeit für den Themenbereich „Integration“ aus dem Innenministerium wieder zurück in das Sozialministerium verlagern. Das derzeitige bayerische Integrationsgesetz, das bereits in vielen Punkten für verfassungswidrig erklärt wurde, werden wir gründlich reformieren.

Wir streben das Wahlrecht für Menschen ohne deutschen Pass ab dem dritten Aufenthaltsjahr für Kommunal- und Landtagswahlen an. Darüber hinaus wird eine SPD-geführte bayerische Staatsregierung eine Bundesratsinitiative ergreifen, um ein bundesweites Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten zu erreichen.

Grundlage für eine funktionierende Gesellschaft und die Integration ist der stete Kampf gegen den Rassismus auf allen Ebenen: das fängt bei einer Initiative zur Streichung des Wortes „Rasse“ aus dem Grundgesetz an und hört bei einem Landesantidiskriminierungsgesetz noch lange nicht auf. Der Rassismus ist eine besonders schwerwiegende Form der Diskriminierung – und deshalb werden wir – analog einer Regelung in Baden-Württemberg – eine Antidiskriminierungsstelle pro 70.000 Einwohnern gesetzlich vorschreiben.

Menschen die zu uns kommen sollen in Zukunft schneller eine Arbeitserlaubnis erhalten und Abschlüsse einfacher anerkannt werden. Hierfür wird es eine klare Verwaltungsanweisung geben, um das aktuell unterschiedliche regionale Vorgehen zu beenden. Aus der Berufsanerkennung folgt auch der Anspruch auf entsprechende tarifgemäße Arbeitsbedingungen. Siehe hierzu Seite 5 im Wirtschaftskapitel.

Der Bildungserfolg der Kinder darf nicht vom Elternhaus abhängen. Der Anteil der Migrant*innen an allen Schultypen wird weiterwachsen. So sind z.B. die meisten Gymnasien gar nicht darauf eingestellt, Migrant*innenkinder in größerer Zahl aufzunehmen. Es wird mit uns mehr Pädagog*innen, Lehrer*innen und Erzieher*innen mit Migrationsgeschichte geben; das ist eine Chance für das Bildungssystem ganz allgemein. Neuangekommene Menschen in Bayern bekommen einen Anspruch auf Schulbesuch, Ausbildung oder Schulungen (z.B. in Sprachkursen) zur Ausführung eines Berufes, sowie auch begleitende Kinderbetreuung. Die Anerkennung von ausländischen pädagogischen Qualifikationen soll komplett neu, einheitlich und transparent geregelt werden. Darüber hinaus werden wir die Möglichkeiten für Migrant*innen BAföG zu beziehen verbessern. Weiterhin wird Migration und Integration ein Pflichtthema in der Lehrerbildung werden, das allgemein auch prüfungsrelevant wird.

Aber nicht nur den teilweise schon seit vielen Jahren oder Jahrzehnten hier lebenden Migrantinnen und Migranten gilt unser Augenmerk, sondern über ein Jahr nach dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine auch den dadurch ausgelösten und allen weiteren Fluchtbewegungen.

Die Ausländerbehörden werden nicht mehr dem Grundsatz der Abschottung verpflichtet sein, sondern als „Visitenkarten unseres Staates“ zu echten Willkommensbehörden umgestaltet: sowohl für Kriegsflüchtlinge, die vorübergehend in unserem Land Schutz suchen, als auch für alle übrigen Zuwanderer. Wir setzen uns für die Schaffung eines Landesaufnahmeprogramms ein, welches sichere Einreisen für schutzbedürftige Geflüchtete ermöglicht.

Wir werden keine Menschen - auch keine straffälligen Menschen - aus Bayern in Kriegs- und Krisengebiete abschieben. Ebenso werden wir die willkürlichen und teils brutalen Abschiebungen von Menschen, bei denen keine zwingenden strafrechtlichen Gründe vorliegen, insbesondere von schulpflichtigen Kindern, Menschen in Ausbildung oder Beruf aus Bayern beenden. Das „Bayerische Landesamt für Asyl und Rückführungen“ ist in ein ordentliches Landesamt für Geflüchtetenhilfe umzuwandeln, das den humanitären Verpflichtungen Bayerns nachkommt.

Die menschenverachtenden Ankerzentren schaffen wir ab. Diese verhindern Integration und machen die nicht selten von der Flucht traumatisierten Menschen zusätzlich krank. Der Schlüssel zu einer gelingenden Integration – die niemals Assimilation meinen kann – sind dezentrale Unterbringung und frühzeitiger Spracherwerb. Deutschkurse werden wir daher von Anfang an erteilen, auch wenn der dauerhafte Aufenthalt nicht gesichert ist. Die Arbeit, u.a. von ‚refugio‘, im Bereich der psychologischen Betreuung von Geflüchteten wollen wir fördern und weiter ausbauen.

Eine SPD-geführte bayerische Staatsregierung wird eine Gleichbehandlung von Geflüchteten aus der Ukraine und allen übrigen Geflüchteten umsetzen – zeigt die Aufnahme der Ukrainer doch, was in Deutschland und in Bayern alles möglich ist.

Antrag RGP13-Ä13: Änderungsantrag zu RGP13

Änderungsantrag zu RGP13

Zeile 62

Wir werden keine Menschen – auch keine straffälligen Menschen – aus Bayern in Kriegs- und Krisengebiete abschieben. Ebenso werden wir die willkürlichen und teils brutalen

Abschiebungen von Menschen,

bei denen keine zwingenden strafrechtlichen Gründe vorliegen, insbesondere von schulpflichtigen Kindern, Menschen in Ausbildung oder Beruf aus Bayern beenden. Das „Bayerische Landesamt für Asyl und Rückführungen“ ist in ein ordentliches Landesamt für Geflüchtetenhilfe umzuwandeln, das den humanitären Verpflichtungen Bayerns nachkommt.

Antrag RGP14: Inneres & Sicherheit

Inneres & Sicherheit

Polizei- Wir stärken die Polizei nach Innen und Außen

Zur Bewältigung neuer Herausforderungen benötigen wir eine personalstarke und gut ausgestattete Polizei. Wir werden deshalb in den nächsten 5 Jahren den Personalbestand der Bayerischen Polizei um zehn Prozent erhöhen. Zugleich wollen wir die Polizei arbeitnehmer*innen - und familienfreundlicher machen. Hierzu zählen insbesondere die Förderung von Teilzeitmodellen und das Einführen von Überstundenregelungen. Außerdem werden wir Hilfs- und Unterstützungsangebote ausbauen, da immer mehr Beamt*innen im Dienst gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt sind.

Eine sozialdemokratisch geführte Regierung wird keinerlei Demokratiefeinde, wie etwa Antisemiten, Rechtsextremist*innen, Reichsbürgerideologen oder religiöse Fundamentalisten in unseren Sicherheitsbehörden und im öffentlichen Dienst dulden.

Wir werden regelmäßige Fortbildungen im Bereich Demokratie und Antidiskriminierung einführen, um Mitarbeitende für diese Problematik zu sensibilisieren und widerstandsfähig zu machen. Zusätzlich werden wir Supervision ermöglichen und eine unabhängige Anlaufstelle für Bürger*innen und Polizeibeamt*innen gleichermaßen schaffen. Unser Ziel ist es, dauerhaft das Vertrauen aller Bürger*innen in die Polizei zu erneuern. Aus diesem Grund darf die Polizei den Bürger*innen nicht anonym gegenüberreten. Wir werden hierfür eine Kennzeichnungspflicht für alle Beamt*innen einführen.

Verfassungsschutz

Der Verfassungsschutz gewährleistet als Frühwarnsystem der wehrhaften Demokratie Sicherheit für alle Einwohner*innen Bayerns. Die Bekämpfung von rechtsextremistischen Strukturen muss angesichts des Ausmaßes Schwerpunkt seiner Arbeit sein. Noch immer besitzen viele Rechtsextremisten legale Waffen. Wir werden sie konsequent und effektiver entwaffnen und Waffenbesitzer besser kontrollieren. Wir verstehen uns als wehrhafte Demokratie und werden die Sicherheitsbehörden und den Verfassungsschutz zu einem Bollwerk gegen Rechtsextremisten, Reichsbürger und andere Verfassungsfeinde machen. 100 Jahre nach dem Hitlerputsch und 90 Jahre nach Hitlers Ermächtigungsgesetz werden wir das 'Nie wieder' konsequent in der Innen- und Sicherheitspolitik umsetzen.

Neben dem Beobachten von verfassungsfeindlichen Bedrohungen aus allen Bereichen des Extremismus ist Teil seiner Aufgaben die Aufklärung der Bevölkerung über verfassungsfeindliche Aktivitäten. Wir machen den Kampf gegen die Aushöhlung unserer Demokratie zur Chefsache und richten eine Stabsstelle „Demokratie sichern“ bei der Staatskanzlei ein. Deren Aufgabe ist die Verknüpfung von Erfahrungen aus dem zivilgesellschaftlichen Engagement für unsere Demokratie, wissenschaftlicher Expertise aus der Gewalt- und Demokratieforschung sowie Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden. Wir schaffen ein personell und finanziell gut ausgestattetes Landesprogramm zur Förderung der politischen Bildung und des gesellschaftlichen Engagements für unsere Demokratie. Die vom Bundesverfassungsgericht in weiten Teilen für verfassungswidrig erklärten gesetzlichen Grundlagen des Verfassungsschutzes werden wir rechtsstaatskonform ausgestalten und auch die Kontrolle über den Verfassungsschutz stärken.

Gleichgewicht Sicherheitsgesetze und Freiheitsrechte

Wir stehen für eine Sicherheitsgesetzgebung mit Augenmaß. Voraussetzung hierfür ist eine laufende Überprüfung der Wirkung von Sicherheitsgesetzen auf die Freiheit und Sicherheit der Bürger*innen. Wir wollen daher die bayerischen Sicherheitsgesetze evaluieren und eine unabhängige Freiheitskommission einrichten, die das Parlament bei künftigen Gesetzen berät. Das Bayerische Polizeiaufgabengesetz und das Bayerische Verfassungsschutzgesetz, die in weiten Teilen verfassungswidrig sind, werden wir rechtsstaatskonform und bürger*innenfreundlich neu fassen.

Justiz

Der Rechtsstaat in Bayern soll weiter gestärkt werden. Daher wollen wir die Stellen an Gerichten und in der Staatsanwaltschaft weiter ausbauen. Verfahrensdauern sollen dadurch verkürzt werden. Bei den Staatsanwaltschaften wollen wir die Einrichtung von Schwerpunktzuständigkeiten zur wirksameren Bekämpfung von schweren Straftaten und von geschlechtsspezifischer Gewalt voranbringen. Parallel zu unseren Entkriminalisierungsbestrebungen auf Bundesebene in den Bereichen der armutsbedingten (etwa „Schwarzfahren“ und „Containern“) und suchtbedingten Straftaten wollen wir die Vollzugspraxis für einen angemessenen Umgang mit solchen Verhaltensweisen sensibilisieren. Den Justizvollzug wollen wir menschenwürdig ausgestalten und bessere

psychologische, soziale und zukunftsorientierte Betreuung in den Haftanstalten gewährleisten. Hierzu zählt auch eine angemessene Bezahlung von Arbeit während der Haft.

Feuerwehr

Die SPD steht für die bestmögliche Unterstützung unserer haupt- und ehrenamtlichen Feuerwehren. Deren Mitglieder leisten täglich eine unersetzliche Arbeit für die Sicherheit der Menschen in ganz Bayern. Damit das auch angesichts neuer Herausforderungen so bleiben kann, wollen wir die Kommunen finanziell bei der Sanierung und Neuerrichtung von Feuerwehrhäusern stärker unterstützen, für eine bessere Ausrüstung zur Waldbrandbekämpfung sorgen und eine unabhängige IT-Entwicklungsstelle einrichten, damit die Vorteile der Digitalisierung in der Ausbildung und im Einsatz ausgeschöpft werden können. Wir werden uns außerdem dafür stark machen, wieder mehr Menschen für das ehrenamtliche Engagement in den Feuerwehren, das deren Rückgrat bildet, zu begeistern. Hierzu wollen wir eine Feuerwehrrente einführen und durch Anreize insbesondere auch Migrant*innen für den ehrenamtlichen Einsatz gewinnen.

Rettungsdienst und Katastrophenschutz

Wir werden in Kooperation mit allen Kommunen und Landkreisen individuelle Vorsorgekonzepte entwickeln, damit alle Einwohner*innen Bayerns im Notfall innerhalb der gesetzlich vorgesehenen 12 Minuten rettungsdienstliche Hilfe erhalten. Um dauerhaft die Sicherheit an unseren Gewässern und in den Bergregionen zu gewährleisten, werden wir die Finanzierungszusage für Wasser- und Bergrettungsdienste wieder in das Rettungsdienstgesetz aufnehmen.

Der bayerische Katastrophenschutz hat in den vergangenen Jahren außergewöhnliche Leistungen erbracht. Durch die Erderhitzung und die Zunahme von Extremwetterereignissen wird er in Zukunft noch mehr gefordert sein. Wir werden unseren Katastrophenschutz fit für die Zukunft machen, indem wir durch umfassende Investitionen die Ausrüstung aller Hilfsorganisationen an die zu erwartenden Aufgaben anpassen, bayernweit Katastrophenschutzlager errichten und ein Lagezentrum für den Katastrophenschutz einrichten, um im Schadensfall regionenübergreifend schnell und unbürokratisch Hilfe organisieren zu können.

Die ehrenamtlichen Helfer*innen im Rettungsdienst und Katastrophenschutz verdienen die gleiche Unterstützung wie unsere freiwilligen Feuerwehrleute. Daher wird die SPD die sog. Helfergleichstellung durchsetzen. Das bedeutet, dass zukünftig auch ehrenamtliche Helfer*innen im Katastrophenschutz und im Rettungsdienst für Aus- und Weiterbildungen von ihrer Arbeit freigestellt werden müssen. Parallel zur Feuerwehrrente wollen wir für ehrenamtliche Helfer*innen und Retter*innen eine Retter*innen-Rente etablieren.

Antrag RGP14-Ä04: Änderungsantrag zu RGP14

Änderungsantrag zu RGP14

Der Verfassungsschutz gewährleistet als Frühwarnsystem der wehrhaften Demokratie Sicherheit für alle Einwohner*innen Bayerns. Die Bekämpfung von rechtsextremistischen Strukturen muss angesichts des Ausmaßes Schwerpunkt seiner Arbeit sein. Noch immer besitzen viele Rechtsextremisten legale Waffen. Wir werden sie konsequent und effektiver entwaffnen und Waffenbesitzer besser kontrollieren. Wir verstehen uns als wehrhafte Demokratie und werden die Sicherheitsbehörden und den Verfassungsschutz zu einem Bollwerk gegen Rechtsextremisten, Reichsbürger und andere Verfassungsfeinde machen. 100 Jahre nach dem Hitlerputsch und 90 Jahre nach Hitlers Ermächtigungsgesetz werden wir das 'Nie wieder' konsequent in der Innen- und Sicherheitspolitik umsetzen.

Antrag RGP14-Ä07: Änderungsantrag zu RGP14

Änderungsantrag zu RGP14

Zeile 84 - 85

~~Die rettungsdienstliche Versorgung in Bayern ist gut und muss das auch bleiben.~~ Wir werden hierzu werden in Kooperation mit allen Kommunen und Landkreisen individuelle Vorsorgekonzepte entwickeln, damit alle Einwohner*innen Bayerns im Notfall innerhalb der gesetzlich vorgesehenen 12 Minuten rettungsdienstliche Hilfe erhalten. Um dauerhaft die Sicherheit an unseren Gewässern und in den Bergregionen zu gewährleisten, werden wir die Finanzierungszusage für Wasser- und Bergrettungsdienste wieder in das Rettungsdienstgesetz aufnehmen.

Antrag RGP14-Ä08: Änderungsantrag zu RGP14

Änderungsantrag zu RGP14

Zeile 103

Die ehrenamtlichen Helfer*innen im Rettungsdienst und Katastrophenschutz verdienen die gleiche Unterstützung wie unsere freiwilligen Feuerwehrleute. Daher wird die SPD die sog. Helfergleichstellung durchsetzen. Das bedeutet, dass zukünftig auch ehrenamtliche Helfer*innen im Katastrophenschutz und im Rettungsdienst für Aus- und Weiterbildungen von ihrer Arbeit freigestellt werden müssen. Parallel zur Feuerwehrrente wollen wir für ehrenamtliche Helfer*innen und Retter*innen eine Retter*innen-Rente etablieren.

Antrag RGP15: Ländlicher Raum/Gleichwertige Lebensverhältnisse/ Kommunale Daseinsvorsorge

Ländlicher Raum/Gleichwertige Lebensverhältnisse/ Kommunale Daseinsvorsorge

Wir kämpfen dafür, dass gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen

Bayerns endlich Realität werden. Faire Bildungschancen, eine gute ärztliche Versorgung, die Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, bezahlbarer Wohnraum oder eine zukunftsfeste Infrastruktur: Darauf haben alle Menschen in Bayern einen Anspruch – egal ob sie in der Stadt leben oder auf dem Land. Dazu zählt für uns auch ein echter Kulturwandel in der Politik, hin zu mehr Regionalität und kommunaler Eigenverantwortung vor Ort, weg von Zentralismus und einem von Misstrauen geprägten Kontrollwahn. Politik in Bayern für Stadt und Land, solidarisch und auf Augenhöhe. Nur so können wir den großen Herausforderungen unserer Zeit, vor denen unsere Kommunen stehen, gerecht werden, sei es die Erderhitzung, die Energiekrise, die Verkehrswende oder der demographische Wandel.

Wir versorgen Bayern

Wir sichern die Nahversorgung und stärken die regionale Wertschöpfung, indem wir unsere Dorf- und Stadtteilläden gezielter und nachhaltiger fördern. Dort wo die Strukturen der Daseinsvorsorge wegbrechen, ist Solidarität gefragt. Wir stärken und unterstützen Nachbarschaftshilfen durch eine gezielte Förderung und weniger Bürokratie. Kulturelle Einrichtungen im ländlichen Raum wollen wir stärken und erhalten. Die ärztliche Versorgung auf dem Land muss besser werden, hierzu treten wir auch in Verhandlungen mit der Kassenärztlichen Vereinigung. Es muss ein Ende haben, dass die tatsächliche Ärzteversorgung immer wieder schön und an der Realität vorbei gerechnet wird.

Dienstleistungen wie von Post und Banken dürfen nicht aus den Stadtvierteln und Dörfern verschwinden. Wir arbeiten im Bundesrat und im Beirat bei der Bundesnetzagentur für den uneingeschränkten Erhalt des aktuellen Niveaus von Post-Universaldienstleistungen, also von Filialen, Briefkästen und Zustellungsqualität zu erschwinglichen Preisen.

Zusammen mit den Banken und Sparkassen werden wir nach Wegen suchen, dem gegenwärtigen ungezügelten Filialsterben ein Ende zu setzen. Wir brauchen flächendeckend ein Mindestangebot an Bankdienstleistungen wie die Bargeldversorgung, Überweisungen und Beratung, die für alle Menschen barrierefrei vor Ort zugänglich und bezahlbar sind.

Wir sichern die Wasserversorgung in allen Teilen Bayerns und machen diese zukunftsfest. Dafür nehmen wir Geld in die Hand und investieren in unsere Wasserleitungs- und Abwasser-Infrastruktur, damit die Bürger*innen nicht zusätzlich über steigende Gebühren belastet werden. Wir werden der Trinkwasserversorgung in kommunaler Hand weiterhin den absoluten Vorrang vor anderen Formen der Wasser- und Bodennutzung geben. Insbesondere darf die Trinkwasserversorgung der regionalen Bevölkerung nicht in die Hände privater Konzerne fallen. Die staatliche Förderung im Leitungsbau (RZWAS) wird verstetigt und für mehr Kommunen geöffnet.

Kommunen und Regionen stärken

Starke Kommunen sind ein wesentlicher Baustein unseres föderalen Systems. Wir stehen für mehr finanzielle Eigenverantwortung vor Ort und weniger Förderbürokratismus von

oben. Deshalb reduzieren wir die Zahl der Förderprogramme und erhöhen im Gegenzug die Investitionspauschalen. Den kommunalen Anteil am allgemeinen Steuerverbund werden wir von 12,75 auf 15 Prozent erhöhen (sog. Verbundquote). Damit bekommen Kommunen den nötigen Freiraum um neben den Pflichtaufgaben sogenannte freiwillige Aufgaben erfüllen zu können. Wir reformieren die Landesplanung und richten die Regional- und Strukturförderung nach tatsächlicher Strukturschwäche und Bedarfen aus. Gemeinsam geht besser: Wir stärken durch finanzielle Anreize und dem Abbau bürokratischer Hürden die interkommunale Zusammenarbeit. Modellprojekte fördern wir und bremsen sie nicht aus.

Bezirke stärken

Die Wiedereinrichtung demokratisch verfasster Bezirke als dritte Ebene der kommunalen Selbstverwaltung war eine Forderung der BayernSPD nach dem Zweiten Weltkrieg. Wir stehen auch weiterhin zu den Bezirken und zur Tätigkeit unserer Bezirkstage als Bindeglied zwischen Verwaltung und Bürger*innen. Wir fordern weiterhin ein Bezirkswahlrecht für EU-Bürger*innen. Bisher können sich Bürger aus EU-Staaten zwar an Kommunalwahlen beteiligen, ein Bezirkswahlrecht ist ihnen aber verwehrt. Wir wollen die Bezirke als dritte kommunale Ebene wahlrechtlich der kommunalen Familie gleichstellen. Die Bezirke leisten gute Arbeit für eine moderne, humane und dezentrale psychiatrische Versorgung im Freistaat. Bestrebungen zur Privatisierung von Einrichtungen des Bezirks lehnen wir entschieden ab.

Antrag RGP15-Ä01: Änderungsantrag zu RGP15

Änderungsantrag zu RGP15

Zeile 31

Starke Kommunen sind ein wesentlicher Baustein unseres föderalen Systems. Wir stehen für mehr finanzielle Eigenverantwortung vor Ort und weniger

Förderbürokratismus von oben. Deshalb reduzieren wir die Zahl der Förderprogramme und erhöhen im Gegenzug die Investitionspauschalen. Den kommunalen Anteil am allgemeinen Steuerverbund werden wir von 12,75 auf 15 Prozent erhöhen (sog. Verbundquote). Wir reformieren die Landesplanung und richten die Regional- und Strukturförderung nach tatsächlicher Strukturschwäche und Bedarfen aus. Gemeinsam geht besser: Wir stärken durch finanzielle Anreize und dem Abbau bürokratischer Hürden die interkommunale Zusammenarbeit. Modellprojekte fördern wir und bremsen sie nicht aus.

Antrag RGP15-Ä02: Änderungsantrag zu RGP15

Änderungsantrag zu RGP15

Zeile 34

Wir stehen für mehr finanzielle Eigenverantwortung vor Ort und weniger Förderbürokratismus von oben. Deshalb reduzieren wir die Zahl der Förderprogramme und erhöhen im Gegenzug die Investitionspauschalen. Den kommunalen Anteil am allgemeinen

Kultur

Kultur ist prägend für den Freistaat Bayern und seine Regionen, prägend für unsere Bildungschancen und für den gesellschaftlichen Dialog. Kultur begründet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Kultur ist die Basis von Demokratie. Demokratie kann sich nur entfalten, wenn sie in eine Kultur eingebettet ist, die von Werten wie Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit getragen ist. Kulturpolitik hat für uns eine zentrale Bedeutung als Bestandteil einer neuen Sozialpolitik, die den neuen gesellschaftlichen Spaltungen und Ausgrenzungen entgegenwirkt.

Wir stehen politisch in der Verantwortung, auch in Bayern Neustart und Perspektiven des kulturellen Lebens nach Corona kraftvoll zu fördern. Der Staat hat die Verantwortung, den Weg zur Kultur für alle zu öffnen und dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die Freiheit der Kunst ist für uns ein hohes Gut. Dafür müssen Rahmenbedingungen und Freiraume für die Entwicklung der Künste und des kulturellen Lebens jenseits des Marktes geschaffen werden. Mit einer bayerischen Landeskulturpolitik der Offenheit und der Transparenz muss die Freiheit der Kunst und des kulturellen Lebens gesichert werden. Dafür wollen wir Förderstrukturen modernisieren und Antragsverfahren transparenter gestalten, die Kulturförderung von Bund und Land besser koordinieren und ein Landeskulturprogramm für alle Regionen Bayerns auflegen im Dialog mit den Akteur*innen des Kulturbereichs, mit den Bezirken und Kommunen. Mit einer Strukturförderung für die Freie Kulturszene und der institutionellen Stärkung der Kulturverbände werden wir alle Kultursparten fördern, den Kulturfonds aufstocken und München und Nürnberg in die Förderkulisse aufnehmen.

Die vielfältigen regionalen Traditionen gestalten unsere reiche Kulturlandschaft. Soziokultur, Breitenkultur und Volkskultur sind in Bayern wichtige Ausdrucksform von Heimat und Region. Wir wollen die kulturellen Infrastrukturen überall im Land und die Vielfalt der kulturellen Angebote im ländlichen Raum und damit die Lebens- und Standortqualität stärken. Alle Regionen müssen vom kulturpolitischen Engagement des Freistaats gleichermaßen profitieren. Wir wollen kulturelle Daseinsvorsorge zu einer Pflichtaufgabe der Kommunen machen.

Auch staatliche und staatlich finanzierte große Institutionen müssen sich in Kooperation mit der freien Szene für neue Formen und neues Publikum öffnen. Kulturvermittlung muss zu einer der Kernaufgaben der Kultureinrichtungen und zum Motor für Öffnungsprozesse werden. Der dramatische Sanierungsstau bei öffentlichen Kulturbauten muss abgebaut werden. Kultureinrichtungen müssen in die Lage versetzt werden, einen nachhaltigen Betrieb und neue attraktive Angebote zu schaffen.

Die europäische Einigung, Mobilität und Zuwanderung haben uns kulturelle Impulse aus aller Welt gegeben. Immer mehr Menschen in Bayern haben einen Migrationshintergrund.

Bayern lebt auch von der Internationalität, sie ist gerade im kulturpolitischen Raum eine wichtige Ressource. Vielfalt und Diversität der Gesellschaft muss sich auch in den Kultureinrichtungen widerspiegeln.

Kulturelle Bildung ist für uns der Schlüssel für die Zukunft und Voraussetzung einer freien und gerechten Gesellschaft. Der Zugang zur Kultur darf deshalb nicht vom sozialen Status oder vom Bildungsstand der Eltern abhängig sein. Über die Zusammenarbeit zwischen Kultur, Kindertagesstätten, Schule und Erwachsenenbildung wollen wir die kulturelle Teilhabe aller Bevölkerungsschichten ermöglichen. Besonders unterstützen wir Projekte und Strukturen zur Inklusion.

Zu einem Kulturstaat gehört es, sich um die Bedingungen von Kunstproduktion und Kreativität zu kümmern: Kultur- und Kreativschaffende wie auch Kulturproduktionsgewerke müssen von ihrer kreativen Arbeit leben können. Das bedeutet eine faire Bezahlung und Mindest- und Basisvergütungen bei allen öffentlichen Aufträgen und geförderten Projekten. Die Beratung und Unterstützung von kulturwirtschaftlichen Unternehmensgründungen werden wir in allen Landesteilen ausbauen und Kreativstandorte in ganz Bayern entwickeln. Bund, Land und Kommunen stehen gemeinsam in der Verantwortung, die soziale Absicherung der Kulturschaffenden zu stärken -auch bei Beschäftigungslücken und im Alter.

Seit 1990 haben sich die staatlichen Gelder für den Erhalt von Baudenkmalern mehr als halbiert. Das führt zu einem finanziellen Notstand für die Denkmalpflege in Bayern. Mit deutlich mehr staatlichen Mitteln werden wir uns dafür einsetzen, dass die schützenswerten Bauwerke und Bodendenkmäler erhalten bleiben.

Kultur lebt auch vom Erinnern. Deshalb wollen wir Menschen sensibilisieren und stark machen gegen rechte Gewalt und Fremdenhass. Wir werden die Mahn- und Gedenkstätten in Bayern bei der Weiterentwicklung ihrer Vermittlungskonzepte deutlich stärker unterstützen als bisher. Es ist an der Zeit, die koloniale Vergangenheit Bayerns aufzuarbeiten und in der Erinnerungskultur zu verankern. Wir stellen die *historisch-politische Bildung in den Mittelpunkt und setzen uns ein für einen kritischen Umgang mit Denkmälern und Straßennamen, die den demokratischen Werten widersprechen und setzen dagegen auf bayerische Orte und Denkmäler der Demokratiegeschichte.*

Als wichtige Aufgabe sehen wir, die geschichtliche Erinnerung und das reiche kulturelle Erbe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler zu bewahren. Dazu bedarf es weiterhin einer angemessenen staatlichen Förderung für die vielfältige Verständigungs- und Versöhnungsarbeit engagierter Initiativen, Verbände und Institutionen. Wir wollen weiter Brücken der Verständigung in die Herkunftsländer der Vertriebenen bauen.

Sportland Bayern

Sport hat eine herausragende gesellschaftspolitische Bedeutung. Wir wissen: Sport ist eine wichtige Möglichkeit der Begegnung, ist Mittel zur Verständigung und Chance für

gemeinsame Erlebnisse. Sport ist Bildungselement, Möglichkeit zur Vermittlung gesellschaftlich relevanter Werte und Gesundheitsprävention. Mehr als 12.000 Vereine mit fast 4,5 Millionen Mitgliedern sind im Bayerischen Landes-Sportverband organisiert, außerdem gibt es mehr als eine halbe Million Schütz*innen in Bayern.

Wir werden für Bayern den Schulsport, Breitensport und Leistungssport endlich besser fördern. Fördergelder werden wir erhöhen und zeitnah auszahlen und die Vereinspauschale und Investitionskostenzuschüsse für Vereinssportstätten erhöhen. Als Partner der Kommunen sorgen wir dafür, dass die notwendigen kommunalen Sportstätten, insbesondere Schwimmbäder, in den nächsten Jahren flächendeckend realisiert, erweitert und saniert werden. Hallen- und Schulschwimmbäder sollten auch über den Sommer geöffnet bleiben, um weiteren Schwimmunterricht anbieten zu können. Hier soll ein Sonderprogramm aufgelegt werden.

Kirchen

Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften leisten einen unschätzbaren Beitrag zu dem gesellschaftlichen Miteinander. Die Haupt- und Ehrenamtlichen in zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Vereinen und Initiativen sind bedeutende soziale Akteure, u.a. für soziale Beratungen und Fachstellen, Kinderbetreuung und Familienhilfe sowie die Flüchtlingshilfe. Sie verdienen dabei staatliche Anerkennung und Unterstützung. Wir begrüßen das friedliche Miteinander der Glaubens- und Weltanschauungsrichtungen und den interreligiösen Dialog. Wir werden jeglicher Diskriminierung aufgrund von Religion und Weltanschauung ebenso wie religiösem Extremismus, aber auch Antisemitismus entschieden entgegenzutreten.

Wir werden uns im Einvernehmen mit dem Bund für die völlige arbeitsrechtliche Gleichstellung aller Beschäftigten im kirchlichen Bereich mit Ausnahme der Verkündigung in Bayern einsetzen. Dies gilt insbesondere auch für das kollektive Arbeitsrecht von Mitbestimmung bis Tarifautonomie. Um die bundesweiten Anstrengungen dahingehend zu begleiten, treten wir in Gespräche mit Diözesen und Landeskirche.

Antrag RGP16-Ä01: Änderungsantrag zu RGP16

Änderungsantrag zu RGP16

Zeile 116

Wir werden uns im Einvernehmen mit dem Bund für die völlige arbeitsrechtliche Gleichstellung aller Beschäftigten im kirchlichen Bereich mit Ausnahme der Verkündigung in Bayern einsetzen. Dies gilt insbesondere auch für das kollektive Arbeitsrecht von Mitbestimmung bis Tarifautonomie. Um die bundesweiten Anstrengungen dahingehend zu begleiten, treten wir in Gespräche mit Diözesen und Landeskirche.

Antrag RGP17: Finanzen & Haushalt

Die Welt ist im Wandel. Auch in Bayern. In Zeiten des Umbruchs wollen wir den Menschen Sicherheit und eine gute Zukunftsperspektive geben. Wir wollen, dass Bayern auch in den nächsten Jahrzehnten stark bleibt. Das kommt nicht von alleine. Wir werden in Bayern ein Jahrzehnt der Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Landes, in gute Arbeitsplätze, in den Klimaschutz, in den Wohnungsbau, in den öffentlichen Nahverkehr, in gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land und für mehr soziale Gerechtigkeit auf den Weg bringen.

Die großen Herausforderungen der letzten Jahre – Euro-Krise, Pandemie, Ukraine-Krieg, Inflation – wie auch die vor uns liegenden Aufgaben machen deutlich: Wir brauchen einen starken, einen handlungsfähigen Staat. Die Zeiten des Kaputtsparens bei Schulen, Gesundheit und Pflege, Bus und Bahn oder Wohnungsbau können wir uns endgültig nicht mehr leisten. Wer heute nicht investiert, der hinterlässt eine marode Infrastruktur, schiebt riesige finanzielle Lasten, einen großen Berg verdeckter Schulden auf die nächsten Generationen und unterlässt wichtige Weichenstellungen für die Wirtschaft, den Klimaschutz und den Sozialstaat. Die Investitionen von heute sind dabei die Steuereinnahmen von morgen.

Wir wollen allen Menschen in Bayern beste Lebensbedingungen bieten, heute und auch morgen. Unser Freistaat soll all seine Aufgaben jederzeit und auf Dauer erfüllen können. Basis dafür ist eine gute, vorausschauende und gerechte Finanzpolitik. Deshalb setzen wir uns auf Bundes- und Landesebene für die Aufhebung der Schuldenbremse ein.

1. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land

Die Menschen in Bayern haben es verdient, dass der Freistaat die besten Rahmenbedingungen für ihr Leben bereitstellt – egal ob in Stadt oder Land. Dazu brauchen wir einen investierenden Staat und finanziell gut ausgestattete Kommunen. In unseren Städten und Gemeinden werden zwei Drittel der Investitionen getätigt, die Daseinsvorsorge organisiert, hier vollzieht sich die soziale und ökologische Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Kommunen stellen allen Bürgerinnen und Bürgern Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser, Straßen und den ÖPNV, Wasser und Strom kostengünstig und verlässlich zur Verfügung. Wir werden deshalb für eine dauerhaft bessere Finanzausstattung der Kommunen sorgen. Wir werden dazu die kommunale Verbundquote, also den Anteil der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern (Einkommenssteuer, Kapitalertragssteuer und Umsatzsteuer), von 12,75 Prozent auf 15 Prozent erhöhen. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein hohes Gut. Die Gewerbesteuer ist eine wesentliche Säule der Einnahmen von Städten und Kommunen. Anders als andere Parteien wollen wir als SPD die Gewerbesteuer erhalten und gerechter ausgestalten. Schädlichen Steuergestaltungen und Gewerbesteuer-Oasen sagen wir den Kampf an. Die Absenkung der Gewerbesteuer auf den Mindestsatz befeuert den schädlichen Steuerunterbietungswettbewerb unter den Kommunen – oft zulasten der unmittelbaren Nachbargemeinden. Bereits im bestehenden Recht sind die Praktiken in

Gewerbsteueroasen teils rechtlich unzulässig, werden aber von den zuständigen Behörden nicht überprüft und geahndet. Wir werden veranlassen, die Prüfung und Beanstandung unrechtmäßiger Steuergestaltungen zu forcieren. Gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion und den kommunalen Spitzenverbänden werden wir uns für eine Anhebung des Mindesthebesatzes bei der Gewerbesteuer einsetzen und so den unsolidarischen Gewerbsteueroasen das Wasser abgraben.

Es ist dem damaligen Bundesfinanzminister und heutigem SPD-Bundeskanzler Olaf Scholz zu verdanken, dass den Kommunen die Grundsteuer als zweitgrößter Einnahmeposten erhalten bleiben wird. Dazu werden wir Städte und Gemeinden bei der Umsetzung der Grundsteuerreform unterstützen, trotz der handwerklich schlechten und sozial ungerechten Ausgestaltung durch die bisherige Staatsregierung. Zur Wohnungsbauförderung befürworten wir die Einführung einer Grundsteuer C, mit der Kommunen baureife, aber aus Spekulationsgründen unbebaute Filetgrundstücke höher besteuern und damit eine schnellere Bebauung fördern können. Die Bundesregierung hat diese Maßnahme in die Grundsteuerreform aufgenommen, kommunale Spitzenverbände fordern einhellig die Umsetzung, nur die CSU-geführte Staatsregierung blockiert dies bislang.

2. Mehr Steuergerechtigkeit

Wir werden im bestehenden Steuersystem für einen gerechteren Steuervollzug sorgen. Die vielen ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Bayern wollen wir vor den schwarzen Schafen schützen. Das ist nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit, sondern auch des fairen wirtschaftlichen Wettbewerbs. Es darf nicht sein, dass mit komplexen Steuergestaltungsmodellen, die von Steuerkanzleien und großen Konzernen entwickelt werden und Lücken im Steuersystem gezielt ausnutzen, zum Teil skrupellos Steuern hinterzogen werden. Das verursacht Schäden in Milliardenhöhe für unsere Gesellschaft. Die bisherige Staatsregierung hat bei Geldwäsche und Steuerbetrug zu wenig unternommen. Wir werden das ändern, indem wir unsere Finanzverwaltung stärken. Die Bayerische Staatsregierung hat für die Geldwäscheaufsicht beim milliardenschweren Finanzkonzern Wirecard die dafür nicht ausgestattete Bezirksregierung von Niederbayern beauftragt, statt für eine effektive Überwachung zu sorgen. Immer noch gibt es zu wenige Steuerfahnder und Betriebsprüfer, die die oft millionenschweren Steuergestaltungen aufdecken. Wir wollen organisatorisch und personell besser aufgestellte Finanzbehörden. Dazu werden wir in einem ersten Schritt die gut 1400 offenen Stellen in der Finanzverwaltung schnellstmöglich besetzen und die seit dem Jahr 2000 nicht mehr erfolgte Personalbedarfsberechnung wieder fortführen. Für den zweiten Schritt bedeutet das: Die Zahl der heute gut 15.000 angestellten Finanzbeamt*innen werden wir schrittweise auf die benötigten 20.000 Stellen erhöhen. Das nutzt Unternehmen, wenn die Betriebsprüfung zeitnah und schneller durchgeführt wird, das führt zu einer höheren Finanzkraft des Freistaats Bayern und seiner Kommunen und sorgt zugleich für mehr Steuergerechtigkeit, Wettbewerbsgleichheit und sozialen Frieden in Bayern.

Die Umsetzung der grenzüberschreitenden Anzeigepflicht für Steuergestaltung war ein

wichtiger Schritt für mehr Steuergerechtigkeit. Wir unterstützen auch die Einführung einer nationalen Anzeigepflicht für Steuergestaltungen, damit weitere Betrugereien auf Kosten der Allgemeinheit schneller erkannt und abgestellt werden können.

Der Fall eines bekannten Münchner Kochs zeigt: Kassenbetrug ist weit verbreitet. Jährlich gehen deutschlandweit geschätzte 15 bis 20 Milliarden an Steuergeldern durch diese Betrugereien verloren. Mit der Einführung einer Registrierkassenpflicht schützen wir auch hier die steuerehrlichen Betriebe und sorgen für faire Wettbewerbsbedingungen.

Nicht zuletzt haben von Maskendeals bis zum billigen Ausverkauf öffentlicher Unternehmen zahlreiche CSU-Finanzskandale die bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler stark belastet. Diesen CSU-Filz werden wir beenden.

Bürgerinnen und Bürger mit kleinen und mittleren Einkommen sind nicht erst seit der Energiekrise stark belastet. Wir wollen diese Menschen gezielt und stärker entlasten, z.B. mit einer stärkeren Anhebung des Grundfreibetrags, bis zu dem keine Steuern anfallen. Im Gegenzug wollen wir die fünf Prozent höchsten Einkommen mehr in Verantwortung nehmen.

3. Wirtschaftliche Stärke braucht soziale Gerechtigkeit

Die Einkommens-, vor allem aber die Vermögensungleichheit sind in Bayern und Deutschland höher als im internationalen Vergleich. Gleichzeitig ist eine ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen, sind eine zu starke Besteuerung der Arbeit und eine zu geringe Besteuerung von Vermögen und Erbschaften Hemmnis für wirtschaftliche Stärke und Wohlstand. Deshalb ist klar: Wirtschaftliche Stärke braucht soziale Gerechtigkeit!

Die Besteuerung von Einkommen und Vermögen muss sich wieder mehr an dem Prinzip der Leistungsfähigkeit orientieren. Wer sehr hohes Einkommen und Vermögen hat, muss einen größeren Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten. Wir wollen das auch erreichen, um die Finanzkraft des Freistaats Bayern für wichtige Zukunftsaufgaben zu verbessern. Bisher zahlen die Erben von Wohnungsunternehmen mit mehr als 300 Wohneinheiten oder größter Betriebsvermögen keine Erbschaftssteuer. Mit der Reaktivierung der Vermögenssteuer und einer Reform der Erbschaftssteuer wollen wir erreichen, dass diejenigen mit den höchsten Vermögen mehr zur Finanzierung unseres Gemeinwesens beitragen. Die Überprivilegierung größter Betriebsvermögen werden wir abschaffen. Wir stellen dabei sicher, dass sich die Steuerbelastung auf das eine Prozent der Vermögendsten konzentriert und keine Arbeitsplätze gefährdet werden. Leistung muss sich lohnen. Leistungslos erworbenes Vermögen angemessen zu besteuern ist daher ein wichtiger Beitrag zu mehr Leistungsgerechtigkeit in unserer Gesellschaft und zur Finanzierung der Zukunftsaufgaben im Freistaat Bayern.

Bayern ist nur stark in einem starken und geeinten Deutschland und Europa. Mit der SPD in Regierungsverantwortung wird Bayern einen solidarischen und gerechten Anteil an den gemeinsamen Aufgaben tragen. Wir wollen ein gutes Miteinander mit dem Bund und den 15 Bundesländern und unseren europäischen Nachbarn statt provinzieller

Alle Maßnahmen tragen dazu bei, dass Bayern gerechter wird, die notwendigen Zukunftsinvestitionen gestemmt werden können und Bayern wirtschaftlich stark bleibt.

Antrag RGP18: Europa & Internationales

Europa & Internationales

Die geänderte Lage in Europa mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine stellt die Staaten der EU vor ungeahnte sicherheitspolitische Herausforderungen. Die BayernSPD solidarisiert sich mit den Menschen in der Ukraine und unterstützt dessen Beitrittsanfragen sowie von Moldau und den Westbalkan-Staaten.

Die Stärkung von demokratischen Werten an den EU-Außengrenzen ist uns wichtig. Die Bayern SPD solidarisiert sich mit allen, die für Demokratie, Freiheit, Frieden, Gleichberechtigung und Gerechtigkeit kämpfen, sei es in Mitgliedsstaaten der EU, in der regionalen Nachbarschaft oder anderen Teilen der Welt. Regierungen, die gegen die Werte der EU verstoßen, müssen wirksam sanktioniert werden. Wir erinnern an das Recht auf Kriegsdienstverweigerung und erkennen es als Fluchtgrund aus Ländern, die Kriegsdienstverweigerer verfolgen und bestrafen, an.

Die nationalistischen und populistischen Tendenzen in mehreren EU-Mitgliedstaaten stellen eine Gefahr für ein friedvolles und demokratisches Europa dar. Die BayernSPD bekennt sich zur Idee der Europäischen Einigung und den Werten von Freiheit, Gerechtigkeit und sozialem Ausgleich in ganz Europa. Vielfalt und Toleranz sind uns besonders wichtig. Wir stehen für ein Europa des Friedens, der Demokratie und der Freiheit.

Die BayernSPD wirkt auf die Umgestaltung der Agentur Frontex hin mit dem Ziel, neben dem Grenzschutz im Rahmen der Seenotrettung mit zivilen Initiativen koordiniert den Schutz der flüchtenden Menschen sicherzustellen. Die BayernSPD lehnt zudem jede Beteiligung von bayerischen Sicherheitskräften an Einsätzen an den EU-Außengrenzen ab, die illegale Push-Backs von Geflüchteten durchführen.

Der gleichberechtigte Zugang zum Internet ist ein Grundrecht einer jeden Bürgerin und jeden Bürgers. Wir schlagen vor, dass das europäische Recht auf Zugang zum Internet und zu digitalen Diensten in Bayern insbesondere in Grenzregionen lückenlos umgesetzt wird.

Wir setzen uns für eine vertiefte Zusammenarbeit Bayerns mit seinen Nachbar*innen in Tschechien und Österreich auch in Sicherheitsfragen und Fragen der Zusammenarbeit der Polizeien ein. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass Rettungsdienste und Feuerwehr ohne Beschränkungen in Notfällen grenzüberschreitend tätig werden können. Ein bayerisch-tschechischer Regionalrat soll die Beziehungen im Grenzraum institutionalisieren.

Stationäre Grenzkontrollen an den bayerischen Grenzen zu seinen europäischen Nachbarn müssen auf absolute, kurzfristige Notsituationen beschränkt bleiben und dürfen den freien Personen- und Warenverkehr in der EU nicht einschränken.

Wir werden für unsere Beschäftigten ein „Europa ohne Grenzen“ bewahren und respektieren. Wir sorgen auch in den Grenzregionen für hindernisfreie und unbürokratische Beschäftigung, in dem wir eine Arbeitsmodellregion mit den Grenzregionen in Tschechien und Österreich für einen grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt schaffen.

Wir setzen uns für eine europäische Sozialversicherungsnummer ein, um die Rechte von grenzüberschreitenden Arbeitnehmer*innen besser zu schützen und grenzüberschreitenden Sozialbetrug durch Unternehmen effektiver bekämpfen.

Bayern steht als Arbeitgeber in der Pflicht, die Richtlinie der EU zur Entgeltgleichheit lückenlos umzusetzen. Wir werden die europäische Richtlinie zur Lohntransparenz nach ihrer Verabschiedung umsetzen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung im Einklang mit den Forderungen des Europäischen Parlaments und der OSZE beendet wird, indem gezielt Maßnahmen umgesetzt werden.

Um den europäischen Gedanken in Bayern zu stärken, setzt sich die BayernSPD für Gebührenfreiheit im Bildungswesen, unabhängig von der Staatsbürgerschaft, ein. Damit machen wir Bayern zum Vorbild in ganz Europa. Wir werden eine Wohnungsgarantie für international Studierende, Forschende und Lehrende schaffen und setzen das Kapitel zur sozialen Dimension und Demokratisierung des Bologna-Prozesses konsequent um.

Wir machen Englisch von der ersten bis zur letzten Klasse und in allen Weiterbildungsangeboten zum zentralen Pfeiler des Unterrichts. Wir ermöglichen mindestens eine kostenfreie, einwöchige Auslandsstudienreise für alle Schüler*innen. Bürger*innen in Bayern, insbesondere die Jugend, werden wir mehr an europäischen Prozessen beteiligen und eine gemeinsame europäische Identität stärken. In den bayerischen Lehrplänen schaffen wir einen größeren Europabezug und einen vertieften Austausch über europäische Angelegenheiten.

Bayern als Region im Zentrum Europas kommt eine wichtige Rolle im Ausbau des europäischen öffentlichen Verkehrsnetzes zu. Daher sollte sich Bayern in der EU für eine Initiative zum Einsetzen eines europäischen Verkehrsverbunds wie den Ausbau grenzübergreifender, kostengünstiger Verkehrsverbünde stark machen.

Verkehrsverbindungen, Umweltschutz, Kultur, Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen, Flucht und Migration sind Problemfelder, die nur in nachbarschaftlicher Zusammenarbeit zu lösen sind. Wir werden Konfrontation durch Kooperation ersetzen. Wir werden die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn auf berechenbare Strukturen stützen und konstruktiv gestalten.

Wir werden die Gleichstellung der Geschlechter in Bayern im Einklang mit der EU-

Gleichstellungsstrategie 2020–2025 sicherstellen. Wir garantieren die lückenlose Umsetzung der Istanbul-Konvention in Bayern: Finanzierung von Frauenhäusern, Platz Garantie und adäquate und verlässliche finanzielle Unterstützung von Hilfe- und Beratungsstrukturen im Falle von und zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt.

Wir setzen uns dafür ein, dass sich die EU zu einer echten Fiskal- und Sozialunion weiterentwickelt. Dazu gehört für uns eine gemeinsame Investitionspolitik, die Herstellung von Steuergerechtigkeit und die Garantie stabiler sozialer Sicherungssysteme. Dies erfordert eine gemeinsame europäische Finanzpolitik mit eigenem Budget, die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips in Steuerfragen und Instrumente wie eine europäische Arbeitslosenrückversicherung, finanziert aus zu schaffenden Haushaltsmitteln.

Die verbesserte Ermöglichung von grenzüberschreitendem Schüleraustausch, von Schul- und Städtepartnerschaften sehen wir als wichtigen Beitrag für das Zusammenwachsen im Herzen Europas an.

Wir setzen uns für eine Weiterentwicklung der EU ein, insbesondere in Bezug auf das Wahlrecht und die Stärkung des Parlaments gegenüber Rat und Kommission mit echtem Initiativrecht. Weiterhin sind wir für die weitgehende Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im Rat und die 100%ige Kopplung von EU-Geldern an Rechtsstaatlichkeit.

Bayern in der Welt

Bayern ist ein weltoffenes und international vernetztes Land mit hoher Exportquote. Aufgrund unserer engen wirtschaftlichen Verflechtungen weltweit, setzen wir uns als BayernSPD für den Fortbestand einer regel- und menschenrechtsbasierten internationalen Ordnung und faire Wettbewerbsbedingungen ein. Konkret bedeutet das, dass wir uns für die Weiterentwicklung von internationalen Handelsverträge stark machen, sodass diese wirksame, sanktionierbare Vorschriften zu Nachhaltigkeit, Menschenrechten und guter Arbeit für bayerische und ausländische Unternehmen enthalten. In dem Zusammenhang dringen wir auch auf eine konsequente Einhaltung und Verschärfung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes. Hierbei kommt den bayerischen Auslandsrepräsentanzen eine tragende Rolle zu, da sie bayerische Unternehmen dabei unterstützen sollen, weltweit Standards bzgl. Nachhaltigkeit, Arbeitnehmerrechte und Menschenrechte umzusetzen. Weiterhin wirkt die BayernSPD auf eine klarere Positionierung Bayerns angesichts von Menschenrechtsverletzungen internationaler Partner hin.

Gleichzeitig brauchen wir aber auch starke und vertrauensvolle Partnerschaften weltweit, um den globalen Herausforderungen unserer Zeit zu begegnen. Daher setzen wir als BayernSPD uns dafür ein, dass mittels der bayerischen Auslandsrepräsentanzen stärkere internationalen Kooperationen aufgebaut werden. Diese Kooperationen dürfen nicht bei der Förderung von Unternehmensinteressen stehen bleiben, sondern müssen sich auf die Zivilgesellschaften und ihre Institutionen, auf

